

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

39

SEPTEMBER 1977

DIE OKTOBERREVOLUTION UND EUROPA
Nukleare Ambitionen Israels ★ WER HAT WAS VOM TERRORISMUS
IN DER BRD? ★ Ein Papst im Kampf gegen den Kommunismus





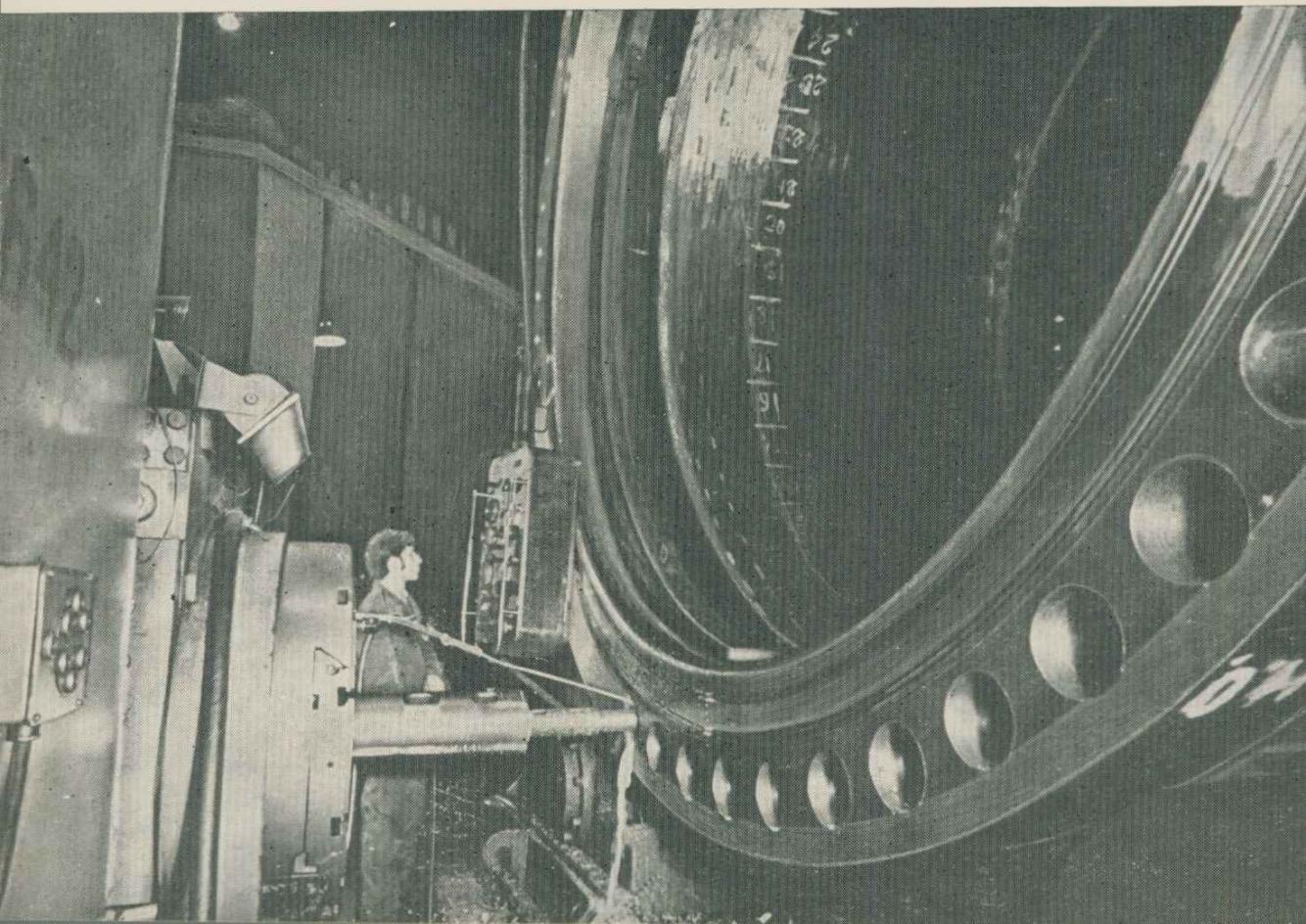
Das Ishorski-Werk von Leningrad nennt man manchmal das größte unter den ältesten und das älteste unter den größten Betrieben unseres Landes. Das ist auch wirklich so. Dieses Werk, das auf Befehl von Peter I. am Flüßchen Ishora gebaut wurde, entwickelte sich bald zu einem der wichtigsten Werke

Rußlands. Auch heute gehört es zu den führenden Betrieben der sowjetischen Industrie. Einige Marksteine auf seinem langen und ruhmreichen Entwicklungsweg: Hier wurde der erste russische Dampfer gebaut, die erste Panzerung in Rußland geschmiedet, die ersten Hochdruckrohre und Bohrausrüstungen sowie der erste Blooming hergestellt.

Besonders rasch entwickelte sich das Werk nach dem Sieg der Oktoberrevolution. Gegenwärtig werden im Werk „Ishora“, wie es die Leningrader nennen, leistungsstarke Bagger, Rotoren für Turbogeneratoren mit Höchstleistung, Eisen- und Nichteisenwalzgut, nahtlose Rohre (die übrigens von vielen Ländern, darunter von der BRD und Österreich, gekauft werden) hergestellt. Der größte Stolz des Werkes sind aber die einzigartigen Ausrüstungen für Atomkraftwerke, die für sowjetische und ausländische Baustellen bestimmt sind.

Unsere Bilder: Das zentrale Werklabor für mechanische Prüfung der Erzeugnisse ◆ Die Dreher E. Bachanow und N. Nikolajew bearbeiten die Welle eines Baggers ◆ Das Gehäuse eines künftigen Atomenergiereaktors.

Fotos S. Petruchin



DISKUSSION UM DIE NEUTRONENBOMBE

Washington berät sich dieser Tage mit seinen NATO-Partnern, ob die Neutronenbombe ins gemeinsame Waffenarsenal aufgenommen werden soll oder nicht.

Die Neutronenbombe hatten die USA ohne Wissen der Öffentlichkeit entwickelt, was nur durch einen Zufall ans Licht kam. Wie sich nun herausstellt, hat man auch in der NATO die Öffentlichkeit gescheut, während man bereits drei Jahre die Frage der Neutronenbombe diskutierte! Die Gründe für dieses Verhalten sind klar. Man fürchtete den Zorn der Völker, die von den Militaristen gezwungen werden sollen, mit der neuen entsetzlichen Waffe zu leben und sie obendrein noch zu bezahlen. Nun aber wissen alle alles, und eine Entscheidung — sie kann weitgehende Folgen haben und birgt gefährliche Komplikationen — kann nicht mehr hinter dem Rücken der Völker getroffen werden.

Ihren Standpunkt hat die ganze fortschrittliche Welt bereits klar gemacht: Keine Neutronenbombe! Und so wird eine „endgültige Entscheidung“ offenbar nicht umsonst hinausgeschoben. In Washington mußte man erkennen, daß die Partner, wie AP meldet, „noch nicht bereit sind, die politische Verantwortung bei sich zu Hause zu übernehmen“ und „der neuen Waffe öffentlich nicht ihre Zustimmung geben wollen“.

Damit hört das Risiko noch nicht auf. Die Neutronenbombe kann durchaus die Eskalation des Wettrüstens vorantreiben, das ohnehin schon bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Das wiederum muß die internationale Stabilität und Sicherheit erschüttern, an denen der Westen, so sollte man meinen, keineswegs weniger interessiert ist als der Osten.

Was nun Europa angeht, so kann die Stationierung der Neutronenbombe die Hoffnung auf eine Minderung der militärischen Konfrontation untergraben, aber das war ja gerade die Hoffnung der KSZE-Teilnehmerstaaten. Waffen dort zu lagern, wo sich die militärpolitischen Gruppierungen der beiden Welten gegenüberstehen, bedeutet, die Konfrontation zu zuspitzen bis zu einem Punkt, an dem der Herausforderung die entsprechende Antwort zuteil würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind zunehmende Spannungen in der Alten Welt von jenen überseesischen Kreisen eingeplant, die

sich am Waffengeschäft mit Westeuropa gesundstößen und ihre Monopolstellung auf den europäischen Waffenmärkten sowie im System des Nordatlantikblocks stärken wollen. Im Falle eines Konflikts aber möchten diese Kreise es ihren Partnern überlassen, selbst die Suppe auszulöffeln. Man hofft, diesen Konflikt auf den europäischen Kontinent „lokalisieren“ zu können, was übrigens eine ziemlich triste Hoffnung ist. Ist sich Westeuropa über die ganze zukünftige Gefahr im klaren? Sieht man dort das Paradoxe einer Situation, in der das Zivilflugzeug Concorde nicht auf US-Boden landen darf, von den Regierungen der westeuropäischen Länder aber verlangt wird, Territorium zur Stationierung der todtragenden Neutronenbomben und Flügelraketen des Pentagon bereitzustellen?

Die Interessen der NATO-Partner sind keineswegs immer identisch, besonders die Washingtons und der übrigen Mitglieder. Die Gegensätzlichkeit dieser Interessen hat in den Nachkriegsjahren bereits mehrmals scharfe Formen angenommen. Man erinnere sich, wie Washington versuchte, seine Partner in das Indochina-Abenteuer hineinzuziehen. Man erinnere sich, wie zur Hochzeit des Erdölkriegs von ihnen verlangt wurde, Stützpunkte für eventuelle Truppen- und Technikverlagerung in den Nahen Osten einzuräumen. In beiden Fällen hatte in Westeuropa im großen und ganzen eine nüchterne Betrachtungsweise überwogen, und Washington mußte das so oder anders in Rechnung stellen.

Deshalb kann man kaum jenen Leuten zustimmen, die im Verlauf der Diskussion um die Neutronenbombe versichern, obwohl das Weiße Haus nichts ohne „gründliche Konsultationen“ mit den Verbündeten unternehme, könnten diese „nichts ändern“ oder „verhindern“, weil schließlich die Entscheidung über die anlaufende Herstellung der Neutronenbombe und die Ausrüstung der NATO damit „ausschließlich Sache des amerikanischen Präsidenten“ sei. Wozu denn dann die „gründlichen Konsultationen“ in der NATO? Bloß pro forma?

Will man in den USA und in Westeuropa mit der Neutronenbombe leben? Mit einer Waffe, die die Nuklearschwelle senkt und die Gefahr eines Kernkriegs erhöht? Die Völker, wenn sich jemand um deren Meinung kümmern wollte, haben auf diese Fragen bereits Antwort gegeben. Jetzt müssen das die Politiker tun. Ehe sie aber die „endgültige Entscheidung“ treffen, sollten sie so handeln, wie es ein russisches Sprichwort empfiehlt: erst siebenmal messen, ehe einmal schneiden.



Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, ein Glückwunschtelegramm anlässlich seiner Wahl. In einem Antworttelegramm bedankte sich Kyprianou für die Glückwünsche. In den Telegrammen Breschnew und Kyprianous wurde die Gewißheit zum Ausdruck gebracht, daß sich die traditionellen Beziehungen der Freundschaft zwischen beiden Ländern auch in Zukunft positiv entwickeln werden.



Am 16. September empfing Alexej Kossygin im Kreml den Minister für Bildung, Soziales und Kultur Indiens, Pratap Chandra Chunder, der als Leiter einer indischen Regierungsdelegation zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion weilt. Die Delegation war am 15. September bei der feierlichen Eröffnung des Festivals der indischen Kultur und Kunst anlässlich des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit Indiens zugegen.



Am 13. und 14. September fand ein offizieller Freundschaftsbesuch der Partei- und Staatsdelegation der DDR unter dem Generalsekretär des ZK der SED, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, in Bulgarien statt. Nach den Gesprächen mit der Partei- und Staatsdelegation der VR Bulgarien unter dem Ersten Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VR Bulgarien, Todor Shiwkov, wurde ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet. Zwischen der VR Bulgarien und der DDR wurde ein neuer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe geschlossen.



Vom 14. bis 16. September stattete eine Partei- und Regierungsdelegation der CSSR unter dem Generalsekretär des ZK der KPTsch, Präsident der CSSR, Gustáv Husák, Ungarn einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Im Schlußkommuniqué wurde u. a. unterstrichen, daß die Ungarische VR und die CSSR auch in Zukunft für die volle Einhaltung und konsequente Verwirklichung der Prinzipien und Bestimmungen der KSZE-Schlußakte eintreten. Sie lehnen entschieden alle Versuche ab, die Schlußakte, die eine Einheit darstellt, einseitig zu interpretieren oder zu entstellen. Die Seiten verurteilen die Angriffe auf die sozialistischen Länder unter dem Vor-

wand eines „Schutzes der Menschenrechte“. Sie wollen alles tun, damit das bevorstehende Treffen in Belgrad zu einem konstruktiven Meinungsaustausch über die erzielten Ergebnisse und die weiteren Aufgaben bei der Verwirklichung der Schlußakte wird.



Am 14. September ging ein offizieller dreitägiger Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Edward Gierek, in Frankreich zu Ende. Bei den polnisch-französischen Gesprächen wurden aktuelle Probleme der Gegenwart behandelt. In einer gemeinsamen Erklärung Edward Gierek und des Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing wird die Entschlossenheit beider Länder bekannt, die gemeinsamen Anstrengungen für eine Entspannung in Europa fortzusetzen, und sind neue Schritte zur Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen vorgesehen.



Am 20. September wurde in New York unter Teilnahme von Vertretern aus 147 Ländern die 32. Tagung der UNO-Vollversammlung eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen 126 Fragen. Vor allem geht es darum, die politische Entspannung durch eine militärische zu ergänzen und neue konkrete Ergebnisse bei der Begrenzung des Wettrüstens, bei der Abrüstung zu erreichen. Eine andere wichtige Aufgabe der Tagung ist die Vorbereitung auf den Abschluß eines weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrages. Die sowjetische Delegation wird vom Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, geleitet; die Delegation der Ukraine — vom Außenminister der Ukrainischen SSR, Georgi Schewel, und die Delegation Beloruslands vom Außenminister der Belorussischen SSR, Anatoli Gurinowitsch.



Am 18. September traf eine amerikanische Regierungsdelegation unter dem Minister für Wohnungsbau und städtische Entwicklung der USA, Patricia Roberts Harris, in Moskau ein, um an der zweiten Tagung der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Kommission für Zusammenarbeit im Bauwesen teilzunehmen. Am 19. September wurde Frau Harris von Alexej Kossygin empfangen.



Vom 12. bis 16. September fand in Tokio die 7. gemeinsame Tagung des Japanisch-Sowjetischen Wirtschaftskomitees statt. Die sowjetische Delegation leitete der erste Stellvertretende Außenhandelsminister der UdSSR, Iwan Semtschaskow, die japanische — der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Shigeo Nagano. Die Tagung erörterte die Verwirklichung der sowjetisch-japanischen Wirtschaftsabkommen und zeigte Wege für die weitere Entwicklung der Wirtschaftsverbindungen auf.

Am 12. September fanden in Norwegen Parlamentswahlen statt. Die norwegische Arbeiterpartei errang 76 von insgesamt 155 Sitzen.

Vom 14. bis 17. September weilte der Ministerpräsident Frankreichs, Raymond Barre, zu einem offiziellen Besuch in Washington. Er traf mit Präsident Carter und anderen Vertretern der US-Administration zusammen.

In Kolumbien wurde am 14. September ein 24stündiger Generalstreik von den größten Gewerkschaftsverbänden des Landes ausgerufen. Die Behörden, die den Streik als illegal bezeichneten, setzten Armee und Polizei gegen die Streikenden ein. Die Zusammenstöße führten zu Opfern; 600 Personen wurden verhaftet.

Der UNO-Sicherheitsrat schloß die Behandlung der Zypernfrage ab. (Siehe S. 20.)

Am 9. September nahm der König von Nepal, Birendra, den Rücktritt von Premierminister Tulsi Giri an und löste die Regierung auf. Neuer Premierminister wurde Kirti Nidhi Bista. Am 13. September wurde das neue Kabinett vorgestellt. Außenminister Krishna Raj Aryal behielt sein Ressort.

Am 13. September wurde in Johannesburg bekanntgegeben, daß der Kämpfer gegen die Apartheid, Steve Biko, der kürzlich von der Polizei verhaftet worden war, angeblich bei einem Hungerstreik ums Leben kam. (Siehe S. 16.)

Wie Hsinhua meldete, erfolgte am 17. September in China eine Kernexplosion. Über den Explosionsort und die Stärke verlautete nichts.



Die Lage in Südlibanon hat sich merklich verschärft. Bewaffnete Formationen der konservativen Parteien attackieren mit Unterstützung israelischer Panzer, Artillerie und Luftwaffe Positionen der palästinensischen Widerstandsbewegung und der nationalpatriotischen Kräfte. Israel nimmt südlbanesische Ortschaften unter Artillerie- und MG-Feuer. Unsere Bild: Ein israelischer Streifen an der libanesischen Grenze; Opfer der libanesischen Tragödie.

Fotos TASS und „Paris-Match“

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 39 SEPTEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow, B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Plostschadji Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Diskussion um die Neutronenbombe	1
D. Melnikow — Die Oktoberrevolution und Europa	4
P. Bofill, J. González-Deleito — „Wir sind für ein wahrhaft demokratisches Spanien“ (Interview)	6
W. Tretjakow — Indien: Gegen Multis	8
A. Uswatow — Pakistan: Wieder Wahlen	8
O. Alow — Israel: Atom in der Negev	10
J. Gudkow — USA: Kanalarbeiter	12
Maurice Thorez — „Wir glaubten — und behielten recht“	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
A. Wichrew, V. Gustchin — Recht und Pflicht	18
W. Drobkow — Zypern: Einmischungsversuche kontra Lösungssuche	20
L. Besymenski — BRD: Wer hat was vom Terrorismus!	22
S. Goljakow — Amerikaner sehen die Sowjetunion	25
I. Grigulewitsch — Unerfüllter Traum des Papstes Pius XII.	26
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Auch in Europa nimmt die Protestwelle gegen das Wettrüsten, gegen die Pläne der US-Regierung, mit der Produktion der Neutronenbombe zu beginnen, zu. Titelbild: Protestdemonstration in Bonn.

Foto TASS



60 JAHRE
Großer
Oktober

Die Oktoberrevolution und Europa

Daniil MELNIKOW

In der Geschichte der Menschheit hat Europa stets eine besondere Rolle gespielt: Früher als auf den anderen Kontinenten reiften hier neue gesellschaftliche Verhältnisse aus und entstanden die Klassen, die die Gesellschaft auf neuer, fortschrittlicher Basis umgestalteten; hier kam es zu den entscheidenden revolutionären Kämpfen, die mit den alten Zuständen aufräumten und den Sieg einer neuen Ordnung bedeuteten. Die Sklavenaufstände im alten Rom, die Bauernkriege in Deutschland, die bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich bereiteten die Ablösung der einen sozialökonomischen Formation durch eine andere vor, waren wichtige Marksteine in Entwicklung der Gesellschaft.

Die Oktoberrevolution in Rußland leitete eine grundsätzlich neue Etappe ein: Der Sieg der ersten sozialistischen Revolution brach den jahrtausendelangen Prozeß, in dem die eine Ausbeuterordnung die andere ersetzte, ab. Der Rote Oktober eröffnete der Menschheit die Perspektive des Aufbaus der klassenlosen Gesellschaft.

Eine Kraft, die die Welt verändert

Die Revolutionen in Europa blieben nie eine nur europäische Erscheinung. Ihr Einfluß ging weit über die Grenzen des Kontinents hinaus. Aber die Oktoberrevolution hat, was die Ausmaße der Einwirkung auf die internationale Entwicklung betrifft, nicht ihresgleichen. Sie gab dem weltweiten revolutionären Prozeß, der alle Bereiche des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens der Völker umfaßte, einen mächtigen Impuls. Die Hauptströme dieses Prozesses — der Weltsozialismus, die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung der kolonialen Völker — sind zu einer mächtigen Kraft verschmolzen, die die Welt gewandelt hat.

Vor dem zweiten Weltkrieg übte der Kapitalismus seine politische Herrschaft über 84% des Territoriums und 92% der Bevölkerung der

Erde aus; Mitte der 70er Jahre sind in seinem Bannkreis nur 24% des Territoriums und 18% der Bevölkerung geblieben. Somit ist der Kapitalismus nicht mehr die dominierende Kraft. Heutzutage wird die weltweite Entwicklung in immer höherem Maße durch das sozialistische System bestimmt.

In Europa besteht nun die sozialistische Staatengemeinschaft und entwickelt sich die sozialistische Integration im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Allein 1970—1975 steigerten die RGW-Staaten ihre Industrieproduktion umfangmäßig um 45%, die entwickelten kapitalistischen Länder aber um lediglich 9%. Der Anteil der RGW-Länder an der Industrieproduktion der Welt belief sich Mitte der 70er Jahre auf 34%, der Anteil der EWG-Länder auf 27%.

Das heutige Westeuropa ist nach wie vor das Gebiet der aktivsten Arbeiterbewegung. Hier wirken ihre in der kapitalistischen Welt größten und geschlossensten Formationen. In einigen Ländern haben sich die kommunistischen und Arbeiterparteien zu einer führenden Kraft im politischen Leben entwickelt, sie nehmen wachsenden Einfluß auf die Politik der herrschenden Klassen. In Frankreich und Italien rückt die Frage an die Tagesordnung, Regierungen aller Linkskräfte, darunter auch der Kommunisten, zu bilden, um innere Reformen im Interesse der breiten Volksmassen durchzuführen.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre nahm die revolutionäre, demokratische Bewegung in Westeuropa breitere Ausmaße an. Die Revolution in Portugal, der Sturz der Militärjunta in Griechenland sowie die Veränderungen in Spanien haben im Verhältnis der Klassenkräfte weitere bedeutende Wandlungen herbeigeführt.

Schließlich hat der Westteil Europas wie keine andere Region der kapitalistischen Welt die Einwirkung des dritten Stroms des weltweiten revolutionären Prozesses — der nationalen Befreiungsbewegung — empfunden.

Die wichtigsten Kolonialmächte

der Vergangenheit waren westeuropäische Staaten. Die Liquidierung der Kolonialherrschaft bedeutete einen tiefen Einschnitt in der gesamten Struktur ihres politischen Lebens, ihrer außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Deshalb paßte sich die westeuropäische Bourgeoisie der von den Revolutionen in den Kolonien geprägten neuen Situation besonders schwer an. Der Zusammenbruch der Kolonialreiche versetzte ihr einen Schlag, und dies nicht nur in bezug auf die internationalen Positionen. Dieser Schlag wirkte sich auch innerhalb einiger kapitalistischer Staaten Europas aus, was neue Möglichkeiten schuf, in ihnen die demokratische, antimonopolistische Bewegung zu entfalten.

Das Wirken aller drei Ströme des weltweiten revolutionären Prozesses hat auch das politische Klima in Europa von Grund auf verändert. Vor allem konnte dank den Veränderungen auf dem Kontinent der verwunschenen Kreis durchbrochen werden, in dem sich die europäische Geschichte jahrzehntelang gedreht hat: Krieg — Nachkriegsaufbau — Häufung neuer Gegensätze neuer Spannungen — und wiederum Krieg.

Das Übergewicht der Kräfte des Friedens und des Sozialismus in Europa hat es erlaubt, die aggressiven Bestrebungen der europäischen imperialistischen Kreise einzudämmen und Voraussetzungen für die Sicherung eines dauerhaften und zuverlässigen Friedens auf dem Kontinent zu schaffen.

Die neue Lage hat den Wirkungsbereich der äußersten Reaktion und des Chauvinismus innerhalb einiger kapitalistischer Länder stark eingeengt. Überall haben die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte ihre Positionen gefestigt. Mitte der 70er Jahre hat es in Europa bereits keine Länder mit unverhohlenem faschistischem Regime gegeben. Der Einfluß der Volksmassen auf die Politik gewisser kapitalistischer Länder hat zugenommen.

Im Ergebnis konnten die Werktagen im Kampf um ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte bedeutende Erfolge erzielen und ihre politischen Positionen im Kampf gegen die Reaktion stärken.

Selbstverständlich war diese Entwicklung nicht in allen Perioden der europäischen Geschichte nach der Oktoberrevolution und dem zweiten Weltkrieg gradlinig und eindeutig. Es gab darin ein Auf und Ab, die fortschrittlichen, demokra-

tischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern erlebten sowohl Siege als auch Niederlagen. Auf unserem Kontinent war und ist eine scharfe Klassenauseinandersetzung im Gange. Der Ausgang der einzelnen Kämpfe läßt sich nicht immer voraussagen. Doch steht das Wichtigste außer Zweifel: Die Voraussetzungen dafür, daß die Werkträger die von ihnen erkämpften Positionen festigen, die Aussichten im Kampf für Demokratie, Fortschritt und Sozialismus haben sich in Europa bedeutend verbessert.

Einzig mögliche Grundlage für die Sicherheit

„Der Kampf für den Frieden hat begonnen. Das wird ein schwieriger und hartnäckiger Kampf sein.“ Das sagte Wladimir Iljitsch Lenin im November 1917, bald nach dem Sieg der Oktoberrevolution. Seine Worte kündigten eine neue Ära in den Beziehungen zwischen den Völkern an. Sie legten auch die Haupttrichtung in der Außenpolitik des Sowjetstaates fest.

Der II. Gesamt russische Sowjetkongreß nahm das berühmte Dekret über den Frieden an. Das wichtigste an dieser ersten Gesetzesakte der proletarischen Revolution war, daß sie den Krieg als Mittel zur Lösung politischer Streitfälle zwischen den Staaten grundsätzlich verurteilte. Somit wurde das eigentliche Wesen der imperialistischen Politik verurteilt, die den Krieg stets als durchaus „legitimes“ (und zur Zeit der Allmacht des Imperialismus unvermeidliches) Instrument zur Erreichung ihrer expansionistischen Ziele betrachtete. Im Dekret über den Frieden und in den späteren Dokumenten der Sowjetregierung, die unmittelbar nach dem Sieg des Oktober beschlossen wurden, waren die neuen Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen formuliert. Seit jener Zeit steht der Kampf um den Frieden im Zeichen dieser Prinzipien. Sie heißen: Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, Zusammenarbeit, Nichteinmischung, Gleichberechtigung und Freundschaft der Völker. Für die UdSSR sind sie ein Gesetz, das nunmehr auch in der neuen Verfassung der UdSSR verbrieft wird.

Die eigenen schmerzlichen historischen Erfahrungen der europäischen Völker und das von ihnen inzwischen gesammelte eigene Wissen um die Natur der Kriege und die unvorstellbaren Folgen eines

eventuellen neuen Weltkrieges besagen, daß die Prinzipien des Oktober die einzige mögliche Grundlage für die Sicherheit Europas sind.

Die letzten 60 Jahre seiner Geschichte veranschaulichen: Sobald sich die bürgerlichen Politiker über diese Erfahrung hinwegsetzten, stand das friedliche Leben in Europa auf dem Spiel, ja wurde es gestört; hielten sie sich jedoch daran, so konnten seine Völker in Sicherheit und Frieden leben. Es waren die Bestrebungen und Versuche der herrschenden Kreise der größten kapitalistischen Staaten, Hitlerdeutschland auf die UdSSR zu hetzen, die die friedliebenden Kräfte Europas in den 30er Jahren daran hinderten, sich zum Kampf gegen den Faschismus zu vereinigen, und Hitler weitgehend die Entfesselung des zweiten Weltkrieges erleichterten.

Die Antihitlerkoalition schlug den Hitlerfaschismus aufs Haupt, und das zeigte die entscheidende Rolle des Sozialismus bei der Zähmung der imperialistischen Aggression, denn die sozialistische Sowjetunion leistete den größten Beitrag zum Sieg. Aber auch die Schaffung der Antihitlerkoalition und ihr erfolgreiches Vorgehen gegen die faschistischen Staaten demonstrierten die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Zusammenschlusses aller Friedenskräfte im Kampf gegen die Aggression und bewiesen, daß alle friedliebenden Länder, von welcher Gesellschaftsordnung auch immer, am Frieden in Europa interessiert sind.

Im Krieg wurden die außenpolitischen Prinzipien der Oktoberrevolution auf eine harte Probe gestellt, offenbarten jedoch ihre Lebensfähigkeit. Nach dem Sieg über den Faschismus begann die in der Geschichte des 20. Jahrhunderts längste Friedensperiode in Europa, weil die Konsolidierung des Weltsozialismus und der Fortschrittskräfte in Europa den Prinzipien der friedlichen Koexistenz die führende Rolle im gesamten System der internationalen Beziehungen gesichert hat. Auch in den meisten kapitalistischen Ländern dominiert nun ein realistisches Herangehen an alle Aspekte der Beziehungen zwischen den Staaten beider Systeme.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger sagte über die Haltung der USA in ihren Beziehungen zur sozialistischen Welt: „Obwohl wir Rivalen sind, kann der Konflikt nicht durch einen Sieg im klassischen Sinne gelöst werden... Wir

sind zur Koexistenz gezwungen.“ Ex-Bundeskanzler Willy Brandt seinerseits meinte: „Wir beeinflussen das Geschehen um uns herum, aber es wirkt noch stärker auf uns ein.“

In diesen Worten werden die radikalen Veränderungen zugegeben, die in der Weltlage eingetreten sind, ganz besonders in Europa, wo sich das Kräfteverhältnis schon längst verändert hat und sich weiterhin zugunsten des Sozialismus, Friedens und Fortschritts verändert.

Arithmetik des Krieges und Algebra des Friedens

Es wäre jedoch falsch, den Triumph der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in unserer Epoche nur auf die Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus zurückzuführen. Eine solche arithmetische Behandlung politischer und sozialer Probleme führte stets zu politischen Fehlschlüssen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution in der Welt hat die Militärtechnik dermaßen qualitativ verändert, daß im Falle eines neuen Weltkrieges die biologischen Existenzgrundlagen der Menschheit schlechthin bedroht wären. Lenin sah eine solche Entwicklung bereits 1918 voraus. Er rief auf, mit dem Krieg als Mittel zur Beilegung von Streitfällen Schluß zu machen, und wies darauf hin, daß der Krieg „zur Untergrabung der Existenzbedingungen der menschlichen Gesellschaft führen kann und unweigerlich führen wird“. Wir wiederholen, das wurde 1918 geäußert. Deshalb ist es nur gerecht zu sagen, daß gerade der Sozialismus das Banner der gesamt menschlichen Interessen im Kampf für den Frieden und die Völkersicherheit entrollte.

Angesichts der wissenschaftlich-technischen und der militärtechnischen Revolution unserer Epoche ist das Prinzip der friedlichen Koexistenz, wie Lenin auch voraussah, für die ganze Menschheit lebensnotwendig geworden.

In Europa ist die Befolgung dieses Prinzips besonders wichtig, stößt aber zugleich auf spezifische Schwierigkeiten, die sich aus der internationalen und militärpolitischen Lage Europas ergeben.

Die Trennungslinie zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System zieht sich durch den ganzen Kontinent vom Nordpol bis zum Mittelmeer. In Europa berühren sich die beiden sozial-

ökonomischen Systeme, ebenso wie ihre wichtigsten militärischen Gruppierungen: der imperialistische NATO-Block und die Verteidigungsorganisation des Warschauer Vertrages. Beiderseits der Trennungslinie sind gewaltige Streitkräfte und Zerstörungspotentiale konzentriert.

Nach Angaben des Londoner Internationalen Instituts für strategische Studien haben die NATO-Länder in Westeuropa 66 Divisionen, 10 500 Panzer und 4955 Flugzeuge. In Mitteleuropa allein stehen der NATO 800 000 Soldaten und Offiziere der Land- und 210 000 Angehörige der Luftstreitkräfte zur Verfügung. In diesem Raum wird die Anzahl der NATO-Divisionen auf 29, die Zahl der Panzer auf 6655 und die der Flugzeuge auf 1310 geschätzt.

Es ist nur natürlich, daß dieser Streitmacht die Verteidigungsmacht der sozialistischen Ländergemeinschaft gegenübersteht, um die unabhängige Entwicklung der Völker dieser Länder zu sichern.

„Die Konzentration außerordentlich starker Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent“, heißt es im Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, „die über die gefährlichsten Zerstörungskapazitäten verfügen, die verstärkte Fortsetzung des Wettrüstens, die Anhäufung immer größerer Waffenvorräte, darunter auch von Massenvernichtungswaffen, die Aufrechterhaltung ausländischer Militärsstützpunkte und ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium anderer Staaten, der imperialistische Druck und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten bilden eine direkte Gefahrenquelle für den Frieden, die Sicherheit und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, sind Hindernisse auf dem Wege zur Verwirklichung der Bestrebungen der europäischen Völker nach Unabhängigkeit und Fortschritt.“

Die Kernbombe macht keinen Unterschied, sie bedroht gleichermaßen alle Menschen und alle Länder. Das diktieren gebieterisch die Schaffung eines zuverlässigen Systems der gesamteuropäischen Sicherheit, beruhend nicht auf der Arithmetik des Krieges, sondern auf der Algebra des Friedens auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten.

Dies zu erreichen, ist gewiß nicht leicht. Die Wandlungen in Europa und der ganzen Welt haben tatsächlich die reale Möglichkeit geschaf-

fen, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft zu bannen. Um aber diese Möglichkeit realisieren zu können, bedarf es hoher Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben der Reaktion, der Anspannung aller Kräfte, um die auf dem Entspannungswege erzielten Erfolge unwiderruflich zu machen.

Die Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution haben die soziale Struktur und den Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa auf eine höhere Stufe gehoben und seine Rolle in der modernen Welt gesteigert.

Doch pflichten keineswegs alle Politiker, Wissenschaftler und Publizisten im Westen einer solchen Beurteilung der Lage bei. Viele von ihnen verstehen die Veränderungen in Europa bis heute noch als Zeichen seines „Unterganges“.

Aber in der neuesten Zeit haben westliche „Hellseher“ bestimmter Observanz den Niedergang Europas schon mehr als einmal vorausgesagt: Die reaktionär-mystischen Philosophen vom Schlag eines Spengler und Geopolitiker wie Banse und Haushofer haben Europa zu Grabe getragen, die Herolden des Dritten Reiches Rosenberg und Goebels warfen sich zusammen mit ihrem „Führer“ zu den Rettern des Kontinents auf. Heute unken die Leute, die die Zeit der politischen Intrigen wieder heraufbeschwören möchten, die auf die Schaffung einer Einheitsfront der imperialistischen Mächte gegen den Sozialismus gerichtet sind.

Vergebliche Mühe. Das werden die Völker Europas verhindern, denen sich erstmals in der ganzen leidvollen Geschichte des Kontinents die reale Perspektive eines dauerhaften, unerschütterlichen Friedens bietet. Hier, in Europa, wurde ein Modell der friedlichen Koexistenz geschaffen, das berufen ist, die Sicherheit und Zusammenarbeit der europäischen Völker auf der Basis der Prinzipien zu gewährleisten, die von Vertretern aller europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas auf der gesamteuropäischen Helsingkonferenz 1975 gemeinsam erarbeitet wurden. Dieses Modell wird auch weiterhin wachsenden Einfluß auf die ganze Weltlage, die Entwicklung aller fortschrittlichen Tendenzen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich nehmen.

Das ist heute die Rolle Europas in der Welt und das Ergebnis seines Weges in den 60 Jahren seit der Oktoberrevolution.

INTERVIEW

Nach dem Tode Francos sind noch keine zwei Jahre vergangen, jedoch wurde im Demokratisierungsprozeß des politischen Lebens, soweit ich das anhand einer kürzlichen Spanienreise beurteilen kann, ein beachtlicher Schritt vorwärts getan. Worin sehen Sie die Ursachen für diesen raschen Fortschritt?

Eine große Rolle dabei spielten die Aktionen der Volksmassen für die Beseitigung der Folgen der Diktatorregierung. Ferner gehen die herrschenden Kreise bewußt auf ein Regime der bürgerlichen Demokratie aus. Dabei werden sie wesentlich von den bundesdeutschen Sozialdemokraten unterstützt. Außerdem sind die Vereinigten Staaten an einer Rückkehr Spaniens ins Lager der westlichen Demokratien interessiert.

In Spanien wird gegenwärtig am Entwurf einer neuen Verfassung, der ersten nach Franco, gearbeitet, und die größten Parteien haben bereits eigene Entwürfe für das Grundgesetz. Welche wichtigen Punkte müßte es nach Ansicht der SVP unbedingt enthalten?

Als im Lande der Demokratisierungsprozeß begann, trat unsere Partei gemeinsam mit den anderen fortschrittlichen Kräften und Organisationen, darunter der Kommunistischen Partei, mit allen oppositionellen Gruppierungen demokratischer Orientierung auf. Ein wichtiges Ereignis war die Bildung einer Verfassungskommission, der auch ein Vertreter unserer Partei angehört. In dieser Kommission unternehmen wir alles, damit eine die demokratische Entwicklung Spaniens fördernde Verfassung in möglichst kurzer Frist erarbeitet wird.

Die SVP ist der Ansicht, daß die neue Verfassung vor allem die Hinwendung des Landes zu einer wahren Demokratie, die Durchführung tiefgreifender sozialer Umgestaltungen und die Schaffung einer fortschrittlichen Gesellschaft sichern muß. Wir sind für eine Regierung, die uns garantiert vor einer Rückkehr zur Vergangenheit bewahrt.

„WIR SIND FÜR EIN WAHRHAFT DEMOKRATISCHES SPANIEN“

NZ-Korrespondent Wladislaw Tschirkow traf mit Mitgliedern des Exekutivkomitees der Sozialistischen Volkspartei (SVP) Spaniens Pedro BOFILL und José GONZALEZ-DELEITO zusammen, die er um Beantwortung einiger Fragen zur gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation in Spanien bat.

Eines der wichtigsten Probleme Spaniens ist das der Autonomie der nationalen Gebiete, z. B. Kataloniens und des Baskenlandes. Unsere Partei will deren Autonomie in der Verfassung verankern und eine Kammer des jetzigen Parlaments, den Senat, zu einer Nationalitätenkammer machen.

Wir meinen ferner, daß in der Verfassung die politischen Freiheiten und Grundrechte der Bürger verbrieft sein müssen.

Um das alles zu erreichen, müssen die fortschrittlichen Kräfte zu dem Entwurf der neuen Verfassung eine einheitliche Haltung einnehmen.

Aus Gesprächen mit verschiedenen Politikern in Madrid habe ich den Eindruck gewonnen, daß viele Leute in Spanien für die Auflösung des jetzigen Parlaments nach Annahme der neuen Verfassung und für erneute allgemeine Wahlen sind.

Auch unsere Partei unterstützt diesen Standpunkt. Neuen Wahlen sehen wir optimistisch entgegen und hoffen, mehr Stimmen zu erhalten. Mehr Stimmen erhalten höchstwahrscheinlich auch andere führende demokratische Oppositionsparteien.

In Spanien sollen Gemeindewahlen abgehalten werden: Was erwartet Ihre Partei von diesen Wahlen?

Die SVP tut alles, um den Demokratisierungsprozeß des politischen Lebens in Spanien zu fördern. Die Wahlen sollen Ende dieses Jahres stattfinden, und wir hoffen, daß sie ein wichtiger Markstein zur Festigung der demokratischen Errungenschaften des spanischen Volkes werden. Unser Exekutivkomitee analysierte am 30. Juli d. J. in Madrid die Situation, die sich nach den Gemeindewahlen ergeben kann. Das Exekutivkomitee legte einen konkreten

Vorschlag auf den Tisch, und zwar, nach den örtlichen Wahlen in allen Gemeindeorganen eine einheitliche Front der Linkskräfte zu schaffen, damit die Leitung dieser Organe in den Händen von Linken ist. Das würde es gestatten, viele Mißstände des früheren Systems zu beseitigen und die Grundlagen für ein neues zu legen, das den Demokratisierungsprozeß unwiderruflich macht.

Was halten Sie vom wirtschaftlichen Maßnahmeprogramm der Regierung Adolfo Suárez?

Nun ja, es gibt einen Fortschritt gegenüber den Programmen früherer Regierungen. Unter anderem soll eine Steuerreform durchgeführt werden. Doch wir betrachten diese Pläne hinsichtlich ihrer Effektivität etwas skeptisch. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung leidet an ernstlichen Mängeln, z. B. sieht es keine wesentlichen Schritte im Bereich der Landwirtschaft vor. Außerdem fördern einige Maßnahmen das Wachstum der Inflation. Die Regierung hat eine Abwertung der Peseta vorgenommen. In gewisser Beziehung war diese Abwertung gerechtfertigt, aber sie wurde von Maßnahmen begleitet, die sie praktisch unwirksam machen.

Große Bedeutung besitzt die Lohnpolitik. Gegenwärtig richtet sie sich vor allem gegen die Werktagigen. So entzieht der jetzige Lohnstopp den Werktagigen viele Milliarden Peseten, die Heraufsetzung der Einkommensteuer für die gehobenen Schichten aber gibt der Regierung nur ein paar Milliarden.

Wie stellte sich Ihre Partei zu dem Vorschlag der Kommunisten, eine Regierung auf der Basis einer weitgefaßten Koalition der Parteien zu bilden?

Bereits vor den allgemeinen Wahlen in die Abgeordnetenkammer und

den Senat am 15. Juni machte die SVP folgenden Vorschlag: Falls die Mehrheitspartei bzw. -parteien (wie sich bei der Abstimmung herausstellte, war die Mehrheit relativ) in einer Krisensituation unfähig sind, komplizierte Probleme des Landes zu lösen, wird eine Regierung der nationalen Koalition notwendig, sein, unter der die Rechte der Minderheitsparteien geachtet bzw. die Minderheitsparteien an einer solchen Regierung beteiligt werden. Wenn die Regierung der Union des demokratischen Zentrums sich endgültig als unfähig erweist, wichtige wirtschaftliche, soziale und politische Probleme des Landes zu lösen, und die Union selbst entscheidet, daß die Beteiligung aller politischen Kräfte nötig ist, um das Land aus der Wirtschaftskrise herauszuführen, so würde unsere Partei einer Regierung der nationalen Koalition beitreten. Dabei würden wir allerdings verschiedene Bedingungen stellen. Die wichtigste betrifft wirtschaftliche Maßnahmen. Sie ist bereits im Programm unserer Partei enthalten. Wir würden die Realisierung eines harten Sparprogramms verlangen, das uns helfen würde, aus der Krise herauszukommen. Dieses Programm darf allerdings nicht die Werktagigen belasten. Wir sind der Ansicht, bei der Ausführung eines harten Sparprogramms müssen alle sozialen Schichten Opfer bringen, aber — was sehr wichtig ist — proportional zu ihrer materiellen Lage.

Was möchten Sie den sowjetischen Lesern der NEUEN ZEIT und allen sowjetischen Bürgern übermitteln?

In diesem Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution möchten wir dem ganzen sowjetischen Volk neue Erfolge und Glück wünschen. Die Oktoberrevolution war eine große Errungenschaft des Weltproletariats. Ihre Bedeutung liegt in hohem Maße darin, daß sie einen Beitrag zum Kampf für die soziale Befreiung anderer Völker geleistet hat und einen starken Impuls zur Entwicklung der antikolonialistischen Bewegung gab.

In Ihrem Land wird gegenwärtig der Entwurf der neuen Verfassung diskutiert, die Ihre tiefgreifenden sozialökonomischen Umgestaltungen der letzten Jahrzehnte verankern soll. Die Annahme der neuen Verfassung wird zu einer wichtigen Wegmarke in der Geschichte der UdSSR werden.

GEGEN MULTIS

„Mach mal Pause — Coca-Cola!“ — diesen bekannten Werbespruch muß jetzt auch die indische Coca-Cola-Filiale selbst beherzigen.

Bis vor kurzem hatten die meisten Inder keine Vorstellung von dem Schaden, den die Wirtschaft des Landes durch die Tätigkeit der indischen Tochtergesellschaft der großen amerikanischen Firma nahm. Doch kürzlich wurden die Geschäfte der Coca-Cola im indischen Parlament erörtert, und Industrieminister Georges Fernandes nannte einige Zahlen. Die Coca-Cola ist seit 1953 in Indien tätig. Sie begann mit einem Kapital von 660 000 Rupien, doch bereits 1971 strich sie 30 Mio Rupien Reingewinn ein — eine wahre Goldgrube. Von 1958 bis 1974 transferierte die indische Coca-Cola-Filiale nach Atlanta (US-Staat

Georgia), wo sich der Hauptsitz der Gesellschaft befindet, Profite in harter Währung von umgerechnet über 60 Millionen Rupien.

Die riesigen Profite der US-Firma, die wirklich nicht eine für die Entwicklung der indischen Wirtschaft besonders wichtige Ware herstellt, wurden dadurch möglich, daß die US-Bosse indische Gesetze grob verletzen. Entsprechend einem 1973 verabschiedeten Gesetz dürfen ausländische Kapitaleigner nicht mehr als 40% der Aktien besitzen und müssen der indischen Seite die gesamte Produktionstechnologie in einer bestimmten Frist zur Verfügung stellen. Natürlich müssen Inder alle Bereiche der Geschäftstätigkeit ausländischer Firmen kontrollieren.

Im April v. J. verlangte die indische Nationalbank von der Betriebs-

leitung der Coca-Cola, sich an die geltenden Gesetze zu halten, den Indern das Aktienkontrollpaket zu übergeben oder ihre Produktion einzustellen. Im Hauptquartier in Georgia stellte man sich stur.

„Wir werden es nicht zulassen, daß multinationale Gesellschaften unsere Industrie der Erfrischungsgetränke bankrott machen“, erklärte Georges Fernandes im Parlament. „Wir wollen, daß eine nationale Gesellschaft vollständig für alle Operationen verantwortlich ist, einschließlich der Produktion und der Technologie.“

Die indische Coca-Cola wurde so zum Rückzug genötigt. Statt Coca-Cola wird es bald ein neues, ähnliches Erfrischungsgetränk geben, nach einem Rezept, das in einem indischen Forschungsinstitut zusammengestellt wurde. Die Produktion und der Absatz dieses Getränkes wird auf Regierungsbeschuß an die Gesellschaft Modern Bakeries, die dem staatlichen Sektor angehört, übertragen.

Ähnliche Maßnahmen wurden im September gegen ein anderes aus-

PAKISTAN

WIEDER WAHLEN

Am 18. September begann der zweite Wahlkampf des Jahres 1977. Die Wahlen zum Parlament und zu den gesetzgebenden Versammlungen der vier Provinzen sind für den 18. Oktober angesetzt.

Die letzten Wahlen fanden in der ersten Märzhälfte statt, und ihre Ergebnisse riefen eine schwere politische Krise hervor. Bei ihnen hatte die damalige Regierungspartei, die Pakistanische Volkspartei (PVP) unter Zulfikar Ali Bhutto, dem damaligen Premierminister, den Sieg errungen. Die Wahlergebnisse wurden von der oppositionellen Pakistanischen Nationalallianz (PNA), in der sich 9 Parteien mit ziemlich unterschiedlicher politischer und ideologischer Zielsetzung zusammengeschlossen haben, angefochten. Die PNA, die die PVP der Fälschung der Wahlergebnisse bezichtigte, begann mit einer breiten Kampagne für ihre

Annulierung und für Bhuttos Rücktritt. Mehr als drei Monate kam es in vielen Städten des Landes zu Unruhen und Zusammenstößen der Anhänger beider in den Konflikt verwickelten Seiten. All das führte zu Störungen des normalen Lebens, forderte Tote und Verletzte und brachte der Wirtschaft einen Schaden von Milliarden Rupien. Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes zwischen der damaligen Regierung und der Opposition ergaben keine für beide akzeptable Lösung.

In dieser Lage trat die Armee auf die politische Bühne. Am 5. Juli übernahm sie die Staatsmacht. An die Spitze der Militäradministration trat General Mohammed Ziaul Haq, der Heeresstabschef.

Er erklärte, dieser Schritt sei getan worden, um „das Land vor Chaos und Bürgerkrieg zu retten“. Die militärische Führung, die die politische Betätigung

im Land untersagte und die Parteiführer vorübergehend verhaftete, bestritt zugleich, sie beabsichtige, Pakistan für längere Zeit zu regieren. Um zu zeigen, sie wolle wirklich die Regierungsgewalt an eine Zivilregierung übertragen, setzte die Militäradministration wieder Wahlen fest und zwar für den 18. Oktober.

Am 13. September führte der Chef der Militäradministration, General Ziaul Haq, in Rawalpindi eine Konferenz mit Parteiführern durch, auf der man sich auf einen „Verhaltenskodex“ für die rivalisierenden Gruppen im Wahlkampf einigte. Das geschah, um, wie Ziaul Haq erklärte, „den Wahlkampf im Rahmen von Moral und Ordnung durchzuführen“. Während es den Parteien jetzt erlaubt ist, Veranstaltungen und Treffen der Kandidaten mit den Wählern abzuhalten und hierbei Lausprecher einzusetzen, sind Demonstrationen und Kundgebungen weiterhin verboten.

Ziaul Haq rief am 15. September in einer Rede an die Nation anläßlich

ländisches Monopol ergriffen — gegen die amerikanische EDV-Gesellschaft IBM. Diese Firma respektierte gleichfalls die in Indien geltenden Regeln nicht.

Die legitimen Entscheidungen der indischen Regierung nahm man in den USA recht nervös auf. Versuche werden unternommen, Indien unter Druck zu setzen. Der US-Botschafter in Neu-Delhi, Robert Gohin, erlaubte sich sogar in Madras die Politik der indischen Regierung gegenüber Coca-Cola und der IBM in einer Weise zu kommentieren, die von demokratischen Kreisen als direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens eingeschätzt wurde.

In der regierenden Janata-Partei hat man noch keine gemeinsame Linie gegenüber den multinationalen Gesellschaften gefunden. In ihr gibt es Kräfte, die sich Maßnahmen zu einer Zurückdrängung der Macht der Monopole widersetzen. Um so größere Beachtung verdienen die kürzlichen Äußerungen des Vorsitzenden der Regierungspartei, Chandra Shekhara, in einem Interview

für den *National Herald*, das am 9. September veröffentlicht wurde. Er polemisiert gegen jene, die die Multis ins Land holen wollen, und betont, daß diese „letzten Endes nicht zum wirtschaftlichen Wachstum des Landes beitragen ... und eine destabilisierende Rolle in der Politik spielen“.

Wie die *Economic Times* (Neu-Delhi) am 13. September meldete, verlangte die indische Nationalbank von fast 100 multinationalen Gesellschaften, die Gesetze des Landes zu achten. Sie sollen innerhalb von zwei Monaten einen Teil ihrer Aktien an indische Partner abgeben. Sonst würden entsprechende Maßnahmen ergriffen, insbesondere würde ihnen verboten, die Gewinne ins Ausland zu transferieren.

Das Beispiel der Coca-Cola und der IBM zeigt, daß die Zeiten, da die ausländischen Monopole ungehindert in der indischen Wirtschaft schalten und walten konnten, der Vergangenheit angehören.

W. TRETJAKOW
(Eigenbericht)

Neu-Delhi, im September

eines islamischen Festes „alle Parteien und ihre Führer auf, im Wahlkampf hohe Disziplin zu zeigen sowie Toleranz und Ruhe zu bewahren“.

Die Militärdiktatur verlangte, jeder Kandidat müsse seine Mittel im Zeitraum 1970—1977 darlegen. Wenn eine Überprüfung zeigt, daß Eigentum ungesezlich angeeignet wurde, dann kann ein solcher Kandidat bis zum 8. Oktober vom weiteren Wahlkampf ausgeschlossen werden. Beobachter meinen, daß diese Bestimmung vor allem gegen Politiker der PVP gerichtet ist, die seit Ende 1971 an der Macht sind.

Nach Dafürhalten westlicher Zeitungen kann die erneute Festnahme Bhuttos, die die Militärbehörden am 17. September in seiner Heimatstadt Larkana vornahmen, noch größeren Einfluß auf den Wahlausgang haben. Zugeleich wurden in verschiedenen Landesteilen weitere 10 PVP-Spitzenfunktionäre festgenommen. Wie Ziaul Haq erklärte, werden sie sich vor einem Militärgericht wegen Amtsanmaßung

verantworten müssen. Er sagte, die erforderlichen Instruktionen seien erteilt worden, um die Untersuchungen und Prozesse ohne Verzögerung, noch vor den Wahlen, durchzuführen.

Amtierende PVP-Vorsitzende wurde Bhutto Gaffin. In einem Interview für den AFP-Korrespondenten in Karatschi erklärte sie, ihr Mann sei verhaftet worden, um seine Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen zu verhindern.

Die eigentliche Auseinandersetzung bei diesen Wahlen erfolgt wie früher zwischen der PVP und der PNA. Ihre Wahlprogramme werden sich nach Meinung pakistanischer Beobachter nicht wesentlich von jenen unterscheiden, mit denen beide Parteien in die Wahlen vom März gingen. Nur verlangte die Militärdiktatur, daß sich die Wahlprogramme im Rahmen des „islamischen Sittengesetzes“ zu halten haben.

Der Wahlkampf in Pakistan ist angetreten.

A. USWATOW

NZ

STREIFLICHTER

■ SIMBABWE

Am 14. September ging in Maputo (Mosambik) eine dreitägige Konferenz des Koordinationsausschusses der Patriotischen Front von Simbabwe zu Ende. Sie stand unter dem Vorsitz der Führer der Front Joshua Nkomo und Robert Mugabe. Fragen der Festigung der militärisch-politischen Einheit dieser Organisation sowie der neue englisch-amerikanische „Friedensplan“ für Rhodesien wurden behandelt.

In einer gemeinsamen Erklärung, die nach Abschluß veröffentlicht wurde, konstatierten die beiden Politiker, daß die englisch-amerikanischen „Friedensvorschläge“ für Rhodesien zu unklar sind, um die Grundlage für eine wahre Regelung abgeben zu können. Wie es in der Erklärung heißt, führt die Patriotische Front einen bewaffneten Kampf gegen den britischen Kolonialismus in Gestalt des rassistischen Smith-Regimes. Angestrebt werde die wahre Unabhängigkeit Simbabwes, und der Sieg sei sicher, trotz der harfneckigen Versuche Englands und der USA, eine neokolonialistische Lösung des Rhodesienproblems aufzuzwingen.

■ ÄTHIOPIEN

Im Osten und Süden des Landes halten die harten Kämpfe bei den Städten Jijiga, Harar und Dire Dawa an.

Am 16. September erließ das Nationale Revolutionäre Operative Kommando Äthiopiens drei Direktiven. Die erste ist an die Bewohner der Ostregionen des Landes gerichtet. Sie ruft dazu auf, die Reihen aller Kämpfer gegen die ausländischen Streitkräfte zusammenzuschließen und zusammen mit den Einheiten der regulären Armee und den Truppen der Volksmiliz diesen Verbänden entschiedenen Widerstand zu leisten. Die zweite Direktive beordert alle Offiziere und Soldaten der Reserve unter 60 an die Front. Die dritte Direktive verpflichtet alle staatlichen und privaten Organisationen sowie die Fahrzeughalter, ihre Transportmittel und die Fahrer der Armee zur Verfügung zu stellen.

■ FRANKREICH—USA

Vom 14. bis 17. September stattete der französische Ministerpräsident Raymond Barre den USA einen offiziellen

ATOM IN DER NEGEV

Oleg ALOW

Wiederholt gingen in letzter Zeit sensationelle Meldungen durch die Weltpresse, große Mengen von Spaltmaterial seien verlorengegangen — Uran-235 und Plutonium, die die Schaffung von Kernwaffen ermöglichen. Hierbei wurde der Verdacht geäußert, daß Israel seine Finger im Spiel hatte. Und obgleich diese Fragen einstweilen unbeantwortet bleiben, löst doch die Tatsache, daß Spaltmaterial verschwunden ist, ernste Besorgnis bei der Weltöffentlichkeit aus.

Und das um so mehr, als immer neue Verluste gemeldet werden. Ende August schrieb die amerikanische Presse, daß die Nuclear Materials and Equipment Corp. in Apollo (US-Staat Pennsylvania), wo angereichertes Uran für die US-Kriegsmarine produziert wird, keine Erklärung dafür habe, daß 382 Pfund dieses Materials spurlos verschwunden sind.

Und wieder führten die Spuren nach Israel. Es wurde bekannt, daß diese Gesellschaft eine Filiale hat, die sie zusammen mit Israel kontrolliert. Die *Washington Post* behauptete am 20. August, die CIA sei zu dem Schluß gekommen, Israel habe angereichertes Uran aus diesem Betrieb erhalten, das zur Produktion von Atombomben genutzt werden könne.

Auch Meldungen über Geheimabmachungen auf atomarem Sektor zwischen Israel und der RSA beunruhigen. Nach Meinung einiger Zeitungen laufen diese Absprachen darauf hinaus, daß Tel Aviv Pretoria bei der Entwicklung und Herstellung von Kernwaffen hilft und dafür Uran erhält, das es für eigene nukleare Vorhaben braucht.

Die Aktivitäten Israels zur Nutzung der Atomenergie sollte im November v. J. eine Gruppe von US-Senatoren unter Howard Baker überprüfen. Insbesondere wollten die Senatoren ermitteln, ob gewährleistet werden könne, daß die Kernreaktoren aus den USA künftig nicht zu militärischen Zwecken genutzt würden.

Die amerikanischen Senatoren waren zu Recht besorgt. Geht es doch um den Bau von zwei Atomkraftwerken mit je 900 MW. Dabei fällt Plutonium ab — ein Stoff, der auch zur Produktion von Atombomben verwandt wird. Der Bau solcher Kraftwerke in einer politisch so explosiven Region bringt nicht wenig ernste Probleme. Zudem haben sich die USA als Signatarstaat des Atomwaffensperrvertrages verpflichtet, alle derartigen Kontrakte der Kontrolle der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) in Wien zu unterstellen, damit die Kernenergie nicht zu militärischen, sondern auch weiterhin zu friedlichen Zwecken genutzt wird.

Nach Pressemeldungen erhielten die Senatoren die Zustimmung der israelischen Regierung zu einer Kontrolle über jene Reaktoren, die die USA Israel liefern werden. Doch was soll mit jenen Reaktoren geschehen, die in Israel bereits in Betrieb genommen sind, insbesondere mit dem Reaktor des Atomzentrums in Dimona?

Die USA waren an seiner Entstehung nicht beteiligt. Doch der Nonproliferationsvertrag verlangt von seinen Unterzeichnern, anderen Staaten bei der Produktion von Kernwaffen „auf keine Weise zu helfen, sie nicht zu ermutigen oder dazu zu bewegen“. Unterdessen können in Dimona Arbeiten vorgenommen werden, die nicht nur der friedlichen, sondern auch der mili-

tärischen Nutzung der Kernenergie dienen.

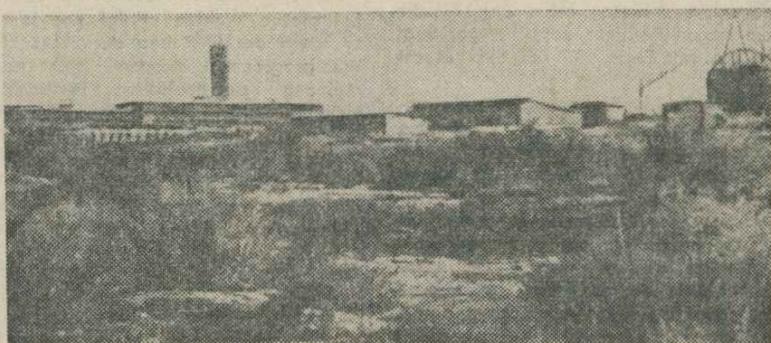
Ebendeshalb kam es zu Befürchtungen, der Bau von US-Kernenergieanlagen, in denen, wenn auch unter strenger internationaler Kontrolle, zivile Vorhaben ausgeführt würden, ermögliche es Israel, seine eigenen Anlagen, die nicht kontrolliert werden, vollständig auf den Kriegsbedarf umzustellen. Überdies kann Israel, wenn es Zugang zur modernen Technologie der nuklearen Produktion erlangt hat, dieses Knowhow gleichfalls zur Entwicklung von Waffen nutzen. Um das zu verhindern, schlug Paul Leventhal, ein Berater im Senatsausschuß für Fragen der Tätigkeit der US-Staatsorgane, vor, das Abkommen über die Lieferung zweier US-Reaktoren an Israel solle eine Inspektion des Zentrums in Dimona seitens der IAEA vorsehen.

Bei ihrer Israel-Reise baten die amerikanischen Senatoren, Dimona besuchen zu dürfen, um sich mit eigenen Augen ein Bild zu machen. Doch ihre Bitte wurde zweimal abgelehnt.

Schon seit Ende der 50er Jahre werden in Israel intensive Atomforschungen getrieben. Das erste Atomzentrum mit einem Schwerwasserreaktor in der Negev-Wüste in Dimona entstand 1964 mit Hilfe Frankreichs. Von Anfang an wurde die Arbeit im Zentrum streng gehemt, was zu nicht wenig Vermutungen führte. In der Presse meldeten sich westliche Fachleute zu Wort, die meinten, in der Abschämmung des Reaktors von Dimona könne jährlich soviel Plutonium angesammelt werden, daß es für die Schaffung von 20 Atombomben des Hiroshima-Typs ausreicht.

Ferner wurde berichtet, daß in

Das israelische Atomzentrum in Dimona
Foto aus „Time“



der israelischen Regierung lange heftig darüber gestritten wurde, ob der Bau eines Isotopentrennwerkes sinnvoll ist. Doch solange die Diskussionen noch im Gange waren, gab Moshe Dayan, der damalige Verteidigungsminister, nach dem Sechstagekrieg den Geheimbefehl, ein solches Werk zu errichten.

Am 12. April 1976 wartete die amerikanische *Time* mit einer sensationellen Meldung auf. Sie behauptete, daß zu Beginn des Oktoberkrieges von 1973, als die Ägypter den Suezkanal überquerten und die israelischen Truppen auf den Golanhöhen vor dem Ansturm der syrischen Panzer zurückwichen, die Israelis in einem unterirdischen Tunnel in nur 78 Stunden 13 Atombomben montierten. Während der Oberkommandierende der Nordfront, General Hoffi, am 8. Oktober meldete, er sei sich nicht sicher, ob man sich noch „lange halten könne“ und Dayan die damalige Ministerpräsidentin Golda Meir mit den Worten warnte „Das ist das Ende Israels“, wurde beschlossen, die Atombombe bereitzuhalten. Die Bomben wurden montiert und an die Flugzeuge gebracht. Doch die Lage an den Fronten stabilisierte sich, und die Bomben wurden in Arsenalen in die Wüste geschafft, wo sie, wie die *Time* schrieb, bis auf den heutigen Tag lagern.

Diese Meldung wurde von israelischen Sprechern weder bestätigt noch dementiert. Anlässlich der *Time*-Veröffentlichung gab der damalige Ministerpräsident Rabin eine gewollt undeutliche Erklärung ab: „Israel ist keine Atommacht. Wir werden uns in absehbarer Zukunft auf konventionelle Waffen stützen und nicht als erste Kernwaffen im Nahen Osten einführen.“ Bedeutend klarer äußerte sich hierzu im Dezember v. J. der jetzige Außenminister Dayan. Er rief dazu auf, „nicht auf die Möglichkeiten zu verzichten, die der Besitz von Kernwaffen bringt“, nicht vor Drohungen zurückzuschrecken, sie in einem Krieg gegen die Araber einzusetzen.

Doch vieles liegt auch ohne offizielle Erklärungen auf der Hand. Die Praxis Israels zeigt besser als alle Worte, zu welchen Zwecken es die Atomenergie nutzen will. Von allen Ländern, die unmittelbar in die Konfrontation im Nahen Osten verwickelt sind, hat allein Israel bislang den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben und ratifiziert. Syrien und Jordanien haben

sich diesem Vertrag angeschlossen. Ägypten hat ihn unterzeichnet, doch nicht ratifiziert, da es seinen endgültigen Vertragsbeitritt mit der Haltung Israels verbindet. Viele andere arabische Staaten, u. a. Irak, Libanon und Sudan haben sich gleichfalls dem Atomwaffensperrvertrag angeschlossen.

Israel enthielt sich zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten auf der 30. UNO-Vollversammlung der Stimme. In der Resolution werden alle Nahoststaaten aufgefordert, „auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auf die Produktion, den Erwerb oder jeglichen Besitz von Kernwaffen und atomaren Sprengköpfen zu verzichten“. Die arabischen Staaten traten wiederholt für die Bildung einer solchen Zone ein. Der jordanische König Hussein sagte am 11. November v. J. zu einer Gruppe amerikanischer Senatoren: „Wir begrüßen es, wenn im Nahen Osten eine kernwaffenfreie Zone geschaffen würde. Und in diesem Zusammenhang ist die arabische Welt bereit, Verpflichtungen zu einem Verbot der Weitergabe von Kernwaffen in diesem Raum zu übernehmen.“

Angesichts der Lage im Nahen Osten ist es wichtig, die Nonproliferation von Kernwaffen, die jetzt eine anerkannte Völkerrechtsnorm geworden ist, weiter auszudehnen. Dafür ist es erforderlich, daß sich alle Nahoststaaten — insbesondere jene, die dank ihrer industriellen und technischen Entwicklung eigene Atombomben herstellen können — dem Atomwaffensperrvertrag anschließen und ihre Nuklearanlagen der Kontrolle der IAEA unterstellen.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der berücksichtigt werden sollte. Mit der Entwicklung des weltweiten Handels von Kernmaterial und -anlagen wird es den Staaten, die sich nicht dem Atomwaffensperrvertrag angeschlossen haben, immer mehr möglich, diese zur Schaffung eigener Kernwaffen zu verwenden. Deshalb tragen die Länder, die Kernmaterial, -anlagen und -technologie liefern, eine besondere Verantwortung. Wirksame Garantien sind nötig, damit die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht zu einer Weiterverbreitung der Atomwaffen führt. Das ist ein wichtiges Problem der internationa- len Sicherheit.

Besuch ab. In einer Erklärung, die nach Abschluß des Besuchs veröffentlicht wurde, heißt es, daß bei den Gesprächen politische, wirtschaftliche und andere Fragen erörtert wurden, die von großer Bedeutung für die USA und Frankreich seien: die Lage im Nahen Osten und im südlichen Afrika, die Ost-West-Beziehungen, die Abrüstung und die Nichtweitergabe von Kernwaffen. Besonderen Raum nahm die Behandlung der Handels- und Wirtschaftsprobleme ein. Wie die Pariser Presse schrieb, brachte Barre die Unzufriedenheit Frankreichs und anderer EG-Länder über den unausgeglichenen Handel mit den USA zum Ausdruck, der für Westeuropa ein großes Defizit bringt. Gegenüber Präsident Carter betonte er ferner, Frankreich messe einer Landeabstimmung der Concorde in New York große Bedeutung bei. Die französische Presse unterschreibt, daß eine weitere Verzögerung Protektionismus wäre und den Interessen des französischen Flugzeugbaus Abbruch täte.

■ NORDIRLAND

In Nordirland ist die Lage weiterhin gespannt. Auf den Straßen fallen Schüsse, und alle „Verdächtigen“ sind Haussuchungen und Verhaftungen ausgesetzt. Seit 1969 wurden in Nordirland etwa 1800 Menschen getötet. Der britische Nordirlandminister Roy Mason erklärte Mitte September, Großbritannien werde sich nicht aus dieser unruhigen Provinz zurückziehen, und kritisierte scharf ihre in Fehde liegenden Politiker, wobei er versuchte, ihnen die gesamte Verantwortung für die entstandene Situation zu geben. „Der Mythen eines britischen Abzugs ist für immer gestorben“, erklärte der Minister. Er betonte, Nordirland werde unbestimmte Zeit direkt von London aus regiert werden. Masons Erklärung wird als wichtiger Hinweis dafür angesehen, welche Haltung Großbritannien bei dem am 28. September

KANALARBEITER

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Die Unterzeichnung des Vertrags über den Panamakanal, der zum Jahre 2000 an seinen eigentlichen Besitzer zurückgegeben werden soll (siehe NZ 38/77), ging nicht mit der prunkvollen Zeremonie im Weißen Haus ab. Der Vorgang hat eine ganze politische Kampagne ausgelöst, an deren Spitze sich Ronald Reagan, ehemaliger Filmstar, ehemaliger Gouverneur von Kalifornien und ehemaliger Präsidentschaftskandidat der USA gestellt hat. Die Zahl seiner Anhänger wächst, sein Name verschwindet nicht aus den Zeitungsspalten und die Arbeit der neuen Kongressperiode gewinnt durch seine Bemühungen besondere Schärfe und steht schon deshalb im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Reagans Filmrollen zeichneten sich nicht durch besonderen darstellerischen Glanz aus. Über drittklassige Western ist er nie hinausgekommen. Die gleiche Klasse hat sein politisches Spiel. In ihm überwiegt ein Motiv, das von der politischen Reaktion unausgesetzt aufgegriffen wird. Doch jahrelang erprobte Tricks finden auf der amerikanischen Szene lange ihre Freunde. Nicht nur im Film.

Die USA waren bei der Verteilung des Kolonialkuchens zu spät gekommen. Wo sie aber rankamen, standen sie nicht hinter den Uraltkolonialisten zurück. Die Panamakanalzone war von Schiffsgeschützen freigeschossen worden. Der Bau des Kanals kostete Tausenden angeheuerten Arbeitern das Leben. Seither gehört die Zone laut Vertrag aus dem Jahre 1903 den USA, obwohl dort nicht einmal die Unterschrift eines Panamäers zu finden ist. Für Panama unterzeichnete damals der Franzose Philippe Buneau-Varilla. US-Außenminister John Hay, der für die amerikanische Seite signierte, teilte einem Senator, auf die Ratifizierung drängend, mit, daß der Vertrag „äußert zufriedenstellend und sehr vorteilhaft für die Vereinigten Staaten ist, und wir müssen sagen, ich weiß nicht mal, mit welchem Gesichtsausdruck, nicht so sehr günstig für Panama... Sie und ich wissen recht gut, wie viele Punkte dieser Vertrag enthält, die

den Protest von Patrioten Panamas auslösen könnten.“ Der zur Schau getragene Charme des verehrten Staatsmanns gleicht dem Charme eines Wegelagerers, der mit dem Messer an der Kehle seines Opfers spielt.

Panama ist vermutlich das deutlichste Beispiel für den völlig fehlenden Einklang zwischen den Erklärungen über die Treue zur „Sache der Gerechtigkeit und Freiheit“ und der außenpolitischen Praxis der USA. Die Verhandlungen begannen 1964, nach dem Aufflammen des Volkszorns, und kamen lange nicht vom Fleck. Ein Fortschritt trat erst 9 Jahre später ein, als die amerikanische Delegation ein Veto im UNO-Sicherheitsrat einlegen mußte, um die Resolution zur Unterstützung der Forderungen Panamas zu Fall zu bringen.

Nun also wurde ein wahrer Kreuzzug gegen jegliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern vom Zaune gebrochen. „Es gibt keinen Panamakanal. Es gibt einen amerikanischen Kanal in Panama“, verkündete Reagan und andere mit ihm. Dazu gehören die Senatoren Strom Thurmond und Jesse Helms. Sehr begrüßt wurde Reagan auch im juristischen Unterausschuß des Senats, wo er sozusagen seine Haltung motivierte. Öffentlich unterstützen ihn vier ehemalige Oberkommandierende der Kriegsmarine sowie die im Ruhestand lebenden Generalstaatsanwälte der Staaten Iowa, Indiana, Idaho und Louisiana. 5000 Delegierte des Nationalkongresses der Organisation Veterans of Foreign Wars erhoben sich und begrüßten brüllend die Resolution, wobei sie forderten, den Kanal für alle Ewigkeit unter völliger Kontrolle zu halten.

Diese Zusammensetzung der Opposition führte zu ironischen Bemerkungen in der Presse über die „grauhaarigen Konservativen, die nicht merken, woher der Wind weht“. Jedoch ist der Einfluß der Organisatoren dieser Kampagne schon deshalb sehr viel stärker, weil sie bedeutendes politisches Gewicht und weitgehende Propagandamög-

lichkeiten in die Waagschale werfen können. Vor allem erinnert Reagan selbst keineswegs an einen abgehalfteten Politiker. Wöchentlich erscheint in mehr als 100 Zeitungen eine von ihm gezeichnete Column, und 240 Sender verbreiten wöchentlich seine Kommentare. Zwei oder drei Mal in der Woche spricht er vor Geschäftsleuten und Politikern, und wöchentlich erhält er etwa 200 Einladungen zu solchen Zusammenkünften. Die American Conservative Union forderte 100 000 ihrer Mitglieder auf, Protestschreiben an Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses zu versenden. Immer mehr macht das Committee for the Republic von sich reden, das Anhänger Reagans vereint und über bedeutende Summen verfügt.



Reagan-Anhänger auf den Stufen des Kapitol

Foto aus
„International Herald Tribune“
(USA)

Um den „Ehemaligen“ und andere Organisatoren der Kampagne zur Räson zu bringen, erläuterten namhafte Beobachter in den Zeitungen, wie unbegründet ihre Befürchtungen sind. Sie wiesen darauf hin, daß die US-Interessen in diesem Raum vor allem im Handels- und militärischen Bereich liegen. Joseph Harsh z. B. schreibt: „Die beiden zur Ratifizierung vorliegenden Verträge sichern das eine wie das andere. Die Vereinigten Staaten erhalten ihre Militärstützpunkte in dieser Zone bis zum Jahr 2000 und bekommen das Recht, nach dem Jahre 2000 im Falle der Notwendigkeit zugunsten der Neutralität des Kanals zu intervenieren. Die Herrschaft der Vereinigten Staaten in diesem Raum ist nicht in Frage gestellt. In nächster

Zukunft werden die USA den Kanal praktisch völlig frei zu Handels- und militärischen Zwecken nutzen können. Das heißt keineswegs einen De-fakto-Verlust der Kontrolle. Es heißt lediglich Verzicht auf Dinge, die die Lateinamerikaner am meisten ärgern: der besondere und privilegierte Status amerikanischer Bürger in einer besonderen Zone und das Fehlen panamaischer Jurisdiktion in der Zone, die das Land zweiteilt. Im Grunde stellen die Verträge den Versuch dar, das äußere Bild der Beziehungen mit dem Geist der Zeit in Übereinstimmung zu bringen.“

Harsh unterschätzt hier offensichtlich die Entschlossenheit der Panamaer, der unkontrollierten Herrschaft der USA ein Ende zu setzen. Jedoch kann man nicht glauben, daß Reagan und seine Anhänger sich ernsthafte Sorgen um die Sicherheit der Vereinigten Staaten machen, wie sie das behaupten. Es geht um etwas anderes.

„Es ist leichter, die Masse auf die Beine als zu Verstand zu bringen“, schimpfte die *Washington Post* in einem Artikel über das Wirken der Konservativen. Das hat seine Begründung. Denn die Organisatoren der jetzigen Kampagne versuchen einen Scheinpatriotismus anzuhüten, wobei sie vor allem an das bei den Amerikanern so entwickelte Gefühl für Besitztum appellieren. „Erst haben wir Milliarden Dollar ausgegeben, um den Kanal zu bauen und zu unterhalten, und nun sollen wir dafür bezahlen, daß die Panamaer ihn uns nehmen!“, knurren sie. Die *New York Times* betrachtet das alles als Beweis für einen gewissen Wandel von Isolationismus zum militärtenden Internationalismus. (Umsonst gebraucht die Zeitung hier dieses Wort, wo es angebracht

wäre, einfach von einer typischen Erscheinung des Militärmachtchauvinismus zu sprechen. J. G.) Die *Washington Post* meint denn auch eindeutig: „Wenn es ihnen gelingt, die Verträge zu blockieren, wenden sie ihre Waffen gegen einen neuen Vertrag über die Beschränkung strategischer Rüstungen“. Auf alle Fälle kann es keine geteilten Meinungen darüber geben, daß das Problem Panamakanal zur Bearbeitung der Öffentlichkeit in ebendieser Richtung benutzt wird. Den geschürten Chauvinismus wollen die Konservativen dem Geist der Zusammenarbeit entgegensezten, der in der Welt von heute so dringend gebraucht wird.

Jedoch wird auch ein ganz eigenständiges Ziel verfolgt. Die vermehrte Demagogie zur Beeinflussung des Senats, wo die Verträge über den Kanal ratifiziert werden müssen, verschaffte Reagan die Möglichkeit, aus der politischen Versenkung aufzutauchen. Im Verlaufe der jetzigen Kampagne hofft er, konservative Kräfte um sich zu scharen, um den Ton bei den Republikanern anzugeben und, wenn das gelingen sollte, den Boden zu seiner Unterstützung bei der Wahl 1980 zu bereiten.

Es wäre unter diesen Umständen seltsam, auch nur eines der heute so in Mode gekommenen Worte für die „Interessen und Rechte anderer Völker“ zu hören. Denkt man an all die Jahre, die nötig waren, um den Vertrag über den Panamakanal in seiner jetzigen Form unter Dach und Fach zu bringen, dann muß man sagen, daß sich an diesem langjährigen und gewissenlosen Spiel sowohl von der demokratischen wie von der republikanischen Partei gestellte Regierungen beteiligt haben.

New York, im September

DIPLOMATEN IN SIBIRIEN

Leiter diplomatischer Vertretungen in der Sowjetunion unternahmen auf Einladung der Protokollabteilung des sowjetischen Außenministeriums eine Reise nach Ostibirien. Derartige Informationsreisen in verschiedene Regionen der UdSSR werden regelmäßig für ausländische Diplomaten veranstaltet, und sie finden großes Interesse. Diesmal ging es für Diplomaten aus über 20 Ländern nach Irkutsk und Bratsk.

Der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees Irkutsk, Alexej Sokolow, berichtete den ausländischen Gästen über das Gebiet Irkutsk. Die Diplomaten besuchten das Bratsker Wasserkraftwerk, eine Aluminiumfabrik und

Betriebe der Holzindustrie. „Alle diese Betriebe“, sagte der Botschafter Syriens, Jahr Al-Kafri, „beeindrucken durch ihre Dimensionen. Die große Arbeit des befreundeten Sowjetvolkes, die in diesen Objekten verkörpert ist, begeistert.“

Der Botschafter Spaniens in der UdSSR, Señor Samaranch, sagte zu den Perspektiven der Entwicklung Ostibiriens: „Ich bin überzeugt, daß diese Ziele erreicht werden. Das Aufbauwerk, das vor nur wenigen Jahren begonnen wurde, hat Sibirien bereits neues Leben gegeben, und das wird als großes Ereignis in die Chronik des 20. Jahrhunderts eingehen.“

A. TARUZ

anstehenden Treffen zwischen dem britischen Premierminister James Callaghan und dem irischen Premier John Lynch einnehmen wird. Kürzlich verlangte Lynch erneut, England solle seine Pläne für einen Abzug aus Nordirland bekanntgeben.

■ SALOMONEN

Am 16. September wurde in London zwischen der britischen Regierung und dem Chefminister des britischen „Schutzgebietes“ Salomonen vereinbart, daß dieses Territorium im Juli 1978 Unabhängigkeit erlangen werde. Die Salomonen [im Pazifik, östlich von Neuguinea] sind seit Ende des 19. Jh. eine britische Kolonie. Auf den Inseln kam es wiederholt zu antikolonialen Massendemonstrationen der einheimischen Bevölkerung [überwiegend Melanesier]. Heute haben die Salomonen etwa 190 000 Einwohner.

Die Salomonen wurden 1568 vom spanischen Seefahrer Alvaro de Mendaña entdeckt, der ihnen den heutigen Namen in der Vermutung gab, daß gerade dort die sagenhaften Reichtümer von König Salomon verborgen wären. Das Verwaltungszentrum befindet sich in Honiara auf der größten Insel Guadalcanal.

Die Landwirtschaft ist der bei weitem wichtigste Wirtschaftszweig der Salomonen.

■ NAHER OSTEN

In vielen Nahostländern kam es Ende August zu einer Choleraepidemie, die stärkste in den letzten 20 Jahren. In Syrien wurden über 2300 Erkrankungen registriert, in Jordanien mehr als 260. Cholerafälle wurden aus Libanon, Saudi-Arabien, Kuwait, Libyen, Iran, der Türkei und dem von Israel besetzten Westjordanland gemeldet.

Überall werden energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche unternommen, und in den letzten Tagen ist ein Rückgang zu verzeichnen.

ZUR BEDEUTUNG DER OKTOBERREVOLUTION

Anlässlich des nahenden 60jährigen Jubiläums der Oktoberrevolution beginnen wir mit einer Reihe von Veröffentlichungen, die über die Geschicke und Gedanken jener Menschen im Ausland berichten, die als erste die Oktoberrevolution versanden und aus tiefstem Herzen akzeptiert, die ihr Leben dem Kampf um den Triumph der Ideale dieser

Revolution gewidmet hatten und den einmal gewählten Weg furchtlos gegangen waren.

MAURICE THOREZ, der ruhmreiche Sohn der Arbeiterklasse Frankreichs, der über 30 Jahre ohne Unterbrechung der Französischen KP vorsandt, hat als erster das Wort.

„Wir glaubten – und behielten recht“

In seinem autobiographischen Buch „Sohn des Volkes“ schreibt Maurice Thorez: „Meine Jugend war von der Oktoberrevolution überstrahlt. Ich traf meine Wahl sofort und habe das nie bereut. Wie die spätere Entwicklung zeigte, war das der richtige Weg. Wo wären wir heute, hätte Lenin 1917 die Front des Imperialismus nicht durchbrochen und die Sowjetrepublik nicht geschaffen? Die russische Revolution richtete die Geschichte auf die klassenlose Gesellschaft, auf das Glück aller Menschen aus. In der ganzen Welt förderte sie die Entwicklung der Demokratie.“

Der junge Sowjetstaat hatte es nicht leicht. Nach dem Sieg der Revolution mußte er mehrere Jahre den bewaffneten Kampf gegen die militärische Intervention und die Konterrevolution im Lande führen. Damals erhob sich aber das Proletariat Großbritanniens, Frankreichs und anderer Länder, um der Intervention gegen Sowjetrußland Einhalt zu gebieten.

Maurice Thorez würdigte die breite internationale Solidarität der Werktätigen mit der Sowjetrepublik und stellt fest: „Die Oktoberrevolution ihrerseits dankte den Arbeitern anderer Länder hundertfach für diese Hilfe. Sie weckte in ihnen Freude und Zuversicht, weil sie unwiderlegbar bewies, daß der Sozialismus nicht eine These, sondern eine historische Notwendigkeit war. Sie ließ Millionen Proletarier, die das Kapital in sein Joch gespannt hatte, ihre Kräfte besser erkennen und sich um die kommunistischen Parteien ihrer Länder, um die Kommunistische Internationale scharen. Die Lehre Lenins hob die internationale proletarische Solidarität auf eine neue, höhere Stufe.“

Den Gedanken an die gewaltige von der Oktoberrevolution hervorgebrachte schöpferische Kraft der internationalen Solidarität der Werktätigen, an die unlösliche Verbindung zwischen dem proletari-



schen Internationalismus und dem wirklichen Patriotismus hob Maurice Thorez immer hervor. Nach der Zerschlagung Hitlers Deutschlands schreibt er in der *Humanité*: „Ja, die FKP erklärt laut und vernehmlich ihre Solidarität mit der ruhmreichen Oktoberrevolution, mit dem Sowjetland. Widerspricht denn eine solche Solidarität den Interessen der Arbeiterklasse unseres Landes, die jetzt der sozialistischen Revolution lebt als dem einzigen Mittel, mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und mit allen Formen von Unterdrückung Schluß zu machen? Widerspricht sie etwa den nationalen Interessen Frankreichs?“ „Wir glaubten an die sozialistische Revolution. Und wir bekamen recht. Die Oktoberrevolution hat Frankreich und die ganze Welt vor der faschistischen Barbarei gerettet.“

Im Referat auf dem XI. Parteitag der FKP sagte Maurice Thorez: „Unsere proletarische Ergebenheit für die Oktoberrevolution wird verleumderisch mißdeutet, desgleichen unsere Treue als weitsichtige Franzosen für die französisch-sowjetische Freundschaft und das

Bündnis unserer Länder. Aber welcher Franzose, welche Französin könnten vergessen, was Frankreich der Sowjetunion, den sowjetischen Soldaten zu danken hat?“

Welcher Arbeiter könnte vergessen, daß die Klasseninteressen der Werktätigen aller Länder übereinstimmen? Welcher französische Arbeiter könnte die gewaltige Bedeutung der sowjetischen Revolution erkennen?“

Im Vorwort zur russischen Ausgabe seiner Werke, die 1959 in Moskau erschienen, betont Thorez erneut: „Die bewußten Proletarier Frankreichs denken stets an die bedeutsamen Lehren der Oktoberrevolution. Sie weisen entschieden alle Versuche zurück, das Ansehen der UdSSR und ihrer ruhmreichen Kommunistischen Partei bei den Massen herabzusetzen. Die revolutionären Arbeiter verstehen: Die von der Bourgeoisie und ihren Agenten kolportierte Lösung des berüchtigten ‚nationalen Kommunismus‘ soll nur dazu dienen, die Einheit der weltweiten Arbeiterbewegung zu unterminieren.“

Die Oktoberrevolution dient auch denjenigen, die für die Befreiung von der kolonialen und neokolonialistischen Abhängigkeit kämpfen, seit nun 60 Jahren als Orientierungspunkt.

1956 schreibt Thorez: „Während die kapitalistische Welt immer neue Beweise dafür liefert, daß die einzige Lösung der nationalen Frage für sie darin besteht, die Nationen voneinander zu trennen, den Haß zwischen ihnen zu entfachen, die einen den anderen unterzuordnen, zeigte der siegreiche Sozialismus die Möglichkeit und Gerechtigkeit eines anderen Weges, der revolutionären Charakter trägt und auf dem brüderlichen Bündnis der Werktätigen aller Nationalitäten beruht.“

Maurice Thorez war zutiefst besorgt über die Politik der chinesischen Führer, die, wie er schrieb, „die nationale Befreiungsbewegung

dem sozialistischen System gegenüberzustellen suchen, um zwischen die für ihre Unabhängigkeit ringenden Völker einerseits und die sozialistischen Länder und die internationale Arbeiterbewegung andererseits einen Keil zu treiben". In diesem Zusammenhang stellt er die Frage: „Hätte die nationale Befreiungsbewegung ohne die sozialistische Oktoberrevolution einen solchen Aufschwung erleben können? Ohne die 46 Jahre schöpferische Arbeit und außerordentliche Opfer des sowjetischen Volkes? Ohne den Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland und Japan?“ Seine Antwort darauf lautet: „Nur die historischen Großtaten der UdSSR haben die Bedingungen für die Befreiung der Völker Asiens, Afrikas und selbst Lateinamerikas geschaffen. Auch China bildet keine Ausnahme aus dieser Regel. Heute kann das sowjetische Volk dank seiner Arbeit vielen Ländern materielle Hilfe erweisen, damit sie eine unabhängige Wirtschaft aufbauen können. Das sowjetische Volk sorgt für die Wahrung der Souveränität und Integrität der jungen freien Länder.“

Einmal bemerkte Maurice Thorez: „Der Weise des Altertums bewies die Realität der Bewegung, indem er sich bewegte. Das sowjetische Volk hat den Sozialismus bewiesen, indem es ihn aufgebaut hat.“ Der Führer der FKP wußte die Erfahrungen dieses Aufbaus zu schätzen.

Zu den Errungenschaften der sowjetischen Wirtschaft meinte Maurice Thorez bereits vor dem Großen Vaterländischen Krieg des Sowjetvolkes: „Die Oktoberrevolution exproprierte die Expropriateure, sie nahm den Fabriksbesitzern und Gutsherren alle Produktionsmittel und machte diese zu sozialistischem Eigentum. Im Sowjetlande wurde erfolgreich die sozialistische Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft vorgenommen. Der Sozialismus hat gesiegt... Es gibt keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit. Die Produktivkräfte entwickeln sich planmäßig und in zunehmendem Tempo. Der wirtschaftliche Fortschritt der Gesellschaft erweckt und fördert den Fortschritt in Wissenschaft und Kultur und auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit.“

Maurice Thorez betrachtete aber nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte in der Entwicklung der UdSSR und der anderen Länder, die die neue Gesellschaft aufbauen.

„Die Erfahrungen des Oktober haben unwiderlegbar den marxistisch-leninistischen Leitsatz bekräftigt“, betonte er, „daß das Wichtigste in der Revolution die Machtfrage ist.“

Zu den vorrangigen Aufgaben der siegreichen Revolution gehört es, den Widerstand der imperialistischen Bourgeoisie zu brechen. Wie ist dies zu erreichen?

„Das Beispiel der UdSSR hat bewiesen“, stellt Thorez fest, „daß die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse — die Diktatur des Proletariats — der einzige Weg ist, um das kapitalistische Regime der Ausbeutung, der Unterdrückung und des Krieges abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen.“

Bei der Erläuterung des positiven politischen Sinnes des Begriffs „Diktatur des Proletariats“ schrieb Thorez: „Während der bürgerliche Staat die Diktatur der Ausbeuterminorität bedeutet, ist der proletarische Staat in seinem Wesen demokratisch, da er die Interessen einer gewaltigen Mehrheit der Gesellschaft — der Arbeiter, der Bauern und der anderen arbeitenden Schichten — wahrnimmt.“

Die Diktatur des Proletariats bedeutet Demokratie für alle Werktäglichen. Das Proletariat übt seine Klassenherrschaft nur gegenüber den Kapitalisten, Großgrundbesitzern und ihresgleichen aus, d. h. gegenüber den sozialen Gruppen, die in der neuen Gesellschaftsordnung keine Existenzberechtigung haben.

Demnach trägt die Diktatur des Proletariats schon seit ihrer Entstehung die Züge der allgemeinen sozialistischen Demokratie.“

Im Mai 1964, im Schlußwort auf dem XVII. Parteitag der FKP, einer seiner letzten Ansprachen, hob Maurice Thorez erneut hervor: „Die UdSSR war und bleibt der Leitstern für alle Werktäglichen, für alle Fortschrittlichen... Sie bietet in der Geschichte nie dagewesene Möglichkeiten, die Demokratie zu entwickeln, indem sie ihre Entwicklung zu einem Staat des ganzen Volkes gewährleistet. Sie verkörpert das soziale Ideal, von dem die Unterdrückten jahrhundertelang träumten.“

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland, die Realisierung des grandiosen Plans für den sozialistischen Aufbau in der UdSSR „die internationale Arbeiterklasse ermutigten“, wie Maurice Thorez

sagte, ihr neue Zuversicht und neue Kraft verliehen. In seinem Artikel „Der Oktober wies uns den Weg“ schrieb er: „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution leitete eine neue Ära in der Geschichte nicht nur Rußlands, sondern auch der Welt ein. Sie eröffnete die Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der proletarischen Revolutionen. Alles Wesentliche an ihr muß und wird sich unweigerlich im internationalen Ausmaß wiederholen, unter Berücksichtigung der historischen Besonderheiten jedes Landes und der Vielfalt der Wege, die zum Sozialismus führen.“

Der Einfluß der sozialistischen Oktoberrevolution war nach Thorez' Auffassung entscheidend auch für den Aufschwung der Arbeiterbewegung in Frankreich. Die Oktoberrevolution führte sie aus der Zerfahrenheit und Ohnmacht der Kriegsjahre 1914—1918 heraus. Sie erweckte die Arbeiterbewegung zu neuem Leben und gab den Ausschlag dafür, daß im Dezember 1920 die Französische Kommunistische Partei gegründet wurde.

Die FKP vertrat die Interessen der Arbeiterklasse, ohne einen Schritt zurückzuweichen, kämpfte für die Befriedigung der lebenswichtigen Interessen und Forderungen der Werktäglichen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Bei der Beurteilung der in diesem Kampf errungenen Erfolge und der Perspektiven seines Landes und der anderen kapitalistischen Länder in bezug auf den sozialen Fortschritt schrieb Thorez: Dank dem Anwachsen von Macht und Einfluß der sozialistischen Länder auf die weltweite Entwicklung „eröffnen sich neue Aussichten beim Übergang der kapitalistischen Länder zum Sozialismus auf verschiedenen Wegen, die den spezifischen Entwicklungsbedingungen jedes Volkes entsprechen“. Hierbei betonte er jedoch stets: „Wenn der Vormarsch zum Sozialismus für uns, das Proletariat der westlichen Länder, leichter sein wird, so haben wir das vor allem den Kämpfern der Oktoberrevolution von 1917, dem Heldenmut der Kommunistischen Partei und aller Werktäglichen der Sowjetunion zu verdanken.“

Zusammengestellt von
N. MIGINA

RASSISTEN ZUR VERANTWORTUNG!

Noch ist das Blut der Opfer des rassistischen Terrors im Johannesburger Vorort Soweto nicht getrocknet, da kommt die Nachricht von einer neuen Greueltat der Vorsterclique. Im Gefängnis wurde der Führer der südafrikanischen Bewegung der Schwarzen für Selbstbewußtsein, der Ehrenpräsident des Konvents des schwarzen Volkes und Studentenführer Steve Biko zu Tode gequält. Er wurde aufgrund des berüchtigten Terrorgesetzes verhaftet, das jegliche Äußerung gegen die Apartheidpolitik schon als „Terror“ qualifiziert. Der südafrikanischen Presse zufolge genoß Biko den Ruf eines „Gemäßigten“, der Gewaltmethoden im Kampf gegen die Apartheid ablehnte. Viele Vertreter der weißen Minderheit waren sogar der Ansicht, mit ihm ließe sich reden. Doch das war für die südafrikanische Polizei kein Hindernisgrund.

Über die Umstände des Todes von Biko wird tiefes Stillschweigen geübt. Doch das Geschick anderer Häftlinge, die zu verschiedener Zeit unter der gleichen Beschuldigung eingesperrt wurden, liefert gewisse Vorstellungen, wie die Rassisten mit Gegnern der Apartheid verfahren. Nur vier Tage vor Bikos Tod wurde ein Fall „abgeschlossen“, in dem es um die formale Untersuchung der Todesumstände des verhafteten Afrikaners Mazwembe ging. Die Behörden erklärten, er habe sich an einer Decke in der Polizeiverwaltung von Capetown erhängt.

Im Zusammenhang mit dem Fall Biko tauchen in der afrikanischen Presse immer neue Namen inhaftierter Afrikaner auf, die entweder aus dem Fenster einer Polizeidienststelle sprangen oder sich beim „Ausrutschen“ auf einem Stück Seife im Gefängniswaschraum den Kopf zerschlugen, oder ihr Leben auf irgendeine andere seltsame Weise beendeten. Wieder erinnern die Zeitungen an den rätselhaften Tod des bekannten Führers der südafrikanischen Befreiungsbewegung und Nobelpreisträgers Albert Lutuli, der vor einigen Jahren „unter geheimnisvollen Umständen“ unter einen Zug geriet.

Die Verbrechen der südafrikanischen Rassisten — darunter auch ihr Mord an Biko — werden niemals vergessen. Der Terror stärkt noch die Entschlossen-

heit der Patrioten, Afrika vom Rassismus zu säubern. Er führt dazu, daß die internationale Solidaritätsbewegung mit dem Volk Südafrikas immer breitere Kreise erfaßt. Deshalb fand der UNO-Aufruf, den 11. Oktober als Tag der Solidarität mit den politischen Häftlingen der RSA zu begehen, ein so starkes Echo. Immer näher rückt die Stunde der Vergeltung.

V. SIDENKO

GEFÄHRLICHE ESKALATION

Im Süden Libanons kam es zu den heftigsten Kämpfen der letzten drei Jahre. Am 16. September unternahmen



Einige bürgerliche Blätter schämen sich nicht, das „humanitäre Antlitz“ der chilenischen Junta anzupreisen. Beispiel dafür ist das von der *New York Times* veröffentlichte Foto vom „guten Onkel Pinochet“ mit einem Jungen aus dem Arbeiterviertel Santiagos.

Aber die Weltöffentlichkeit läßt sich nicht befrügen. Die *Daily World* veröffentlichte ebenfalls eine Aufnahme von Santiago: Verwandte und Freunde von Häftlingen und Opfern des faschistischen Regimes.



Truppen der libanesischen Rechten mit Unterstützung Israels einen Angriff auf die Stellungen der nationalpatriotischen Kräfte und der palästinensischen Widerstandsbewegung in der Umgebung der Stadt Marjeyoun sowie bei den Ortschaften Ibl Saki und Al Hiyam. Gleichzeitig verstärkten die israelischen Kriegsschiffe ihre Kontrollfahrten vor der südlichen Küste, wobei sie den Hafen Tyre praktisch blockierten.

Die Kämpfe wurden auch an den folgenden Tagen fortgesetzt. Besonders heftig waren die Zusammenstöße am 18. September bei Al Hiyam, wo Panzer und Artillerie eingesetzt wurden. Israelische Flugzeuge bombardierten einen Bezirk der Stadt El Nabatiye, wobei es unter den friedlichen Einwohnern Tote und Verwundete gab.

Beobachter erklären, die Eskalation der Kampfhandlungen sei zu einem Zeitpunkt eingetreten, zu dem die dritte und damit Endphase des Plans zur Normalisierung der Lage in Libanon verwirklicht werden sollte, der im Juli auf einer Konferenz in der Stadt Chtoura entwickelt worden war. Angesichts des Ernstes der Lage forderte die Führung der nationalpatriotischen Kräfte alle, denen Einheit und Unabhängigkeit des Libanon teuer sind, auf, geschlossen und in einer Einheitsfront gegen die Versuche vorzugehen, den Stabilisierungsprozeß im Lande zu torpedieren.

Zu einem konkreten Schrift in dieser Richtung wurde die Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués über die Bildung einer Nationalen Front durch den Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei Jounblatt und den Vorsitzenden der Baath-Partei Kansukh. Die Front steht allen Parteien, Organisationen und Politikern offen, die bereit sind, „die legitimen libanesischen Behörden in ihrem Bemühen um Normalisierung der Lage und Lösung der bestehenden Probleme zu unterstützen“.

Das allerdings paßt Tel Aviv nicht. Dort möchte man um alles in der Welt den Spannungsherd Libanon am Glimmen halten und womöglich entfachen. Deshalb auch provoziert Israel die vielen Zusammenstöße in diesem Raum. Die israelischen Expansionisten haben sich, die Ereignisse in Libanon im Auge, zum Ziel gesetzt, den Zwist unter den Arabern zu vertiefen und ihren gemeinsamen Kampf um die baldige Erzielung einer gerechten Nahostregelung zu schwächen.

J. TJUNKOW

WAHN '77

Einen heißen Herbst hat die Bundeswehr. Innerhalb der NATO-Manöver Autumn Forge '77 (Herbstschmiede) werden etwa 10 Übungen in der Bundesrepublik oder mit Beteiligung der Bundeswehr durchgeführt.

Die bundesdeutschen Strategen haben sich das so gedacht, daß die NATO-Schmiede nicht nur die Waffen schärfen, sondern auch Erzeugnisse testen soll, die die bundesdeutsche Rüstungsindustrie ausspuckt. Denn in letzter Zeit kriegen die BRD-Truppen ganz besonders schnell ganz besonders neue Technik.

Verteidigungsminister Leber teilte mit, daß die Rüstungsausgaben der BRD zwischen 1971 und 1976 um 80 Prozent gestiegen seien. Die Verteidigungsausgaben wachsen auch 1977 weiter, was der Welt der Arbeit Anlaß gab, es als „Jahr des Rüstungsbooms“ zu bezeichnen. Allein im Juni d. J. beschloß die Bundesregierung, den Konzernen Rüstungsaufträge in Höhe von 13 Md. DM zu geben. Die Bundeswehr konnte 1800 Panzer „Leopard 2“, 212 Panzerabwehrhubschrauber, etwa 50 000 Lastwagen und Jeeps, 6 Räumfahrzeuge und die gleiche Anzahl Raketen.

tenfregatten erwerben. Und schon stehen neue Bewilligungen in Aussicht. Erinnern wir daran, daß noch vor 7 Jahren der gesamte Verteidigungshaushalt der BRD 25,8 Md. DM ausmachte.

Natürlich bringt dieser Boom den Rüstungsbetrieben ganz schön was ein. Und genauso natürlich werden dem Steuerzahler die Taschen geleert. Er muß schon heute die höchsten „Verteidigungsbeiträge“ in Westeuropa leisten.

Um zu zeigen, was man kann, und wohl auch, um nationalistische Gefühle der Gewaltverherrlichung bei den Spießbürgern zu kitzeln, beschloß das Verteidigungsministerium, in diesem Monat auf dem unweit von Bonn gelegenen Flughafen eine Ausstellung mit Kampftechnik bundesdeutscher Herkunft zu zeigen. Sie soll auch auf einem benachbarten Schießplatz in der Wahner Heide vorgeführt werden. Der Spiegel ließ verlauten: „Der Ort des Geschehens inspirierte Offiziere bereits zu einem Spitznamen für das Monster-Projekt: „Wahn '77.“

Das ist überhaupt eine zutreffende Bezeichnung für das jetzige militärische Ausbildungsprogramm der Bundeswehr und für die Herbstmanöver der NATO.

W. BOIKOW

A U S G E W O G E N

Im westlichen Blätterwald erheben etliche Zeitungen und Zeitschriften Anspruch auf besondere „Objektivität“. Auch die Pariser **Monde**.

Vor kurzem brachte sie einen Artikel, dessen Verfasser von der vernünftigen sowjetischen Außenpolitik spricht. Als besonders positiv hebt er hervor, daß „die sowjetische Politik niemals der dritten Welt ihre Unterstützung verweigert hat“. Dann meint er, offenbar gegen antisowjetische Propagandakampagnen anhendend, „diese politische Tatsache wird in Europa möglichst verheimlicht“.

Das war für mich bemerkenswert, denn, um es deutlich zu sagen, fin-

det man selten in **Monde** freundliche Worte über die Sowjetunion. Doch noch keine Woche verging, da zeigte sich **Monde** wieder in alter Frische, indem sie eine Antwort auf den erwähnten Artikel veröffentlichte. Dort wird die alte Behauptung aufpoliert, daß „die UdSSR die Kolonialvölker lediglich ... als Masse zu Manövern gegen den bürgerlichen Imperialismus benutzt“.

Monde hat damit gezeigt, daß selbst eine noch so seltene für die Sowjetunion positive Äußerung der „unparteiischen“ bürgerlichen Presse unbedingt durch Gehässigkeiten „ausgewogen“ werden muß.

A. IGNATOW



„Sie haben keine Arbeit, dafür aber leben Sie in der freien Welt und können sich frei jeden Beruf wählen!“

Zeichnung Jean Eiffel aus „Le Monde“ (Frankreich)

PACK SCHLÄGT SICH

Die CIA hat es gar nicht gern, wenn sich ihre Agenten schlecht benehmen. Für ihr Geld verlangt sie auch Gehorsam. So war man in Langley besonders sauer über den Konflikt beim Sender „Liberty“.

Die **Washington Post** plauderte aus, was da bei „Liberty“ im Schwange ist. Die „alten“ und die „neuen“ Giftköche waren sich in die Haare geraten. Emigranten, die nach der Revolution von 1917 und während des Krieges das Weite suchten, wollten ihr Mikrofon nicht den Bürschlein überlassen, die ihre Heimat gerade erst verraten hatten. Die alten Mikrofonhasen wurden von der **Washington Post** als „Konservative, orthodoxe Christen und Nationalisten“ tituliert, die neuen dagegen als „Dissidenten“.

Es gab sogar eine Anklage wegen Verleumdung. Natürlich nicht in den Sendungen von „Liberty“.

Was die **Washington Post** ihren Lesern in diesem Zusammenhang alles vorkaufte, brauchen wir nicht zu erwähnen. Zitiert sei nur, daß der Skandal „amerikanische Offiziere aus dem Gleichgewicht brachte, die die Aufsicht über den Sender haben“.

Den alten Emigranten und neuen Tanten, wie sie die Zeitung nennt, wurde wieder klar gemacht, wer Herr im Hause ist.

V. GRIBATSCHOW

RECHT UND PFLICHT

Alexander WICHREW, Viktor GUSTSCHIN

Westliche Kritiker des Sozialismus bejammern gegenwärtig häufig, daß die im neuen sowjetischen Verfassungsentwurf garantierten Rechte und Freiheiten für die Sowjetbürger „nicht absolut“ seien. Die Londoner *Times* hat z. B. keine Freude an dem Verfassungsentwurf, laut dem „die Wahrnehmung“ der Rechte und Freiheiten durch die Bürger nicht die Interessen der Gesellschaft ... beeinträchtigen darf“. Die gleiche Skepsis enthält ein Kommentar der *International Herald Tribune* und des bundesdeutschen *Spiegel*. Auch ihnen gefällt nicht, daß die Rechte der sowjetischen Bürger, vor allem die Redefreiheit und die Freiheit der Kritik, auf die Stärkung der sozialistischen Gesellschaftsordnung abzielen und zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus beitragen sollen. Vom Standpunkt der westlichen Propagandafachleute erschlägt das die „wahre Freiheit der Persönlichkeit“, nehme dem Menschen das Recht „mit der Gesellschaft unzufrieden zu sein, in der er lebt“.

Mit derartigen Diskussionen soll bewiesen werden, der Sozialismus sei von seiner Natur her „undemokatisch“, er „erdrücke“ jegliches freie Denken und verhindere das Recht auf Kritik. Aber es geschieht paradoxe Weise häufig, daß die von westlichen Massenmedien verbreiteten „entlarvenden“ Berichte über unser Land, wenn man ihre Quellen überprüft, aus kritischen Artikeln der sowjetischen Presse stammen. So kommt es, daß einerseits unsere westlichen „Entlarver“ lautstark die sowjetische Gesellschaft wegen der nicht vorhandenen Freiheit der Kritik schmähen, andererseits aber still und leise in sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften erschienene kritische Notizen und Glossen heranziehen.

Was das für Leute sind, wie ihre Überzeugung aussieht und weshalb sie so handeln, ist klar. Manchmal äußern auch subjektiv ehrliche Menschen, die sogar mit dem Sozialismus sympathisieren, leider aber die Erscheinungen unseres Lebens mit der gewöhnlichen Elle der bürgerlichen Demokratie messen, Bedauern über „ungerechtfertigte“ Beschneidungen der Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit in der Sowjetunion.

Sie nehmen die in der bürgerlichen Gesellschaft angeblich existierende Möglichkeit, alles und alle zu kritisieren, für bare Münze, sehen jedoch nicht die Kehrseite dieses „alles Erlaubten“. Denn schließlich ist es doch so, daß diese Kritik, auf wie hohe Machtbereiche sie auch zielt, keineswegs immer in der Praxis zur Beseitigung negativer Erscheinungen führt. Sehr viel häufiger bleibt sie einfach in den Wind geredet.

Die herrschende Elite in den westlichen Ländern hält eine derartig „freie Kritik“ sogar für nützlich. In ihr sieht sie eine Art Ventil, das dem Menschen die Möglichkeit gibt, sich alles von der Leber zu reden, auch öffentlich, auf der Straße, im Hydepark oder auch in Massenmedien. Das z. B. schreibt in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen an die Studentenunruhen in der französischen Hauptstadt im Mai 1968 der ehemalige Pariser Polizeipräsident Maurice Grimaud: „Mirschiens es nützlich, in Paris ein oder zwei Foren zu haben, wo alle, die es wünschten, sich völlig frei äußern könnten. Eine solche gemeinschaftliche psychologische Entladung erschien mir vorteilhafter als Straßenschlachten.“ Das ist doch wirklich ein vielsagendes Eingeständnis dieses hohen Polizeibeamten, dessen unmittelbare Pflicht es ist, die existierende Ordnung zu schützen. Er wird ja wohl keinen schlechten Rat geben...

Seit langem hat sich die Bourgeoisie davon überzeugt, daß selbst die schärfste und unangenehmste Kritik, die jedoch keine bestimmten positiven Lösungen anbietet, für die regierenden Klassen keine soziale Gefahr darstellt. Eine Kritik, die nicht ein positives Ideal in sich trägt, die nicht zur Umgestaltung der Ausbeutergesellschaft auf gerechter Basis aufruft, sei, laut Lenin, wie eine „negative Lösung“ ... „leeres Gerede, bloßes Geschrei, inhaltslose Deklamation“. Echte Befürchtungen löst die Kritik bei den Mächtigen erst dann aus, wenn es den Werktagen gelingt, „den Kampf um die Demokratie und den Kampf um die sozialistische Revolution zu vereinigen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet“, wie wiederum Lenin betonte.

Und wenn die Frage so gestellt

wird, dann vergessen die Machthaber der kapitalistischen Länder auch sofort ihren Hang zur Freiheit. Sofort werden politische Repressionen, drakonische „Radikalenerlaß“ eingesetzt, werden Anklagen wegen „staatsfeindlicher“ Tätigkeiten fabriziert, denen nicht nur Kommunisten, sondern auch ganz einfach fortschrittlich eingestellte Menschen zum Opfer fallen. Da wird keiner geschont.

Kritik muß konstruktiv sein

Der Leninsche Gedanke von der positiven Idee der Kritik bewahrt seine prinzipielle Bedeutung auch im Sozialismus. In den sozialistischen Ländern, wo Privateigentum und Ausbeutung, die Altmacht des Geldes, Rassen- und nationale Unterdrückung sowie geistige VerSklavung beseitigt sind, dient die Kritik den Interessen der Werktagen, ihren Bestrebungen, eine Gesellschaft auf wahrhaft gleichberechtigter und gerechter Grundlage aufzubauen. Mit anderen Worten, die positive Idee der Kritik gewinnt ihre logische Vollendung. Ebendas meinen wir, wenn wir sagen, daß die Kritik der Natur des Sozialismus innenwohnt.

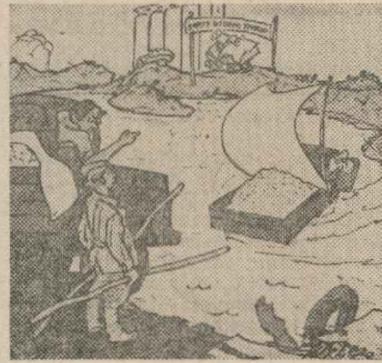
Auch in unserer Gesellschaft ist die Kritik oppositionell, wenn schon jemand unbedingt diesen Begriff hören will, doch vor allen Dingen gegenüber „Muttermalen“, die wir noch vom Kapitalismus mitbekommen haben, wie Drang nach Privateigentum, Spießbürgertum, Korruption, Machtmisbrauch, Karrierismus usw. Es gibt bei uns natürlich auch „Auswüchse“, die sich aus den komplizierten Prozessen des Umdenkens der Menschen ergeben. Nicht jeder besitzt bereits z. B. eine sorgfältige, sparsame Einstellung zum Volkseigentum, und man trifft immer noch Menschen, die persönliche Verantwortung auf andere abwälzen wollen, auch Egoisten, Rückversicherer und Bummelanten.

Anders gesagt, Objekt der Kritik ist bei uns alles, was die Entwicklung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen aufhält, erschwert oder kompliziert, was das optimale Tempo des ökonomischen Wachstums bremst, die kommunistische Moral herausfordert, deren Eckpfeiler das hohe humanistische Prinzip ist: „Der Mensch ist dem Menschen Freund, Genosse und Bruder.“

Niemand aber, sei es nun eine Einzelperson oder eine Personengruppe in verantwortlichen Positio-

nen, deren gesetzwidrige oder unmoralische Handlungen die sozialistische Gesellschaft in materieller oder geistiger Hinsicht schädigt, ist vor Kritik sicher.

Das Beispiel dieser Einstellung zur Entwicklung der Kritik gibt die Partei selbst. In dem Dokument „Über den Zustand von Kritik und Selbstkritik in der Gebietsparteiorganisation von Tambow“ des ZK der KPdSU vom Februar 1975 wird die Notwendigkeit festgestellt, „entschieden Fälle von Unterdrückung



„Ach, zu spät! Der Wind hat sich gedreht.“

Aus „Krokodil“

der Kritik zu unterbinden, sowie jene Mitarbeiter, die auf Kritik falsch reagieren, gerechtfertigte Vorwürfe an ihre Adresse als Untergrubung ihrer Autorität empfinden, die Eigenliebe über die gesellschaftlichen Interessen stellen und sich an sie kritisierenden Genossen rächen, zurechzuweisen und, wenn nötig, zu bestrafen, bis hin zur Absetzung von ihren Funktionen“.

Zugleich hat die Partei stets gewarnt: Kritik darf nicht die Grenzen überschreiten, hinter denen sie zur Demagogie, zur Anschwärzerei oder einfach zur Verleumdung wird. Zu solcher „Kritik“ werden die Menschen manchmal von Verärgerung und Mißerfolg getrieben, die sie als Folge der Unterschätzung persönlicher Verdienste und Möglichkeiten durch Kollegen und Gesellschaft auffassen. „Wenn Sie daher solche Kritik hören, eine Kritik ohne Inhalt, eine Kritik um der Kritik willen, dann seien Sie auf der Hut und forschen Sie nach, ob der kritisierende Genosse vielleicht in seiner Eigenliebe gekränkt, ob er durch irgend etwas verletzt oder gereizt worden ist, was ihn zu

unbegründeter Opposition, zu Opposition um der Opposition willen treibt“, hatte Lenin auf einer Versammlung von Kommunisten des Moskauer Stadtbezirks Samoskowretschje geäußert.

Mit solchen Menschen führen unsere Partei und unsere Gesellschaft eine geduldige Erziehungsarbeit. Man ist bemüht, ihnen zu helfen, sie zu überzeugen, ihre Irrtümer zu zerstreuen. Wer aber unter dem Deckmantel seines Rechts auf Kritik den Weg bewußter antisowjetischer Tätigkeit einschlägt, Gerüchte verbreitet und versucht, verschiedenste antigesellschaftliche Demonstrationen zu organisieren, verdient natürlich eine andere Einstellung. Gegen solche Leute sind die sowjetischen Gesetze streng.

„Bei uns ist es nicht untersagt, ‚anders zu denken‘ als die Mehrheit und die einen oder anderen Seiten des gesellschaftlichen Lebens kritisch zu beurteilen. Bürger, die begründete Kritik üben, um der Sache voranzuhelfen, sehen wir als gewissenhafte Kritiker an und sind ihnen dankbar. Jene, die irrtümlich kritisieren, sehen wir als sich irrende Menschen an.“

Etwas ganz anderes ist jedoch, wenn einige abseits von unserer Gesellschaft stehende Personen aktiv gegen die sozialistische Ordnung auftreten, den Weg einer antisowjetischen Tätigkeit einschlagen, Gesetze verletzen und, da sie keinen Rückhalt im Lande haben, Unterstützung im Ausland, bei imperialistischen subversiven Zentren — Propaganda- und Spionagezentralen — suchen. Unser Volk verlangt, daß solche Subjekte als Gegner des Sozialismus, als Menschen behandelt werden, die gegen das eigene Heimatland auftreten, als Helfershelfer oder sogar Agenten des Imperialismus“, sagte Leonid Breshnew auf dem 16. Gewerkschaftskongress.

In Wort und Tat

Recht auf Kritik ist in unserem Lande keine abstrakte Kategorie der „Demokratie an sich“, sondern eine organische Form der Realisierung des Rechts jedes Bürgers, an der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten teilzunehmen. Im Entwurf der neuen Verfassung heißt es deutlich: „Jeder Bürger hat das Recht, bei Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen Vorschläge zur Verbesserung von deren Tätigkeit zu machen und Mängel in deren Ar-

beit zu kritisieren. Die Amtspersonen sind verpflichtet, die Vorschläge und Eingaben der Bürger innerhalb der gesetzlich festgelegten Fristen zu prüfen, zu beantworten und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“ Dabei wird in dem Entwurf extra hervorgehoben: „Verfolgung wegen Kritik ist untersagt.“

Damit verkündet der neue Verfassungsentwurf genauso wie die in Kraft befindliche Verfassung das Recht der sowjetischen Menschen auf das freie Wort, und das heißt auch auf Kritik nicht nur, sondern garantiert vom Gesetzgeber her den Schutz des Kritisierenden vor eventuellen Verfolgungen. Denn die Kritik in der sozialistischen Gesellschaft und das vom Entwurf der neuen Verfassung garantierte Recht darauf enthalten einen starken positiven Ansporn und besitzen große schöpferische Kraft.

Diese Kraft besteht und kommt zum Ausdruck vor allem darin, daß sie der Gesellschaft gestattet, negative Erscheinungen, Fehler und Mängel zu erkennen und zu beseitigen, indem sie die Wurzeln und Ursachen der festgestellten Mängel aufdeckt. Kritik setzt praktische Aktionen zur Revidierung von Fehlleistungen sowie zur Verbesserung der Sachlage voraus. Kurz gesagt, konstruktive schöpferische Kritik darf nicht einfach nur laut werden, sondern sie muß zu wirklichen Veränderungen im Leben selbst führen.

Wie geschieht das in der Praxis? Hier einige Beispiele, herausgegriffen aus jüngsten kritischen Veröffentlichungen in *Pravda* und *Iwestija*. Beginnen wir damit, daß wir in einer Zeitungsausgabe 5 bis 6 Beiträge finden, die sich mit wichtigen Fragen der Wirtschaftstätigkeit von Ministerien und Ämtern sowie Großbetrieben beschäftigen, die Versäumnisse örtlicher Machtorgane kritisieren sowie Verletzungen sozialistischer Moralnormen, formales, gedankenloses Verhalten gegenüber den Sorgen und Nöten der Bürger. Das sind sozusagen Signale, auf die die Zeitung die entsprechende Reaktion erwartet. Daneben finden wir Meldungen über bereits zu vorherigen kritischen Äußerungen eingeleitete Maßnahmen. Unter der Rubrik „Nach der Kritik“ teilt die *Pravda* z. B. mit, daß in der Stadt Otradnoje wegen grober Verstöße gegen die Arbeitsgesetzgebung in der Verwaltung für technologisches Transportwesen der Verwaltungschef, der

Leiter der Abteilung Arbeit und Löhne sowie der Hauptbuchhalter zu strenger disziplinarischer Verantwortung gezogen wurden. Dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskomitees wurde wegen mangelnder Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung durch die Verwaltung eine Rüge erteilt.

Die *Iswestija* macht den Minister für Industriebau der UdSSR auf das verantwortungslose Verhalten verschiedener leitender Persönlichkeiten des Ministeriums gegenüber Vergeudung von Baumaterial im Trust „Nishnewartowskshilfstroi“ aufmerksam. Der stellvertretende Direktor dieses Trusts muß auf Betreiben der Volkskontrollkommission aus eigener Tasche einen wesentlichen Teil des Schadens ersetzen, der dem Staat zugefügt wurde.

Natürlich wird nicht jeder Brief veröffentlicht. Einige, die persönliche Ansprüche, Bitten oder Vorschläge enthalten, werden an die jeweiligen Partei-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und andere Organe weitergeleitet, die dann die nötigen Maßnahmen treffen müssen.

In der satirischen Zeitschrift *Krokodil* z. B., wo einer der Verfasser dieses Artikels selbst bereits mehr als 25 Jahre arbeitet, gibt es die Rubrik: „Signale wurden gehört“. Dort werden Mitteilungen über die Ergebnisse der Überprüfungen veröffentlicht, die anhand von nicht abgedruckten Briefen vorgenommen wurden. In einer der jüngsten Ausgaben meldete die Zeitschrift, daß auf Grund einer Eingabe der Einwohnerin von Nowokusnezk T. Russkikh die Mitarbeiter des städtischen Hauses der Dienstleistungen streng bestraft und einer von ihnen wegen Betrugs an der Auftraggeberin entlassen wurde. Maßnahmen wurden auch auf Grund eines Briefes von Arbeitern des Trusts „Samotlornefteprom-

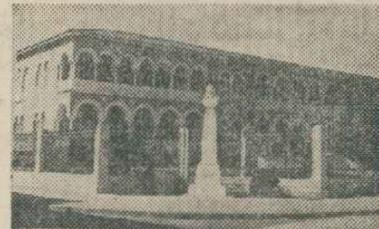
stroj“ ergriffen, die die Grobheit und ungesetzliche Handlungen des Leiters der Abteilung Mechanisierung dieses Trusts kritisiert hatten. Er wurde entlassen.

In der vor einiger Zeit veröffentlichten Mitteilung der Verfassungskommission zum Fortgang der Volksdiskussion über den neuen Verfassungsentwurf heißt es: „Die Briefe und Äußerungen der Bürger enthalten Vorschläge und kritische Bemerkungen zu Fragen der laufenden Wirtschaftstätigkeit, zur Verbesserung der Dienstleistungen für die Bevölkerung, zur Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparats. Sie werden zusammengefaßt, und die entsprechenden Ministerien, Partei- und Sowjetorgane sowie andere Dienststellen werden Maßnahmen zu ihrer Realisierung ergreifen.“

Somit wird noch vor Annahme der neuen Verfassung der UdSSR das dort verkündete und von der gesamten gesellschaftspolitischen Praxis unseres Landes garantierte Recht auf Kritik bereits während der Diskussion des Entwurfs weitgehend und aktiv realisiert.

Die echte, sachliche, wirksame Kritik dient nun schon bald 60 Jahre dem sowjetischen Volk, hilft ihm beim Aufbau der neuen Gesellschaft. Das Recht auf Kritik war praktisch stets ein integrierender Bestandteil der sowjetischen Lebensweise. Der frische Wind der Kritik wurde und wird bei uns immer geschätzt, weil jeder, der Kritik äußert, das nicht nur als eine Verwirklichung seines Rechts auf Kritik ansieht, sondern als seine Bürgerpflicht, als Sache von Ehre und Gewissen, oder, um mit den Worten Lenins zu reden, als Pflicht des Revolutionärs.

ZYPERN



Präsidentenpalast in Nicosia
Foto B. Dubrowin

In den letzten Augusttagen hatte die Regierung der Republik Zypern eine sofortige Einberufung des UNO-Sicherheitsrats verlangt. Die Zyprioten baten erneut, eine weitere Verschärfung der Situation auf der Insel zu verhüten sowie die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität ihrer Heimat zu schützen.

Formaler Anlaß war die von der türkisch-zypriotischen Verwaltung begonnene Besiedlung von Famagusta. Die Hafenstadt war noch vor kurzer Zeit ein wichtiges Wirtschafts- und Handelszentrum der Republik. Infoige der tragischen Ereignisse von 1974 wurden ein Teil Famagustas zerstört und die modernsten Bezirke — das Geschäftszentrum und ein bedeutender Küstenstrich mit den besten Hotels — in eine Geisterstadt verwandelt. Die türkische Armee hatte die verödeten Bezirke blockiert und selbst für türkische Zyprioten war der Zugang drei Jahre lang gesperrt.

Vor einigen Wochen nun wurde die Teilbesiedlung Famagustas angekündigt. Für Tausende Flüchtlinge, die jetzt im von der zypriotischen Regierung kontrollierten Süden wohnen, war das mit dem Zusammenbruch einer vagen Hoffnung auf die Rückkehr ins eigene Heim gleichzusetzen. Vom politischen Standpunkt bedeutet die Besiedlung von Famagusta, wie Zypers Außenminister Christofides bei der Eröffnung der Sondersitzung des Sicherheitsrats erklärte, sofern sie Wirklichkeit wird, „ein tödlicher Schlag gegen die Aussichten auf eine friedliche Regelung auf Zypern“.

Die türkische Verwaltung beeilte sich mit der Erklärung, die Besiedlung von Famagusta werde „aufgeschoben“. Das allerdings entschärft nicht die Spannung. Denn die Teilfrage über das Gesick Famagustas verschärfte den schwierigen Problemkreis der Zypernkrise.

FORUM DER FRIEDENSKRÄFTE

Vom 16. bis zum 18. September fand im Rathaus der schwedischen Stadt Malmö eine Begegnung von Vertretern der Ostsee-Anliegerstaaten und Norwegens statt. An den traditionellen Nordischen Friedenstagen beteiligten sich Staatsmänner und Politiker, Abgesandte von Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, Wissenschaftler und Kulturschaffende aus der UdSSR, Polen, der DDR, Finnland, Schweden, Dänemark, der BRD und Norwegen.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Beendigung des Wettrüstens und der

Erzielung eines raschen und realen Fortschritts auf dem Gebiet der Abrüstung. Die Teilnehmer der Friedenstage verurteilten die Pläne des US-Militärs, die Neutronenbombe in ihr Arsenal aufzunehmen und diese „humane“ Waffe in Europa zu lagern.

In einer Resolution unterstützten die Vertreter der Öffentlichkeit den Aufruf des Weltfriedensrats, den 15. Oktober als Welttag für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung zu begehen.

W. IWANOW

EINMISCHUNGSVERSUCHE KONTRA LÖSUNGSSUCHE

Wladislaw DROBKOW

Die außerordentliche „Vitalität“, die anscheinende Unlösbarkeit der Zypernkrise erklärt sich vor allem aus den Versuchen einiger NATO-Länder, unter den neuen Umständen ihr altes Ziel zu erreichen, nämlich Zypern in einen „unversenkbarer Flugzeugträger“, einen Stützpunkt der NATO zu verwandeln. Bis 1974 hatten diese Länder und ihre Geheimdienste versucht, den Zyprioten ihren Willen durch Erpressungen, offene und verdeckte Provokationen aufzuzwingen. Sie zettelten eine regierungsfeindliche Rebellion an, die zum Vorspiel der Tragödie wurde. Jedoch nicht alles ging nach Wunsch. Die Diktatoren in Athen machten ihre Sache zu gut. Die griechisch-türkischen Differenzen kamen offen zum Ausbruch. Auf der Insel, die anscheinend schon von Leuten der Athener Junta kontrolliert war, landeten türkische Truppen. Die zwei NATO-Partner gerieten beinahe in einen militärischen Konflikt.

Den höchsten Preis für die Abenteuer der westlichen Militaristen zahlten die Zyprioten. Tausende Tote und Vermißte, 200 000 Flüchtlinge, in Flammen aufgehende Siedlungen und Stadtviertel, ein ungeheuer wirtschaftlicher Schaden waren das Ergebnis der Ereignisse von 1974. Seither ist die Republik in Nord und Süd in eine türkische und eine griechische Zone geteilt. Ihre Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und Integrität sind bedroht.

Unter diesen Umständen gefallen sich die wahren Schuldigen an der Krise, die gleichen NATO-Länder, in der Rolle von „Beratern“, „Vermittlern“, die das Schicksal Zyperns im eigenen Interesse lösen wollen. Auf alle Weise verhindern sie eine baldige Beilegung des politischen Konflikts, wobei sie das Zypernproblem aus dem Blickfeld der UNO herausnehmen und die Realisierung ihrer bekannten Beschlüsse und Resolutionen zu Zypern verhindern möchten.

„Unsere westlichen Partner“ haben ihre Pläne zur Teilung Zyperns und zur Beseitigung der Republik Zypern selbst nicht aufgegeben“, schrieb unlängst die Athener *Rizospastis*. Die in Nikosia erscheinende *Haravghi* weist auf intensi-

vierte Machenschaften der Feinde Zyperns hinter den Kulissen hin.

Die Zyprioten im Norden und im Süden sind über das Schicksal ihrer Heimat beunruhigt. Die Menschen haben es satt, mit den Problemen zu leben, die durch die künstliche Teilung der Republik entstanden sind, und in der Nachbarschaft von vollbelegten ausländischen Truppenbasen.

Die Regierung der Republik berücksichtigt das. Sie betreibt eine kontinuierliche und realistische Politik zur Erlangung einer gerechten Beilegung des Konflikts. In diesem Jahr zeichneten sich etliche günstige Aussichten für die Suche nach einer für beide Seiten annehmbaren Lösung ab. Bei zwei Begegnungen des verstorbenen Präsidenten Zyperns Erzbischof Makarios mit dem Chef der türkisch-zypriotischen Verwaltung Denktas wurden konkrete Anweisungen für die Teilnehmer der Verhandlungen zwischen den beiden Gemeinden ausgearbeitet, und der innerzypriotische Dialog kam wieder in Gang. Für einen Fortschritt bei den Verhandlungen entschloß sich die Regierung der Republik zu wesentlichen Zugeständnissen. Man kam überein, die Seiten sollten die Bildung eines unabhängigen, föderativen, aus zwei Gemeinden bestehenden, einheitlichen zypriotischen Staates anstreben, der sich an die Politik der Blockfreiheit hält. Es kam zu einer Festlegung der Rechte und Vollmachten einer Zentralregierung. Sie sollten die Einheit und Integrität der Republik gewährleisten. Die Seiten verpflichteten sich, bei den Verhandlungen konkrete Pläne zur Regelung und Lösung verfassungsmäßiger und territorialer Probleme vorzulegen.

Jedoch ließen sich die erzielten Übereinkünfte nicht leicht umsetzen. Das erklärt sich wesentlich aus der Haltung der türkisch-zypriotischen Vertreter, die sich lange Zeit weigerten, ihren Plan zur Lösung der Probleme darzulegen, und sich auf die Erörterung allgemeiner, mit der Regelung verbundener Fragen und Prinzipien beschränkten. Wenn aber die türkisch-zypriotische Seite schon wirklich ihre Forderungen formuliert, erwiesen sie sich als unannehbar für die griechischen Zy-

prioten und die zypriotische Regierung.

Dem jetzigen Präsidenten Spyros Kyprianou zufolge zielen die Vorschläge der türkischen Seite bisher nicht auf die Bildung eines föderativen Staates ab, sondern auf eine Konföderation von zwei selbständigen Staaten, die kaum miteinander verbunden sind. Damit wird die Einheit Zyperns gesprengt. Wesentliche Gegensätze bleiben auch in Fragen der verfassungsmäßigen Ordnung, in territorialer Hinsicht und in der Rücksiedlung der Flüchtlinge bestehen.

Das alles hat die anscheinend erneuerten Verhandlungen zwischen den Gemeinden praktisch in eine Sackgasse geführt. Die zypriotische Regierung erklärt, Verhandlungen könnten nur dann wieder aufgenommen werden, wenn die Verwaltung der türkischen Zyprioten klare Vorschläge zu verfassungsmäßigen und territorialen Problemen macht und Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog zeigt.

Unter diesen komplizierten Bedingungen sind sich die Zyprioten der ganzen Bedeutung einer Stärkung der Positionen der patriotischen fortschrittlichen Kräfte, ihrer Einheit und Geschlossenheit bewußt. Diese Aufgabe wurde nach dem Ableben Erzbischof Makarios noch aktueller. Die zypriotische Reaktion, westlich orientierte bürgerliche Kreise möchten die Situation zur Veränderung der von Makarios fixierten Prinzipien der Innen- und Außenpolitik benutzen. Manch einer setzt sich für eine Annäherung Zyperns an die NATO-Länder sowie für Unterstützung vom Westen ein.

Es ist leicht zu erkennen, daß solche Appelle am meisten dem Interesse der Schuldigen an dieser Tragödie dienen und den wahren nationalen Interessen Zyperns klar zuwiderlaufen. Das Volk der Republik hat sich davon in eigener bitterer Erfahrung überzeugen müssen. Deshalb entschließen sich gegenwärtig selbst Rechtskräfte nicht, offen gegen den von Erzbischof Makarios ausgearbeiteten Kurs zu agitieren. Alle Parteien Zyperns, darunter auch die Demokratische Sammlungspartei *Glaftos Clerides*, die die Rechten vereinigt, haben die Wahl des namhaften Politikers und Parlamentsvorsitzenden Kyprianou zum Präsidenten Zyperns unterstützt.

Die Suche nach einer Regelung der Zypernkrise geht weiter. Weiter gehen auch die Einmischungsversuche von außen, womit den Zyprioten Lösungsvarianten der NATO aufgedrängt werden sollen. Der Kampf um die Zukunft Zyperns auf dem Weltmarkt wie auf der Insel selbst ist jetzt in eine besonders schwierige Phase eingetreten.

Nikosia—Athen, im September

WER HAT WAS VOM TERRORISMUS?

Lew BESYMENSKI

Für viele klingen die in den letzten Tagen aus Bonn kommenden Meldungen recht seltsam. Nachrichtenagenturen und Korrespondenten berichten, daß durch die Straßen der Bundeshauptstadt Panzer und Panzerfahrzeuge patrouillieren. Der Bundestag und die Ministerien sind von verstärkten Polizeieinheiten abgeriegelt. Die Staatsmänner, aber auch führende Unternehmer verlassen ihr Haus nur noch in Begleitung von Bewachern. Immer wieder werden Fernsehsendungen von Sondermeldungen der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamts unterbrochen.

Thema Nummer 1: Terror, Entführung, unbedingte Einführung der Todesstrafe. Dieses Bild widerspricht eindeutig der in Westeuropa verwurzelten Vorstellung von der Bundesrepublik als Land des „Sozialfriedens“ und „Stabilitätssektors“.

Verschwörung von links?

Gewöhnlich sagt man, bei zwei Extremen liege die Wahrheit etwa in der Mitte. Der Hintergrund der jüngsten Vorgänge, die die Bundesrepublik aufgeschreckt haben, läßt sich allerdings kaum mit einem so zweifelhaften Theorem erklären. Sie gehören eher in den politischen Bereich.

Die Hamburger Zeit ließ unlängst wissen, in den letzten fünf Jahren seien 11 Terroranschläge registriert worden, die meisten jedoch zwischen 1975 und 1977. Hier die letzten Aktionen: Im April 1975 überfiel eine Terroristengruppe die Botschaft der Bundesrepublik in Schweden und nahm Geiseln. Zwei Jahre danach, am 7. April 1977, wurde in Karlsruhe der Generalstaatsanwalt der Bundesrepublik Buback ermordet. Die Verbrecher tauchten unter. Im Juli 1977 kam der Entführungsversuch am Vorstand der Dresdner Bank Jürgen Ponto, der dabei den Tod fand. Auch hier wurden die Verbrecher nicht aufzufinden gemacht. Schließ-

lich wurde am 5. September der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Hanns-Martin Schleyer entführt (siehe NZ 38/77).

Aufgrund dieser Ereignisse behauptet ein Teil der bundesdeutschen Presse jetzt, in der Bundesrepublik herrsche eine „Art von Bürgerkrieg“. Diese Formulierung wird sogar von Gemäßigten ausgesprochen wie z. B. dem bekannten Historiker Professor Golo Mann. Zeitungs- und Fernsehkommentatoren übertreffen sich in Schilderungen einer Welle „politischen Terrors“, die das ganze Land erfaßt habe. Sie sehen die jüngsten Ereignisse in direktem Zusammenhang mit den im vorigen Jahr verurteilten Mitgliedern der Baader/Meinhof-Gruppe. Der Prozeß hatte sich jahrelang hingezogen. Die Angeklagten waren der Brandstiftung, des Polizistenmordes und der Vorbereitung von Terrorakten beschuldigt worden.

Die gegenwärtige Unruhe in der Bundesrepublik ist erklärlich. Mancher aber versteigt sich zu der Behauptung, in der Bundesrepublik gebe es eine „Verschwörung Linker“, die den beinahe umgehenden Sturz der parlamentarisch-demokratischen Ordnung durch politischen Terror herbeiführen wollten. Den erwünschten Anlaß für solche Behauptungen bieten Dokumente, die bei derartigen Anschlägen auftauchen. Zeitungsseraktionen erhalten Mitteilungen von geheimnisvollen Organisationen mit den unterschiedlichsten und bedenklichsten Bezeichnungen wie „Rote Armee Fraktion“ (RAF) oder „Revolutionäre Zellen“ (RZ).

Merkwürdigerweise stellen die Terroristen selten politische Forderungen. In erster Linie verlangen sie die Freilassung von Untersuchungshäftlingen oder Verurteilten. Bei dem Überfall auf die BRD-Botschaft in Stockholm hatten die Terroristen eine ebensolche Forde-

lung gestellt, wie sie das jetzt nach der Entführung Schleyers tun. Es geht um die Freilassung von 11 Personen, die sowohl im Baader/Meinhof-Prozeß wie auch in einigen anderen gleichgelagerten Prozessen verurteilt worden waren.

Untersucht man den Prozeß gegen die Baader/Meinhof-Gruppe, der als Stammheim-Prozeß in die Annalen eingegangen ist, findet man in seinen Protokollen kaum etwas, das sich als politisches Programm jener bezeichnen ließe, die heute von den bundesdeutschen Medien als die Hauptpersonen der politischen Terrorwelle hingestellt werden: junge Leute, ohne politische Reife.

Doch aus dem reaktionären Lager kommt Widerspruch: die Terrorwelle habe ihren Ausgangspunkt in jenen bekannten Studentenrebellionen des Jahres 1968 und folgender Jahre, wo eine Gruppe extremlinkter Meuterer entstanden sei, die sich die Aufgabe gestellt habe, die gegenwärtig existierende parlamentarisch-demokratische Ordnung in der Bundesrepublik zu beseitigen. Und eben hier, in den Kreisen der sogenannten Neuen Linken, habe man den Anstoß für die jetzigen Vorgänge zu suchen.

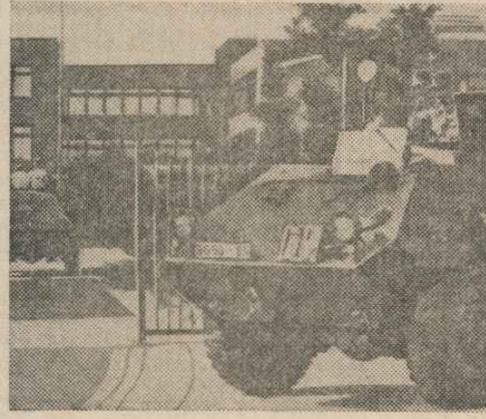
In der Tat bestehen einige Beziehungen zwischen den Anschauungen der „Neuen Linken“ und der Praxis der Entführungsbeteiligten. Die Bewegung der „Neuen Linken“, die aus dem Protest der Jugend gegen die kapitalistische Gesellschaft erwuchs, ist jedoch außerordentlich vielschichtig. Sie setzt sich aus unterschiedlichsten Gruppen zusammen, in denen ein seltsames Gemisch aus Anarchismus, Trotzkismus und anderen eklektischen Strömungen besteht. Auf sie trifft bestens Lenins Formulierung zu: „Der Anarchismus ist ein Produkt der Verzweiflung. Die Mentalität des aus dem Geleise geworfenen Intellektuellen oder des Lumpenproletariers...“ Allerdings gelingen nur einzelne Gruppen zum individuellen Terror über. Sie finden unter der westlichen Jugend kaum Unterstützung, ganz zu schweigen von den breiten Schichten der Bevölkerung.

Es ist Tatsache, daß die extremen Gruppierungen in den wichtigsten sozialen Gruppen der Bevölkerung keinen Anklang finden, darunter auch in jenen sozialen Gruppen, die allen Grund haben, sich als Gegner der bestehenden Ordnung anzusehen. Bekanntlich verurteilt

die Deutsche Kommunistische Partei ebenfalls auf entschiedenste die Provokationen der Ultralinken und der Anarchisten aller Schattierungen.

Der Mythos vom „starken Mann“

Eine weitere Besonderheit der jüngsten Ereignisse fällt ins Auge. Es agieren kleine Terroristengruppen, die sich vorwiegend aus Jugendlichen rekrutieren. Ende 1976 hatte *Der Spiegel* folgende Zahlen angeführt: 60 aktive Mitglieder der Terroristengruppen und 2500



Polizeieinsatz vor dem Bundeskanzleramt in Bonn
Foto aus „Süddeutsche Zeitung“

Sympathisanten. Anderen Erhebungen zufolge haben die Gruppen nicht mehr als 300 Mitglieder. Die Bundesanwaltschaft verlautbarte, daß zwischen 1973 und 1977 etwa 100 Personen festgenommen wurden, die mehr oder minder zur Terrorstenszene zu rechnen seien. Es handelt sich also um einen sehr engen Personenkreis.

Ihm steht ein riesiger, verzweigter Polizeiapparat gegenüber. Wenn es um Kommunistenjagd ging, waren die Bundesbehörden in der Lage, Hunderttausende Bürger innerhalb kürzester Frist zu überprüfen. Deshalb wirkt die angebliche Hilflosigkeit des Staates gegenüber den Terroristen sonderbar.

Die Mörder Pontos und Bubacks wurden nicht aufgespürt. Viele bundesdeutsche Presseorgane verweisen auf unerklärliche Fehlschläge und mangelnde Sorgfalt der Polizei bei der Fahndung. Es werden Beweise dafür angeführt, daß Festnahmen von Terroristen nur durch Zufall möglich wurden. So konnte das Motto, von dem aus auf Buback geschossen wurde, erst durch Hin-

weise von Passanten gefunden werden. Nach der Entführung Schleyers bezichtigen Zeitungen die Polizei der Schlamperei, weil sie den Entführerwagen Schleyers in Köln zwar verfolgt, ihn dann aber aus dem Auge verloren habe...

Der der Bundesrepublik und ihrer Regierung zugefügte politische Schaden ist eindeutig. Denn gerade im Zusammenhang mit Aktionen wie der Entführung Schleyers unternimmt die Opposition Angriffe auf die Regierung Schmidt—Genscher, die sie der Schwäche, der Unentschlossenheit und der Laschheit beschuldigt. Selbstverständlich zielt der Vorwurf der Laschheit auf reinen Propagandaeffekt ab. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Regierung Schmidt an der Ausschaltung der Terroristenaktivitäten interessiert ist, die die Autorität der Koalition untergraben und die Bevölkerung weitgehend beunruhigen. Außerdem sinkt infolge derartiger Ereignisse das internationale Ansehen der Bundesrepublik. Ausländische Pressestimmen liefern dafür deutliche Beweise.

Einige Widersprüche sind jedoch offensichtlich. Schon lange wundern sich alle internationalen Kommentatoren darüber, daß die Untersuchungs- und Justizbehörden der Bundesrepublik sich mit der Überprüfung der Baader/Meinhof-Gruppe ungewöhnlich viel Zeit ließen. Die Untersuchung dauerte etwa zwei Jahre, der Prozeß noch länger. So drängt sich der Verdacht auf, daß diese lange Bank von manchen Leuten weniger zu einer gründlichen Beschäftigung mit dem Fall gebraucht wurde, als vielmehr dazu, stets einen propagandistischen Vorwand zur Schaffung einer bestimmten psychologischen Atmosphäre und zur Möglichkeit der Verhärtung von Polizeiapraktiken zu haben.

Wenn das so ist, dann muß man sagen, daß das nicht nur kurzsichtig, sondern auch höchst gefährlich war. Es ermöglichte Abenteuern Aktionen und half politischen Spekulanten, aus den Rufen nach „Unterstützung von Recht und Gesetz“ Kapital zu schlagen. Die Regierungskoalition hat bereits mehrmals die Folgen solcher Fehleinschätzun-

gen hinnehmen müssen. Erst vor einigen Jahren, während des heftig umkämpften außenpolitischen Kursses der Bundesrepublik, mußte sie die traurigen Früchte ihres kurzsichtigen Vertrauens in die Geheimdienste ernten. Denn diese hatten immer wieder Top-Secret-Dokumente der Opposition in die Hände gespielt und waren damit zum Gegner ihres eigentlichen Brotgebers geworden.

Geschieht etwa dergleichen auch jetzt? Sollte der Polizeiapparat der Bundesrepublik wirklich so schwach sein, daß er dem Linksteror nicht Herr wird? Einige Punkte der jüngsten Prozesse in Stammheim wie auch in anderen Städten geben Grund zur gegenteiligen Annahme. So hatte im Baader/Meinhof-Prozeß ein gewisser Ruhland, der seine Mittäter verraten hatte, eine wichtige Rolle als Kronzeuge gespielt. Das gleiche gilt auch für den Zeugen Hans-Peter Konieczny. Er hatte damit begonnen, falsche Papiere für die Gruppe zu drucken, endete aber als Polizeispitzel, dem eine 40 000-DM-Prämie zufloß.

Aus diesen Erfahrungen heraus sind jene Dokumente mit Vorsicht zu genießen, die als Proklamationen der bundesdeutschen Terroristengruppen vorgezeigt werden. Es gibt eindeutige Fälle, in denen sich Kriminelle als politische Rächer tarnen. So lagen die Dinge zum Beispiel bei der entsetzlichen Mordtat in Hannover, wo die ganze Familie eines Bankiers umkam. Sehr bald stellte sich heraus, daß hier Berufsvorbrecher am Werke gewesen waren.

Auf diesem Gebiet verschlechtert sich die Lage in der Bundesrepublik allerdings wirklich sehr! Immer wieder kommt es zu Banküberfällen, zu Entführungen von Kindern und Verwandten Großindustrieller. Die bundesdeutsche Unterwelt übernimmt offensichtlich die Erfahrungen ihrer überseeischen Kollegen. Den Versicherungsgesellschaften der Bundesrepublik steht gegenwärtig Geld ins Haus. Sehr betuchte Leute lassen sich hoch gegen Entführungen versichern, damit das Lösegeld im Fall der Fälle nicht von den Verwandten, sondern von der Versicherung bezahlt wird.

Doch es gibt noch einen weiteren triftigen Grund dafür, das Thema politischer Terror auszuwalzen. Die These vom „Bürgerkrieg“ in der Bundesrepublik wird nicht zum erstenmal in die politische Landschaft gestellt. Ihre Urheber sind Rechts-

kreise, die seit langem der Öffentlichkeit einreden wollen, die Bundesrepublik stehe am Rand einer Katastrophe und brauche einen starken Mann. Diese These entspricht voll und ganz dem Programm des Franz Josef Strauß „Je schlechter, desto besser“, d. h. je komplizierter die innere Situation in der Bundesrepublik, desto leichter für die Opposition, an die Macht zu gelangen.

Unter diesen Umständen sind die Extremlinken in der BRD von heute nicht nur Gegner, sondern auch erwünschte Verbündete der Rechten. Nichts freut die Reaktionäre aus tiefstem Herzen mehr als Gewaltakte, die die Bevölkerung in Aufregung versetzen. Die Entführung Hanns-Martin Schleyers zum Beispiel ermöglicht es, selbst den Gewerkschaften eins auszuwischen, die Schleyer mehrfach kritisiert hatten. Jedesmal, wenn es wieder zu irgend einem Terrorakt kommt — seien es nun der Überfall auf eine Botschaft, Mord oder Entführung —, hebt die ganze Meute der rechten Kommentatoren und Politiker ein unwahrscheinliches Geschrei an. Erstens verlangt sie die Verschärfung der gesamten Straf- und Kriminalgesetzgebung. Zweitens wirft sie schleunigst die linken Terroristen mit allen fortschrittlichen und linken Bewegungen in der BRD in einen Topf. Sofort werden Forderungen nach dem Verbot der DKP laut, obwohl diese jeglichen politischen Terror entschieden ablehnt.

Man sollte also besser nicht von politischem Terror, sondern von Terroristen reden, die zu politischen Zwecken hergenommen werden. Denn diese Terrorakte unterscheiden sich eigentlich kaum von eindeutigen Kriminalvergehen. Aber sie bekommen flink eine politische Einfärbung, wobei eine wichtige Rolle bei dieser Interpretation nicht den Terroristen selbst zukommt, sondern der ultrarechten Presse. Das ist nicht einmal ein Paradox, denn seit langem sagt man ja, daß Extreme auf eines hinauslaufen. Betrachtet man die Erfahrungen aus dem Kampf der internationalen Bourgeoisie gegen die kommunistische und die fortschrittliche Bewegung in seinen unterschiedlichsten Entwicklungsphasen, erkennt man, daß derartige provokatorische Methoden nicht neu sind.

Ein gefährlicher Weg

Die Vorgänge um die Entführung Schleyers stehen mit der gesamten

politischen Situation in der Bundesrepublik im Zusammenhang. Hier werden Stück für Stück Vorwände zusammengetragen, um das gesamte Spektrum der politischen Entwicklung nach rechts zu verschieben. Dabei setzen viele westeuropäische Kommentatoren — so seltsam das auf den ersten Blick auch erscheinen mag! — die Entführung Schleyers und den Fall des Nazihenkers Kappler, der von Helfershelfern aus einem Römer Gefängnis geholt wurde, gleich.

Die Befreiung Kapplers legte äußerst gefährliche nationalistische Stimmungen in der Bundesrepublik frei. Dabei geht es nicht um die Organisierung jener Flucht. Sehr viel gefährlicher ist die Reaktion, die sie unter einem großen Teil der Bevölkerung auslöste, unter jenen Leuten, an denen sich die Bundestagsparteien orientieren. So traurig das auch ist, der Durchschnittsbürger nahm Kappler in Schutz und billigt den Entschluß der bundesdeutschen Justiz, den Gestapo-Poschernen nicht auszuliefern.

Hierbei trifft vieles zusammen:

der Fall Kappler, die neue Hitlerwelle in Film und Presse, die Aktivierung neonazistischer Gruppen. Nicht umsonst warnte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vor der Gefahr einer Belebung neonazistischer Organisationen. Sicher, es sind verschwindend wenige, und sie bilden gegenwärtig keine reale Gefahr für die parlamentarische Ordnung. Aber sie drängen das Land in die gleiche Richtung wie Strauß und seine Gefolgsleute, die jetzt aus der Entführung Schleyers politische Dividende gewinnen wollen.

Aus der Geschichte haben wir gelernt, wohin die Rufe nach dem starken Mann führen. Der starke Mann hat die deutsche Bourgeoisie noch niemals gerettet, er hat sie nur in eine ausweglose Sackgasse geführt. In diese Sackgasse wollen die extremlinken Terroristen wie die extremrechten Politiker die Bundesrepublik heute treiben. Das ist der Hintergrund des Geredes vom „Bürgerkrieg“, der in Wirklichkeit nicht stattfindet.

NEOFASCHIST BESCHULDIGT ANTIFASCHISTEN

Die DKP-Zeitung *Unsere Zeit* meldete dieser Tage, bundesdeutsche Neonazis wollten den namhaften Antifaschisten, Chefredakteur der *Tat* und Vizepräsidenten des Internationalen Buchenwaldkomitees Emil Carlebach kompromittieren. Die Staatsanwältin von Frankfurt am Main Frau Homann hat gegen Carlebach sogar ein Verfahren eingeleitet. Als Kläger tritt der Neonazi Schönborn, gegenwärtig Vorsitzender des revanchistischen „Kampfbundes Deutscher Soldaten“ auf. Unter Berufung auf einen anonymen Brief, den irgend ein amerikanisches Journal schon 1948 erhalten haben will und in dem Carlebach des Mordes beschuldigt wird, forderte Schönborn, den Antifaschisten vor Gericht zu stellen.

Carlebach hat fast 10 Jahre in faschistischen Gefängnissen zugebracht, er war an der Rettung von 3000 Buchenwaldhäftlingen beteiligt und wurde noch in den letzten Tagen des Dritten Reiches in die Todeslisten eingetragen! Carlebach konnte dem Tod entgehen. Nach dem Krieg wählten ihn die ehemaligen Buchenwaldhäftlinge einmütig zum Vizepräsidenten ihres Komitees.

Arbeiten des Journalisten Carlebach kennen auch die Leser der *Neuen Zeit*.

Das Gerichtsverfahren gegen den tapferen Patrioten ist eine Herausforderung an alle Opfer des faschistischen Terrors. Zwei Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Die Gerichte der BRD weigeren sich, einen Fall Kappler anzuerkennen, aber einen Fall Carlebach haben sie gerne.

Frau Homann ließ die dringende Bitte Carlebachs nach sofortiger Beweisführung unbeachtet. Als er verlangte, den Faschisten Schönborn wegen falscher Beschuldigung zur Verantwortung zu ziehen, bekam er zu hören, die Staatsanwältin sei auf Urlaub, und man könnte vorläufig nichts ändern.

Gilt dieser Schlag nur Carlebach? Nein. In erster Linie gilt er der von ihm herausgegebenen *Tat*. Mit der Verleumdung Emil Carlebachs wollen die Neonazis jene zum Schweigen bringen, die konsequent ihr Treiben aufdecken und vor dem Wiederaufleben der braunen Pest warnen.

W. RJABINNIKOW

„NEUE ZEIT“

39-77

AMERIKANER SEHEN DIE SOWJETUNION

„An einem Wintertag traf ich am Ufer des Amur in Sibirien einen Mann, der durch eine Wuhne angelte. Er hatte bereits fünf Fische gefangen und war allen seinen Kameraden voraus. Was war sein Geheimnis?“

„Kein Geheimnis“, antwortete der Mann, die bereiften Lippen vor Kälte kaum bewegend. „Kein Geheimnis, nur Ausdauer.“

So hatte er in einem Wort die Natur und die Geschichte seiner Heimat erfaßt. Sie haben von den Menschen ... stets Ausdauer gefordert.“

„Jeder Reisende müßte sich einmal in einer Stadt verlaufen. Solange man sich einer Stadt nicht auf Gnade und Ungnade ausliefern kann, kann man über ihre Menschen nichts aussagen. Zum erstenmal verließ ich mich in Moskau um drei Uhr an einem Ostermontag, nach dem mitternächtlichen Gottesdienst. Die U-Bahn-Züge rollten lange nicht mehr, und ich fragte Passanten, welchen Trolleybus ich nehmen und welche Richtung ich einschlagen sollte. Jedermann war hilfsbereit. Aber ein braungebrannter Georgier war doch allen voraus. Er winkte einen müden mürrischen Taxifahrer heran und ergoß einen Redeschwall über ihn. ‚Freund!‘ sagte er ihm, ließ seine Überredungskünste weiter spielen und steigerte sich zum ‚Bruder!‘. Der Fahrer kapitulierte, ich erreichte mein Hotel, voll herzlicher Dankbarkeit für den Moskauer Passanten, der die Prüfung auf Menschlichkeit ohne weiteres bestanden hatte.“

„Bei aller Gleichberechtigung der nationalen Kulturen der Sowjetrepubliken bleibt eine, sagte man mir, doch ‚die erste unter gleichen‘. In Chabarowsk (Ferner Osten) erzählte mir der Mikrobiologe Dr. Jossif Trop, wie er seine beiden Söhne erzieht. ‚Die russische Kultur ist sehr reich‘, sagte Dr. Trop. ‚Sie bezwingt alle. Deshalb sind wir zwar Juden, aber geistig Russen.“

In Alma-Ata wohnte ich einer Trauung bei. Als der junge Kasache

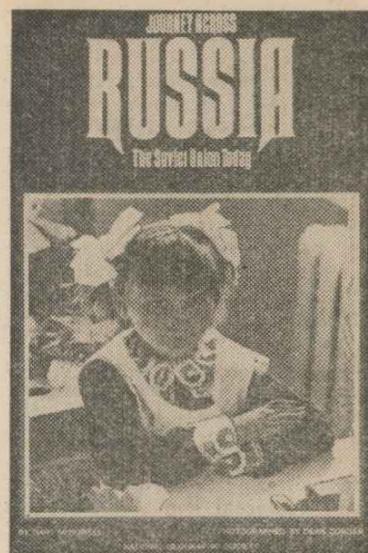
seine Unterschrift ins Zivilstandesregister setzte, sagte der Beamte, daß ‚die Familie die Grundzelle der Gesellschaft ist‘. Im Saal erklang das Glockenspiel des Kremls. ‚Das Herz unserer Heimat‘, meinte der Mann. Jede Republik hat ihre eigenen Trauungssitten, aber die Kreml-Uhr spielt für alle.“

„Die Menschen sind wohlwollend. ‚Alte Frauen haben mir immer wieder gesagt, ich solle ja eine Mütze tragen, um mich nicht zu erkälten‘, erzählte uns ein ausländischer Student in Moskau. Als Dean einmal krank war, kam fast die Hälfte des Hotelpersonals mit Arzneien, Brühe und Mitgefühl auf sein Zimmer.“

Diese kleinen Novellen haben wir dem Buch „Reise durch Rußland: Die Sowjetunion heute“ entnommen, das in den USA eben erschienen ist.* Selbst diese kurzen Aussätze lassen auf die Diktion und Aussage der Autoren — des Journalisten Bart McDowell und des Bildreporters Dean Conger — schließen. Sie haben eine 50 000-km-Reise durch die UdSSR absolviert, um ihren Lesern „eine Vorstellung von den Menschen zu geben, die in der Sowjetunion leben und arbeiten, von ihrer Geschichte und Tradition, vom Straßenbild der Großstädte, von der Landschaft und dem Klima abgelegener Gegenden“.

Im Klappentext lesen wir: „Der größte Staat der Erde, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, nimmt fast die Hälfte der nördlichen Hemisphäre und ein Sechstel des Festlandes der Erde ein. Das ist die Heimat von 256 Millionen Menschen, die über 100 ethno-linguistische Gruppen vertreten. Und doch ist das Leben dieser Menschen — ihre Arbeit, die verschiedenen Kulturen und Traditionen — im Ausland noch wenig bekannt. Winston

* „Journey Across Russia: The Soviet Union Today“. By Bart McDowell, photographed by Dean Conger. National Geographic Society, Washington 1977.



Churchill nannte die UdSSR einmal ‚ein geheimnisvolles Rätsel‘.

McDowell und Conger versuchen, dieses Rätsel aufzuklären. Sie haben das Land auf ihrer UdSSR-Reise, die länger als je eine ähnliche Reise westlicher Journalisten dauerte, in allen Richtungen durchquert, erlebten verschneite sibirische Städte und den glühenden Sand der Karakum-Wüste, die fruchtbaren Ackerfelder der Ukraine und die betriebsamen Häfen des sowjetischen Fernen Ostens, lernten die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche von Russen und Burjaten, Georgiern und Tadshiken, Armeniern und Jakutens kennen.

Aus ihren Besuchen in Kolchosen und Industriebetrieben, in Palästen und Tempeln gewannen die beiden Journalisten sehr viele Eindrücke vom Gestern und Morgen des Landes, das zu den Großmächten der Welt gehört.“

Also ein weiteres Buch über die UdSSR, zehn Kapitel und 345 ausgezeichnete Farbfotos, Ergebnis einer minutiösen Arbeit der bekannten amerikanischen Reporter. Das Buch ist kurz vor dem 60jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution erschienen, zu einer Zeit, da im Westen die Anzahl von Werken merklich zugenommen hat, deren Autoren sich erneut, jeder auf seine Weise, mit dem „Geheimnis“ des Phänomens UdSSR befassen. Leider bewegen

Das Wirken des Vatikans

der Päpste lenkt

Aufmerksamkeit der breite

Öffentlichkeit auf sich. In de

letzten Jahren sind in de

römisch-katholischen Kirch

bedeutende Veränderungen vo

der sich gegange

Von ihrer Bedeutung, von de

Auffassungen der Päpste unsere

Jahrhunderts und ihrer nächste

Umgebung handelt das Buch de

sowjetischen Wissenschaftl

Josif Grigulewitsch „D

Papstium. 20. Jahrhundert“, da

demnächst im Moskauer Verla

für politische Literatur erschei

Nachstehend einige Auszü

aus dem Buc

sich diese neuen Publikationen in ihrer Masse im Rahmen der üblichen antisowjetischen Klischees und Erdichtungen. So bleibt denn für die Leser solcher Bücher die Wahrheit über die sowjetische Wirklichkeit tatsächlich ein Geheimnis.

Mit anerkennenswerter Offenheit spricht davon u. a. Gilbert Grosvenor, Vizepräsident der National Geographic Society der USA. In seinem kurzen Vorwort zu dem Buch von McDowell und Conger sagt er alles, was er in amerikanischen Büchern und Zeitungen über die UdSSR gelesen habe, sei auch nicht im entferntesten dem gleichzusetzen, was eine einzige Reise vermittelt. Von diesem Gedanken ließen sich die Buchautoren eben leiten.

Jetzt endlich erfährt der US-Leser vieles, was ihm bisher verschwiegen wurde. Die beiden Journalisten zeichnen ein buntes Bild der Sowjetunion, führen den Leser auf Baustellen und in Museen, in Hochschulen und Theater, in die Taiga, in die Gebiete des ewigen Froses und zu den Überhundertjährigen in der südlichen Bergwelt.

Sie lassen vor ihm auch Hunderte sowjetische Menschen ersten, nicht etwa jene schemenhaften und namenlosen Gestalten, auf die sich gewisse Moskauer Korrespondenten der US-Blätter häufig berufen, sondern lebendige Menschen mit Namen, Vornamen und Adresse. In Wort und Bild halten sie ihr Schicksal, ihren Charakter, ihren Lebensstil fest.

Aber Genauigkeit und Anschaulichkeit sind nicht die einzigen Vorzüge des Buches. Man sieht, daß sich die Autoren auf ihre Reise gut vorbereitet haben. Sie zitieren in ihrem Buch Marx und Lenin, Sprichwörter und Sagen, Äußerungen aus der russischen und sowjetischen Klassik. In dem Kapitel über Kiew, Moskau und Leningrad schildern sie, wie die Oktoberrevolution die Geschichte Rußlands in eine andere Bahn lenkte und wie das sowjetische Volk das Kulturerbe aufbewahrt und mehr.

Das Leitmotiv des Kapitels „Der russische Charakter“ ist das Dynamische und Zielstrebiges des Sowjetbürgers, sein Bewußtsein, sein Verhalten zu den Traditionen der Ver-

gangenheit, seine Treue zu den Idealen der neuen Gesellschaft, seine Herzlichkeit und sein Kollektivgeist.

In den Kapiteln „Das epische Land“, „Herzstück: Die Russische Föderation“, „An der Baltischen See“, „In Transkaukasien“ und „Die mittelasiatischen Republiken“ erhalten wir ein eindrucksvolles Panorama der Sowjetunion, der Errungenschaften ihrer nationalen Republiken, erfahren wir von den engen traditionellen Banden zwischen ihnen und dem russischen Volk. Das Kapitel „Sibirien: Unübersehbare Horizonte“ ist eine Reportage über die prächtigen Menschen dieser Region, über neue Städte in der Taiga und der Tundra, über die Reise mit dem Transsibirien-Express und über Zusammenkünfte mit den Erbauern der Baikal-Amur-Magistrale.

Zu dieser großen Reise durch die UdSSR verhalf den amerikanischen Journalisten die sowjetische Presseagentur Nowosti. Gern gedenken McDowell und Conger dieser Zusammenarbeit und betonen, zwar seien die Mitarbeiter der Nowosti-Agentur nicht mit allen Schlüssefolgerungen und Auffassungen der Buchautoren einverstanden, seien aber trotzdem ihren Gästen aus den USA stets entgegengekommen.

Das Buch „Reise durch Rußland: Die Sowjetunion heute“ ist von der National Geographic Society der USA herausgegeben worden. Wohl mit Rücksicht auf diesen Herausgeber betonen die Autoren ihren Wunsch, sich hauptsächlich mit der Geographie des Sowjetstaates, mit seiner Geschichte, seinen Menschen, Traditionen und Sitten zu beschäftigen, ohne auf die Politik einzugehen.

Trotz dieses Vorbehalts hat ihr objektiver, wohlwollender Bericht über die heutige UdSSR gewisse Züge einer politischen Reportage. Daher kommt in erster Linie auch der Erfolg des Buches, das in einer für den USA-Büchermarkt ungewöhnlich hohen Auflage (500 000 Exemplare) herausgekommen ist.

Das breite Interesse der Amerikaner für das Buch beweist ihren Wunsch, endlich die Wahrheit über das erste sozialistische Land zu erfahren.

S. GOLJAKOW

Das Wirken des Vatikans

der Päpste lenkt

Aufmerksamkeit der breite

Öffentlichkeit auf sich. In de

letzten Jahren sind in de

römisch-katholischen Kirch

bedeutende Veränderungen vo

der sich gegange

Von ihrer Bedeutung, von de

Auffassungen der Päpste unsere

Jahrhunderts und ihrer nächste

Umgebung handelt das Buch de

sowjetischen Wissenschaftl

Josif Grigulewitsch „D

Papstium. 20. Jahrhundert“, da

demnächst im Moskauer Verla

für politische Literatur erschei

Nachstehend einige Auszü

aus dem Buc

Im Frühjahr 1939 braute sich die zweite Weltkrieg zusammen, und so stand die Wahl des Nachfolgers Pius XI. nicht gerade im Brennpunkt des Interesses. Man erwarte auch keine Sensationen, zumal sie alle Beobachter darüber einig waren, daß den päpstlichen Stuhl der bisherige Staatssekretär Eugenio Pacelli einnehmen werde.

Seine Wahl wurde sowohl in den faschistischen Kreisen als auch den Hauptstädten der „westlichen Demokratien“ begrüßt. Mussolini und sein Anhang waren zufrieden, denn Pacelli hatte schon als Staatssekretär wiederholt das Beste reagiert, an den Tag gelegt, beim faschistischen und beim Naziregime nicht anzuecken, vielmehr die Beziehungen zu ihnen größtmöglich zu verstehen.

Der 12jährige Aufenthalt Pacelli in Berlin als Nuntius, seine Beteiligung am Konkordat mit Nazideutschland, ganz zu schweigen von seiner notorisch antisowjetischen Haltung ließen Hitler hoffen, daß der neue Papst nachgiebiger als sein Vorgänger sein würde (dies war in seinen letzten Jahren der Führer nicht gewogen). Zugleich genoß Pacelli einen bestimmten Einfluß in den USA und in Frankreich, wo er als Staatssekretär mehrmals geweilt hatte.

Er stammte aus einer bekannten italienischen Familie, die seit Jahrhunderten im Dienste des Papstes gestanden hatte. Seine Laufbahn als Geistlicher begann Ende des 19. Jahrhunderts. Gleich bei seinen ersten Schritten in der Kirche gewußt, daß der künftige Papst besondere Vorrechte. Als Seminarist durfte im Unterschied zu den anderen



UNERFÜLLTER TRAUM DES PAPSTES PIUS XII.

Jossif GRIGULEWITSCH

Hause wohnen. Als Sachbearbeiter im Staatssekretariat wurde er mit wichtigen Missionen betraut. Als Sekretär der Verwaltung des Staatssekretariats für kirchliche Angelegenheiten (1914) gehörte er nun zur Papstfamilie, und Benedikt XV. gab ihm den Bischofshut und zugleich den Posten des Nuntius in München. Die Weihe empfing Pacelli vom Pontifex selbst, und zwar in der Sixtinischen Kapelle, wo er 22 Jahre später zum Papst Pius XII. geweiht werden sollte.

Die bürgerliche Presse pries die Frömmigkeit, Gelehrsamkeit, politische Weisheit, auch die äußere Erscheinung des neuen Papstes. Hochgewachsen, hager, mit einem vergeistigten Gesicht, schien er, wie Journalisten schrieben, von einem Gemälde El Grecos herabgestiegen zu sein. Ferner hieß es, der neue Papst sei der klassischen Musik und der Dichtung Shakespeares zugetan, besonders liebe er dessen Sonette.

Schon zu Lebzeiten Pius' XII. erklärten die kirchlichen Apologeten

ihn zu einem weltabgewandten Mystiker, der sich der Lösung transzenter Probleme verschrieben habe. Dieses Bild entsprach jedoch nicht der Wirklichkeit. Wenn Pius XII. ein Mystiker war, so nur in dem Sinne, daß er sich als Werkzeug der Vorsehung betrachtete, die ihn für eine besondere Mission auskororen habe. Diese sah er, um es kurz zu fassen, darin, die kommunistische Ideologie auszumerzen, die Sowjetunion als deren Träger und Wahrnehmer zu Fall zu bringen sowie die kapitalistischen Mächte zu vereinigen und zu einem antikommunistischen Kreuzzug aufzubieten.

Das große Schweigen

Begeistert begrüßte Pius XII. den Sieg des Henkers des spanischen Volkes Franco. Im Rundfunk sagte er in spanischer Sprache: „Mit großer Freude wenden wir uns an euch, teure Söhne des katholischen Spa-

nien, um euch väterlich zum gesegneten Frieden und Sieg zu gratulieren, mit dem Gott eure Bemühungen gelohnt hat... Als Unterpfand der unendlichen Güte der heiligen Jungfrau, des Apostels Jakob, des Beschützers Spaniens, und der hohen spanischen Heiligen erteilen wir euch, unseren teuren Söhnen des katholischen Spanien, dem Staatsoberhaupt und seiner siegreichen Regierung, der aufopferungsvollen Geistlichkeit sowie allen Christen unseren apostolischen Segen.“

Der „heilige Vater“ erwähnte mit keinem Wort die Henker, die die Anhänger der Republik, darunter viele Katholiken und Geistliche des Baskenlandes, massakrierten. Mehr noch, Pius XII. verlieh Franco später einen der höchsten Vatikan-Orden und empfing in einer feierlichen Audienz 3000 Falangisten, die das eigene Volk bekriegt hatten, wobei er ihnen Elogen spendete ob ihrer Verdienste im Kampf gegen den „materialistischen Atheismus“.

Im März 1939 besetzte Hitler das litauische Gebiet um Klaipeda, dessen Bevölkerung vorwiegend katholisch war. Der Papst tat, als wäre nichts geschehen. Im April riß der Duce Albanien an sich. Die neue Aggression des italienischen Faschismus wurde von der breiten Öffentlichkeit verurteilt. Pius XII. hielt es nicht für nötig, dazu Stellung zu nehmen.

Im Mai 1939 schlug er vor, im Vatikan eine Beratung Großbritanniens, Frankreichs, Polens, Deutschlands und Italiens einzuberufen, „um Streitfragen zu regeln“, d. h. neue Zugeständnisse an die Aggressoren zu machen. Pius XII. redete viel vom Nutzen des Friedens und vom Schaden des Krieges, er war wirklich bestrebt, den Ausbruch in Europa zu verhüten, er wollte den Frieden zwischen den kapitalistischen Mächten — in der Hoffnung, dadurch die Sowjetunion noch mehr zu isolieren.

Pius XII. machte kein Hehl daraus, wem seine Sympathien gehörten. Im Juli entband er die extrem rechte französische Organisation „Action Française“, die enge Beziehungen zu Hitler unterhielt und zum Krieg gegen die UdSSR aufrief, der von seinem Vorgänger ausgesprochenen Acht. Doch gelang es Pius XII. nicht, den Krieg zu verhindern.

Wie hat er auf den Überfall der Hitlerhorden auf das katholische bürgerliche Polen und später auf dessen Versklavung reagiert? Über-

haupt nicht. Er schwieg sich dazu aus, wie auch in der ganzen Dauer des zweiten Weltkriegs.

Die Nazis verübten im okkupierten Polen ungeheuerliche Grausamkeiten. Der Papst wußte davon und schwieg.

Hitler annexierte Jugoslawien und gründete den kroatischen Marionettenstaat; die Ustascha (kroatischen Faschisten, die auf ihren katholischen Eifer besonders stolz waren) henkten und erschossen die Serben; die dortigen Geistlichen mit Kardinal Stepinac an der Spitze beteiligten sich direkt an diesen Greuelnaten.

Pius XII. wußte das alles, schwieg aber.

Hitler schuf den slowakischen Marionettenstaat unter dem katholischen Prälaten Tiso. Die slowakischen Faschisten waren nicht minder blutrüstig als die kroatischen.

Pius XII. wußte das, schwieg aber.

Hitler, Mussolini und ihre zahlreichen Verbündeten und Kollaborateure brachen den Krieg gegen die UdSSR vom Zaun. Das okkupierte Europa war von Konzentrationslagern bedeckt, in denen über 10 Millionen Menschen, darunter viele gläubige Katholiken und antifaschistisch gesinnte Geistliche, umgekommen sind.

Pius XII. schwieg weiter.

Als nach der Kapitulation der Regierung Badoglio die deutschen Truppen einen Großteil Italiens besetzten, Geiseln erschossen, Massen-repressalien vornahmen, Juden in den Konzentrationslagern einsperrten und jeden Widerstandsversuch mit Tod quittierten, wobei sich das auch in Rom, buchstäblich vor den Fenstern der päpstlichen Residenz, zutrug, schwieg Pius XII., der all das wußte und sogar sah, noch immer.

In den Nachkriegsjahren, als im katholischen Lager neue Tendenzen aufkamen, beschuldigten selbst viele kirchliche Würdenträger Pacelli dessen, daß er während des Krieges durch sein Schweigen die Achsenmächte eigentlich unterstützt und sich mit den Verbrechen der Faschisten solidarisiert hatte.

Wie erklärt sich diese Haltung Pius' XII.? Er war nicht Faschist. Mag sein, daß Hitler, Mussolini und ihresgleichen ihm persönlich unsympathisch waren, daß er in seiner tiefsten Seele über ihre Verbrechen

entrüstet war, zumal Hitler und Mussolini die Selbständigkeit der Kirche beschneiden wollten, ihren weltlichen Organisationen feindselig gegenüberstanden und mit ihren demokratisch gesinnten Dienern abrechneten. Die Faschisten waren vielleicht nicht eben die besten Freunde der Kirche, aber sie kämpften gegen den Kommunismus, und in ihm sah Pius XII. den Hauptfeind der Kirche. Von seinem Standpunkt aus taten sie also eine gottgefällige Sache.

Der deutsche Jesuit Robert Leiber, Sekretär des Papstes, schrieb in einem 1963 veröffentlichten Artikel, Pacelli habe die verhängnisvolle Gefahr des Kommunismus nicht einen einzigen Augenblick vergessen. Dafür lägen viele Zeugnisse vor. Nach Besetzung Roms durch die Alliierten im Juni 1944 suchten deren hohe Militärs und leitende Vertreter den Papst häufig auf, und er habe nie die Gelegenheit verstreut, sie zu warnen:

Hitler und der Nationalsozialismus seien gewiß das, was sie seien, doch dürfe man nicht außer acht lassen, daß noch etwas Ernstes und Gefährlicheres bevorstehe, nämlich ein Zusammenstoß mit dem Kommunismus.

Es war nicht das Ziel des Papstes, die antifaschistische Koalition zu unterstützen. Ihm ging es darum, die USA und Großbritannien mit der UdSSR zu verfeinden, mit Hitler und Mussolini aber auszusöhnen bzw. einen „christlichen“ Frieden wenigstens für Nazideutschland zu erwirken, der seine ganze Macht bewahren und es ihm auch künftig ermöglichen würde, dem Bolschewismus den Weg nach Westeuropa zu versperren. Deshalb war er später gegen die bedingungslose Kapitulation des Dritten Reiches. Als die deutschen Horden auf sowjetischem Boden hausten, sowjetische Menschen vernichteten, plünderten und vom unausbleiblichen Sieg schrien, verurteilte Pius XII. wiederholt in aller Öffentlichkeit die Revolution, den Sozialismus und Kommunismus, den atheistischen Materialismus. All das konzentrierte sich für ihn in der UdSSR und der Sache, die Ihre Bürger verteidigten.

Offen hatte sich Pius XII. dem Feldzug Hitlers gegen die Sowjetunion nicht angeschlossen, aber nicht, weil er keine Niederlage der UdSSR gewünscht hätte, sondern aus Vorsicht. Als die Hoffnungen der Nazis auf einen Blitzkrieg im Osten scheiterten und die USA dem Krieg bei-

traten, festigte Pius XII. seine Beziehungen zu den herrschenden USA-Kreisen. Sein Ziel blieb das alte: die Positionen der UdSSR zu schwächen.

Im Antikommunismus befangen

Nach Kriegsende entstanden in vielen europäischen Staaten demokratische Gruppierungen unter katholischen Führern, die am antifaschistischen Kampf teilgenommen hatten. Sie setzten sich für gemäßigte bürgerliche Reformen ein und befolgten katholische soziale Doktrinen, was ihnen die Unterstützung seitens des Klerus und des Großkappitals sicherte — für dieses waren sie immer noch das kleinere Übel im Vergleich mit den Linkskräften. Für die Demochristen stimmten die Bauern, die schon immer unter dem Einfluß der Kirche gestanden hatten, die Mittelschichten, die sich vor einschneidenden sozialen Veränderungen fürchteten, und die Konservativen.

Das Aufkommen einflußreicher politischer Gruppierungen, deren Gesinnung auf den katholischen Doktrinen fußte, verlieh Pius XII. ein politisches und internationales Gewicht, von dem er vor dem Krieg nicht hätte träumen können.

Als der kalte Krieg im Westen ausbrach, trug der Vatikan zuerst zum Ausschluß der Kommunisten aus den Regierungen der nationalen Einheit und dann zur Konsolidierung der Rechtskräfte bei, die er über die Geistlichkeit in politischer und finanzieller Hinsicht energetisch unterstützte. Pius XII. „setzte sich für die Errichtung starker antikommunistischer Blöcke ein“, schrieb der US-Journalist C. Cianfara. In seiner Ansprache vor den Militanten der „Katholischen Aktion“ auf dem St.-Petrus-Platz in Rom 1947 erklärte er: „Jede Minute ist kostbar. Die Zeit des bloßen Überlegens und Planens ist vorbei. Es gilt, zu handeln. Seid ihr dazu bereit? Zwei einander religiös und moralisch feindliche Lager zeichnen sich immer deutlicher ab. Die Stunde der Prüfungen ist gekommen.“

In der Weihnachtsbotschaft des selben Jahres erklärte Pius XII., er sei gegen die Teilung der Welt in Faschisten und Antifaschisten; seine Formel hieß: „Für oder wider Christus“. Das Für-Lager waren alle kapitalistischen Länder, das Wider-Lager die UdSSR und die

Volksdemokratien. In dieser Botschaft stempelte Pius XII. jeden zu einem „Fahnenflüchtigen und Verräter“ ab, „der den gottlosen Parteien oder Behörden materielle Unterstützung erweist oder seine Dienste und Fähigkeiten, seine Hilfe und seine Stimme lehnt“.

Während des kalten Krieges wurde der Vatikan zu einem Tummelplatz der US-Geheimdienste. Beamte seines Staatssekretariats lieferten den amerikanischen James-Bond-Leuten wüsteste antikommunistische und antisowjetische Fälschungen. Der italienische Journalist C. Rosella schreibt, seit Frühjahr 1947 hätten die politischen Rechtskreise der USA und Italiens gemeinsam mit dem Vatikan die Spannungen durch Erklärungen gesteigert, daß die Kommunisten und Sozialisten auf „einen gewaltsamen Umsturz“ aus seien. In jenen Tagen kabelte die US-Botschaft in Rom nach Washington: „Die Verwaltung des Vizedirektors der strategischen Dienste hat heute dem Verteidigungsdepartement einen Bericht vorgelegt, in dem die Wahrscheinlichkeit eines Einfalls in Italien über Jugoslawien im Grunde bestätigt wird. Die Information stammt von den italienischen Geheimdiensten und dem Vatikan.“

Die Gründung von Comitati civice („Zivilen Komitees“) gehört zu den umfassendsten antikommunistischen Aktionen, die die CIA gemeinsam mit dem Vatikan während der Wahlkampagne von 1948 durchführte. Die von Luigi Gedda, dem Präsidenten der „Katholischen Aktion“ Italiens, aufgezogenen „Zivilen Komitees“ wurden zu einem Rambock der Reaktion. Über die Tätigkeit Geddas und seiner Organisation hieß es in einem CIA-Bericht vom April 1948, der auf Ersuchen der US-Botschaft abgefaßt war: „Diese dynamische Organisation besteht seit etwas mehr als zwei Monaten. Sie vereinigt 300 regionale und über 18 000 lokale Sektionen im ganzen Lande. Das Spektrum ihres Wirkens reicht von der Verbreitung von Flugblättern bis zur Propaganda im Landesmaßstab. Zweifellos spielten die Zivilen Komitees eine entscheidende Rolle bei den kürzlichen Parlamentswahlen und sicherten den Christdemokraten in hohem Maße den Sieg. Es wurde beschlossen, daß sie auch nach den Wahlen als ständige Waffe der antikommunistischen Propaganda weiterwirken sollen.“

Der Papst persönlich hat Gedda für den Posten des Führers aller Zivilen Komitees empfohlen.

Hier einige Beispiele ihrer Tätigkeit. Auf Vereinbarung mit der Regierung machten sie eine laute Reklame für den Marshallplan. In zwei Monaten der Wahlkampagne bezahlten sie mehr als 2800 Redner sowie Veranstalter von Kundgebungen. Am Wahltag brachten Mitglieder der Komitees selbst alte und kranke Leute sowie Einwohner der abgelegensten Bezirke zu den Wahlurnen. Ein weitverzweigtes Netz von freiwilligen Informanten teilte den Zivilen Komitees im voraus den Inhalt der Flugblätter der Volksfront mit, so daß die Komitees Antwortsschriften buchstäblich gleichzeitig mit ihren politischen Gegnern herausgaben. Die Zivilen Komitees erklärten stolz, der Vatikan helfe ihnen nur mit Räumlichkeiten und Möbeln aus. Wie jedoch der Botschafter Irlands in Rom, Walsh, aussagt, stellte der Vatikan ihnen hohe Geldbeträge zur Verfügung. Außerdem erhielten sie Millionen Lire von Industriellen und Adeligen.“

Washington stimmte der Operation „Gedda“ zu. Kurz bevor Pius XII. 1950 das „heilige Jahr“ eröffnete, überreichte das Staatsdepartement dem Vatikan 500 000 Dollar — formal für die Fahrten und den Aufenthalt von Pilgern, die aus verschiedenen Staaten nach Rom reisten. Die Kontrolle der Operation wurde von der Organisation „Felix Roma“ ausgeübt, und auch ihr stand Luigi Gedda vor.

Die Tatsache, daß das US-Staatsdepartement dem Vatikan Hunderttausende Dollars für die antikommunistische Propaganda gegeben hatte, stand in direktem Zusammenhang mit einem antikommunistischen Dekret von 1949; es wurde von der Kongregation der heiligen Kanzlei (der Inquisition), der damals der Papst selbst vorstand, beschlossen. Das Dekret exkommunizierte alle Gläubigen, die den Kommunismus propagierten, einer KP angehörten, sie unterstützten oder mit ihr zusammenarbeiteten, ihre Presse lasen oder verbreiteten. Somit hatte die Kirche dem Kommunismus und den Kommunisten den Krieg erklärt.

Warum schaltete sich Pius XII. mit solcher Verbissenheit in den kalten Krieg ein? Er hatte Angst vor den Erfolgen der kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich und anderen Ländern, die sich von der faschistischen Tyrannie befreit hatten. Die Verbindungen zwischen Kommunisten und Katholiken waren sein großer Kummer. N. Pandolfo, amtlicher Biograph

Pius’ XII., schrieb: „Die katholischen Intellektuellen, die mit den Kommunisten sympathisierten, glaubten noch an Gott, wollten aber nicht untätig auf die Wiederkunft warten, und eine solche Aktivität der Katholiken befürchtete Pacelli am meisten. Außerdem war er festen Glaubens, daß der kalte Krieg unweigerlich in einem heißen gipfeln und den USA den Sieg bringen würde. Diesmal wollte er weder in dem einen noch in dem anderen Krieg neutral bleiben und suchte im voraus beim mutmaßlichen Sieger Anschluß.“

Bis zu seinem Tod richtete Pius XII. seinen Bannstrahl gegen Geistliche, die an der Weltfriedensbewegung teilnahmen und ein Verbot der Atomwaffen verlangten. Er verhängte harte Sanktionen über die in Frankreich entstandene Bewegung der Arbeiterpriester, die die kapitalistische Ausbeutung verurteilten und dem Kampf der Kommunisten um die Rechte der Werktätigen positiv gegenüberstanden. Auch begrüßte er den Atlantikpakt und die militärische US-Präsenz in Westeuropa und tat alles, um die Geistlichen in den Volksdemokratien zum Widerstand gegen die Politik der sozialen Umgestaltungen zu veranlassen.

In seinen zahlreichen Reden und Enzykliken forderte Pacelli die Werktätigen auf, ihr schweres Los in Demut zu tragen. Arm und reich habe es immer gegeben, es werde sie auch immer geben, das liege in der menschlichen Natur, wie Gott sie erschaffen habe, belehrte er die Arbeiter. Um sie vom Klassenkampf abzulenken, verkündete er 1955 den 1. Mai zu einem Kirchenfest und den Heiligen Joseph den Zimmermann zum Schutzpatron der Arbeiter.

Der Papst des kalten Krieges

Pius XII. hatte keinen Sinn für Humor — für einen Italiener, erst recht einen Römer unvorstellbar. Niemand hatte ihn je lächeln und um so weniger lachen sehen. Im Essen war er höchst mäßig, war dem Alkohol abhold und Nichtraucher. Sein Lieblingszeitvertrieb waren einsame Spaziergänge durch den Park des Vatikans, meist mit einem Manuscript zum Lesen.

Für seinen Haushalt sorgte die deutsche Nonne Pasqualina Lenhert.

Er lernte sie Anfang 1917 in einem Sanatorium in Rorschach (Schweiz) kennen, wo sie Krankenschwester war.

Pacelli nahm die um 18 Jahre jüngere Pasqualina mit Erlaubnis Benedikts XV. als Haushälterin mit nach München. Nachdem er zum Staatssekretär befördert wurde, erlaubte ihm der andere Papst, Pius XI., Pasqualina in seiner Wohnung im Erdgeschoß des apostolischen Palastes unterzubringen. Mehr noch, sie geleitete Pacelli zum Konklaven. Nach seiner Wahl zum Papst zog sie zusammen mit ihm in den zweiten Stock des apostolischen Palastes.

Die Nonne Pasqualina mit einem ebenmäßigen Gesicht und einem scharfen, misstrauischen Blick lebte neben Pius XII. bis zu seinem Tode. Wie der polnische Vatikanexperte T. Breza schreibt, führte sie nicht nur den Haushalt des Papstes, sondern war auch seine persönliche Sekretärin, ihr diktierte Pius XII. seine geheimsten Dokumente, auf ihren Rat hörte er. Im Vatikan war sie gefürchtet und untätig umschmeichelt.

Im Dezember 1952 erkrankte der Papst ernsthaft. Die besten Spezialisten Italiens und anderer Länder eilten herbei. Die Krankheit wurde jedoch immer schlimmer. Erst zwei Jahre später fühlte Pius XII. eine Besserung. Einige Zeit später veröffentlichte die italienische Zeitschrift *Oggi* nach den Worten von Beamten des Staatssekretariats eine sensationelle Mitteilung: Jesus Christus sei dem Papst erschienen und habe ihm die Kraft gegeben, die Krankheit zu überwinden. Das war das „Wunder“ seiner Genesung.

In einer Oktobernacht 1958 gefiel es Jesus Christus jedoch, den 82jährigen Eugenio Pacelli zu sich zu berufen, den Papst des kalten Krieges, der seinen Lebenstraum — die Zerschmetterung des Kommunismus — nicht zu erfüllen vermochte.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 9

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

Советская действительность
передовое общество
оставлять равнодушными
(оставить)
возвести в ранг (чего? кого?)
сущность
оказывать воздействие (на что?
на кого?)
исторические судьбы мира
международный климат
создавать условия (для чего?)
(создать)
противостоять (чему?)

die sowjetische Wirklichkeit
die fortschrittliche Gesellschaft
gleichgültig lassen
in einen Rang erheben
das Wesen
eine Wirkung ausüben, einwirken
das historische Geschick der Welt
das internationale (weltpolitische) Klima
Voraussetzungen schaffen
sich behaupten gegen, gegenüberstehen

Übung 1: Übersetzen Sie folgendes Stück aus der Stellungnahme eines südafrikanischen Publizisten zum Entwurf für die neue Verfassung der UdSSR:

... Знакомство с проектом новой Конституции СССР убедило меня в том, что в СССР создано свободное передовое общество. Никого не может оставить равнодушным та глава Конституции, где говорится о принципах внешней политики Советского государства. Здесь четко сформулированы и возведены в ранг государственной внешней политики борьба за мир и международную безопасность, поддержка народов, борющихся против империализма. Сущность внешнеполитической деятельности вашего Советского государства прогрессивна и гуманна. И она оказывает глубокое воздействие на исторические судьбы всего мира, в том числе и моего африканского континента. Оздоровление международного климата способствовало упрочению позиций и активизации национально-освободительных движений Африки. Именно в условиях, когда начался процесс разрядки международной напряженности, одержали победу народы Анголы, Мозамбика, Гвинеи-Бисау, Островов Зеленого Мыса. Сейчас создаются условия и для ликвидации расистских диктатур на юге континента. В новых условиях укрепился союз освободительных сил и мирового социализма. Без поддержки и помощи социалистических стран невозможно было бы успешно противостоять вмешательству империалистических держав во внутренние дела независимой Африки.

Übung 2: Übersetzen Sie folgende Sätze ins Russische:

1. Der Entwurf für die Verfassung der UdSSR widerspiegelt die sowjetische Wirklichkeit. 2. Eine Gesundung des weltpolitischen Klimas ist eingetreten. 3. Den Verfechtern des Krieges stehen die friedliebenden Staaten gegenüber. 4. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat das historische Geschick der Welt verändert. 5. Das Wettrüsten übt eine ungünstige Wirkung auf das weltpolitische Klima aus. 6. Die Entspannung schafft Voraussetzungen für ein Aktiverwerden des nationalen Freiheitskampfes.

Übung 3: Ersetzen Sie in folgenden Wortverbindungen die fettgedruckten Wörter durch Synonyme aus dem Text:

1. Развёртывание национально-освободительной борьбы. 2. Ясно выразить сущность проблемы. 3. Воздействовать на общественное мнение. 4. Улучшение международной атмосферы. 5. Укрепление позиций миролюбивых сил.

Übung 4: Finden Sie zu den fettgedruckten Wörtern im Text solche mit der entgegengesetzten Bedeutung:

1. Внутренняя политика. 2. Реакционные силы. 3. Установление диктатуры. 4. Ослабить союз. 5. Мешать борьбе.

DISKUSSION MIT DEM LESER

US-Rundfunksender behaupten oft, es stünden große Lohnunterschiede zwischen den amerikanischen und den sowjetischen Arbeitern. Kürzlich hörte ich wieder, daß ein amerikanischer Charbeiter nur vier bis fünf Monatslöhne für einen Mittelklassewagen braucht, sein sowjetischer Kollege aber deutend mehr. Ist denn dieser Unterschied wirklich so groß?

J. GUTIÉRREZ
São Paulo, Brasilien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Nikolai
SCHIMMEL

Derartige Propagandaphrasen habe ich schon oft gehört.

Natürlich sind die sowjetischen Löhne nicht die höchsten der Welt, sie sind sogar niedriger als in den USA. Dafür gibt es die verschiedensten Gründe, u. a. die einstweilen noch hohe Arbeitsproduktivität in den USA. sage „einstweilen“, da die Steigerung der Arbeitsproduktivität eine der Hauptaufgaben unserer Gesellschaft und Politik der KPdSU ist, die das Volk rüdlich aufruft, besser und effektiver zu seinem eigenen Nutzen zu arbeiten. Zweifelsohne werden wir auch diese Aufgabe lösen — doch natürlich nicht durch verstärkte Arbeitsetze, wie es im Kapitalismus üblich ist. Doch dieser Unterschied so groß, wie das „Voice of America“ darstellt?

Zuerst wollen wir uns einmal die Vergleichsmethode anschauen. Man sieht uns zum Beispiel, ein amerikanischer Arbeiter könne sich für seinen Monatslohn soundso viele Waren kaufen. Um sich ein Auto zuzulegen, braucht er eine bestimmte Zahl von Monatslöhnen. Alles scheint richtig zu sein. Doch in Wirklichkeit wird ein amerikanischer Arbeiter wohl kaum einen ganzen Monatslohn für ein Auto auswenden können. Zunächst kommen

die Abzüge. Abrechnen muß er die Steuern (allein die direkten Steuern schlucken dort bis zu einem Viertel seines Lohnes). Die Miete und die Mietnebenkosten (durchschnittlich ein Drittel des Lohnes), die Gebühren für die Ausbildung der Kinder, das Fahrgeld, die Ausgaben für ärztliche Hilfe, kulturelle Zwecke und für Sport. Zudem muß er Geld für den Familienurlaub und für den Fall zurücklegen, daß er arbeitslos wird.

Allein danach kann er das, was von seinem Lohn übrigbleibt, für bestimmte Waren ausgeben. Und dann sieht das Ergebnis bei weitem nicht so positiv aus, wie es die „Voice of America“ darstellt. Für solche Einkäufe steht dann nicht mehr der ganze Lohn, sondern bestenfalls ein Fünftel zur Verfügung. Rechnen Sie einmal nach, wie lange ein amerikanischer Arbeiter tatsächlich für ein Auto malochen muß.

Natürlich muß man für die erwähnten Leistungen auch in der Sowjetunion zahlen, doch erstens nicht für alle und zweitens bedeutend weniger. So betragen die Steuern 8 bis 13% und Mieten 3 bis 4% des Monatslohns. Auch andere Ausgaben kommen bedeutend billiger. Eine Fahrt durch die Stadt mit der Metro oder dem Bus (unabhängig von der Entfernung) kostet bei uns 5 Kopeken, in den USA aber (jeweils umgerechnet) 30 bis 40 Kopeken und mehr. Für eine Kinokarte muß man bei uns 30 bis 50 Kopeken zahlen, in den USA 2 Rubel. Für eine Theaterkarte — 1 bis 3 Rubel, in den USA aber 7 Rubel und mehr. Ärztliche Hilfe — einschließlich eines Krankenhausaufenthaltes (inkl. Verpflegung) und die kompliziertesten Operationen — ist bei uns kostenlos, doch in den USA muß man für jeden Tag im Krankenhaus 100 und mehr Dollar zahlen, für eine Operation sogar viele hundert Dollars. Für einen Einweisungsschein der Gewerkschaft in ein Erholungsheim oder Sanatorium zahlt ein sowjetischer Arbeiter nichts oder nicht mehr als 30% (ein Ferienscheck für 24 Tage kostet 20 bis 50 Rubel). Die Ausbildung einschließlich des Universitätsstudiums ist bei uns kostenlos. Zudem erhalten die meisten Studenten ein staatliches Stipendium.

Abschließend möchte ich noch etwas zu den Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten sagen. In der Sowjetunion — das ist allgemein anerkannt — wachsen die Nominal- und Reallöhne ständig. In den kapitalistischen Ländern hingegen müssen die Werktätigen den Gürtel immer enger schnallen.

NZ

POST

In ihren Glossen über eine Aktivierung der Neofaschisten (NZ 18 und 22/77) wird diese Erscheinung der österreichischen Wirklichkeit objektiv beleuchtet. Ehemalige Nazis bekleiden in österreichischen Behörden viele verantwortungsvolle Ämter. Sie tun nichts gegen die Faschisten, sondern fördern sie, wo sie nur können. Und die österreichische Regierung meint entgegen den Bestimmungen des Staatsvertrages, man dürfe faschistische Organisationen nicht verbieten. Das verlangt Wachsamkeit.

Anton KUCHAR
Wien, Österreich

Wenn ich etwas über die Sowjetunion lese (in letzter Zeit fielen mir eine Biographie Leonid Breschnew, eine Broschüre über die sowjetischen Gewerkschaften und einige NZ-Artikel in die Hand), möchte ich selbst die sowjetischen Menschen, die UdSSR kennenlernen. Kann man doch in Irland den bürgerlichen Propagandaorganen nur schwer wahrheitgetreue Informationen über die UdSSR entnehmen.

Brian DOVLING
Dublin, Irland

Dafür, daß ihre Kinder in vorschulischen Einrichtungen untergebracht werden, tragen die Eltern etwa ein Viertel der Kosten (10 bis 12 Rubel monatlich). Sport treiben ist so gut wie kostenlos. In der UdSSR gibt es keine Arbeitslosen.

Wenn man objektiv all das berücksichtigt, dürfte wohl klar sein, daß der angebliche große Unterschied zwischen den Löhnen der Arbeitenden in der UdSSR und im Westen in Wirklichkeit bei weitem nicht so groß ist.

Abschließend möchte ich noch etwas zu den Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten sagen. In der Sowjetunion — das ist allgemein anerkannt — wachsen die Nominal- und Reallöhne ständig. In den kapitalistischen Ländern hingegen müssen die Werktätigen den Gürtel immer enger schnallen.

PS

Halboffiziell



In der rhodesischen Hauptstadt Salisbury wurde eine amerikanische „Botschaft“ eröffnet, die sich, wie *Le Monde* schrieb, einer „gewissen Unterstützung“ der dortigen Behörden erfreut. Sie entwickelt rege Aktivitäten und veranstaltet fortwährend Empfänge und Partys. Vor einiger Zeit zeichnete der „Botschafter“ weiße Söldner, die an dem schmutzigen Krieg gegen die afrikanischen Patrioten teilnehmen, mit Medaillen aus. Die Situation ist dadurch pikant, daß die USA das Smith-Regime nicht anerkennen und den „Botschafter“ — den in Rhodesien lebenden amerikanischen Staatsbürger Robin Moore — eigentlich nicht bevollmächtigt haben, die Interessen der USA zu vertreten. Doch bringen die ungesetzlichen und provokatorischen Handlungen der Hochstapler wohl voll und ganz den Washingtoner Rhodenienkurs zum Ausdruck.

Nach NS-Manier

Die Werkärzte der bundesdeutschen Chemiekonzerne Hoechst und Bayer empfahlen, in Abteilungen, wo krebserregende Stoffe erzeugt werden, ältere Arbeiter einzusetzen. Als „Begründung“ meinen sie, daß viele über 40 sowieso früher eines natürlichen Todes sterben werden. Ge-

gen eine derartige Logik wandten sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit. Ihre Vertreter erklären mit gutem Recht, man müsse vor allem eine Technologie finden, die keine gesundheitlichen Schäden hervorruft. Viele andere Ärzte, die nicht mit diesen Konzernen unter einer Decke stecken, prangerten die „Theorie“ als unmoralisch an. Sie erinnere an die NS-Methoden der „Selektion“.

Wie im Verkehrskindergarten

Auf einen verrückten Einfall kam die Stadtverwaltung der nigerianischen Metropole Lagos, um etwas gegen Verkehrsstockungen zu tun. Die Autobesitzer dürfen sich nur jeden zweiten Tag ans Steuer setzen — je nach dem, ob die erste Ziffer des Nummernschildes gerade oder ungerade ist. Ausnahmen gibt es für Taxen sowie Wagen des diplomatischen Korps, der Regierung und der Polizei. Verkehrssündern wird die Fahrerlaubnis vorübergehend entzogen.

Trari, trara, die Post ist...



Im abgelaufenen Finanzjahr brachte die britische Post der Staatskasse ein Rekorddefizit von umgerechnet 743 Mio Dol-

lar, meldete AP. Im Finanzjahr 1976/77 aber warf sie einen Gewinn von einer halben Milliarde ab. Die Erklärung ist einfach: Die Postbediensteten leeren jetzt die Briefkästen sonntags und abends nicht mehr. Am Sonnabend sind die Postämter jetzt nur noch bis mittags geöffnet und an Feiertagen grundsätzlich geschlossen. Die Postverbindung zwischen London und Paris war besser vor der Französischen Revolution, erklärte der Oberhausabgeordnete Boyd-Carpenter. Von der Seine zur Themse braucht ein Brief heute bis zu 13 Tagen. So bedeuten also die Gewinne der Post Verluste für ihre Kunden.

Bescheidenes Honorar



Eine fette Summe kann der US-Filmstar Elizabeth Taylor dafür einstreichen, daß sie in einem kurzen TV-Reklamefilm mitwirkt. General Motors, für den sie die Werbetrommel röhrt, versprach, ihr 750 000 Dollar zu zahlen, einige Autos kostenlos zu überlassen und ihre Villa einzurichten. Offensichtlich nimmt sich ihr Honorar, verglichen mit den Profiten, die sich die Gesellschaft durch ihr charmantes Lächeln verspricht, bescheiden aus.

Ausweglos

Ein Gangster, der bei einem Einbruch in einem Vorort von Glasgow (Großbritannien) eine Frau gefesselt und ausgeraubt hatte, geriet selbst in eine ausweglose Situation: Ihm gelang es nicht, die Wohnungstür von innen wieder

zu öffnen. Er mußte sich an sein Opfer um Hilfe wenden. Doch diesmal handelte die Lady zielstrebig. Der Verbrecher gelangte ins Kittchen.

Dreiecksverhältnis und Arbeitsrecht

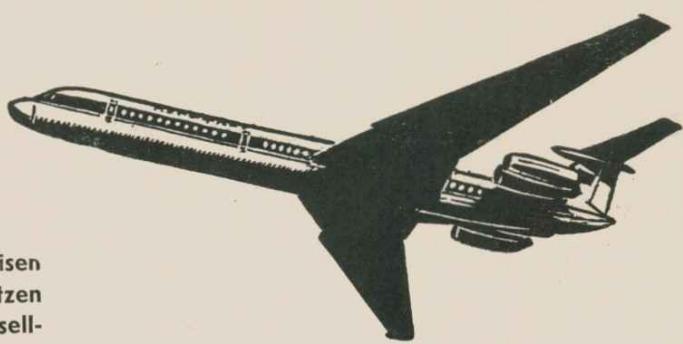
Ein Firmenchef in der französischen Stadt Lardenne der *Figaro* als M. C. bezeichnet, kam zur Mittagszeit unerwartet nach Hause. Für seine Frau war das eine böse Überraschung — sie trieb gerade mit einem Mitarbeiter der Firma ihres Mannes. Der gehörte Ehemann schmiß den Nebenbuhler auf der Stelle hinaus (ihn bezeichnet die Zeitung als Robert C.). Doch jener klagte gegen die Entlassung — er sei nicht rechtzeitig davon Kenntnis gesetzt worden. Das Gericht beschloß, M. C. zu 4000 Franc zu verdonnern und dem Unschuldigen eine Abfindung zu zahlen. Doch eine höhere Instanz hob diesen Beschuß auf mit der Begründung, der Beklagte habe zweifelsohne Recht, Robert C. unverzüglich zu entlassen, er ihn in der Arbeitszeit bei sich zu Hause antrat.

Rekorde, Rekorde.



Das Bundeskriminalamt teilte mit, daß in diesem Sommer alle 30 Sekunden gestohlen wurde. Insgesamt hat man 1977 eine Million Diebstähle registriert. Alle vier Minuten wird eine Wohnung ausgeraubt. Doch vier Fünftel aller Fälle werden nicht geklärt.

Zeichnung
W. Trintscher



Für Geschäfts- oder Touristenreisen aus Conakry nach Moskau benutzen Sie Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Welt.

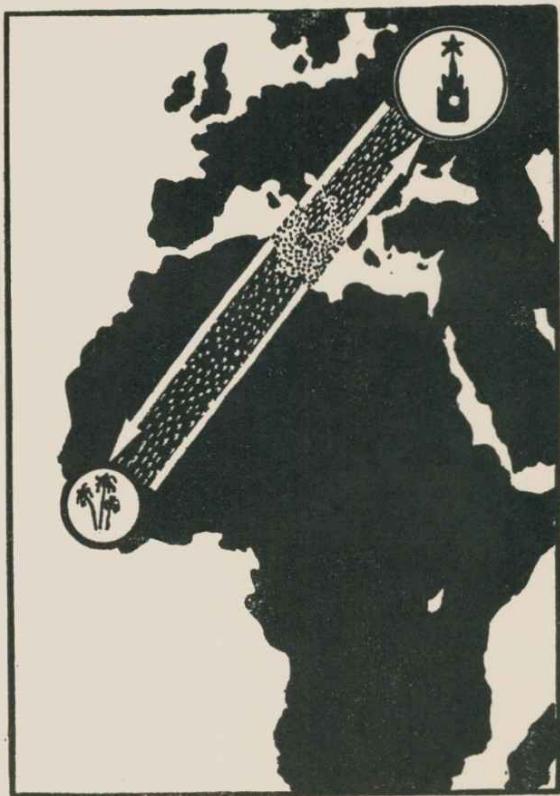
Etwa 10 Stunden Flugzeit wird Ihre Luftreise aus Guinea in die UdSSR dauern.

Die Flüge mit den modernen hochkomfortablen Maschinen IL 62 finden zweimal in der Woche, dienstags und donnerstags, statt.

Ausführliche Informationen über den Verkehrsplan auf der Fluglinie Conakry—Moskau erhalten Sie bei Aeroflot-Vertretungen in Ihrem Land.

**GLÜCKLICHE
REISE!**

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines





14159-40 105 147 65
SEKT. MARX/LENIN
2200-2303
DOM-2

AUF DER MOSKAUER BUCHMESSE

Sie verlief in Moskau zum erstenmal, dauerte neun Tage und nahm zwei Ausstellungshallen in der Unionsleistungsschau der Volkswirtschaft ein. Das Motto der Messe „Das Buch im Dienste des Friedens und Fortschritts“ zog Herausgeber und Verleger aus fast 70 Ländern herbei. Im Verlaufe der Messe unterzeichneten die Agentur für Urheber-

rechte der Sowjetunion (WAAP) und die Unionsvereinigung Meshdunarodnaja kniga über 1200 Verträge mit Auslandsfirmen.

Unsere Bilder: Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates, bei der Eröffnungsansprache ◆ Der sowjetische Teil der Ausstellung ◆ Hier stellen französische Firmen aus ◆ Am Stand der Kunstabben ◆ Im Club der Fachgespräche ◆ Bücher aus Moçambique

Fotos A. Motschalina



NEUE ZEIT
Индекс 70624

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet airline